

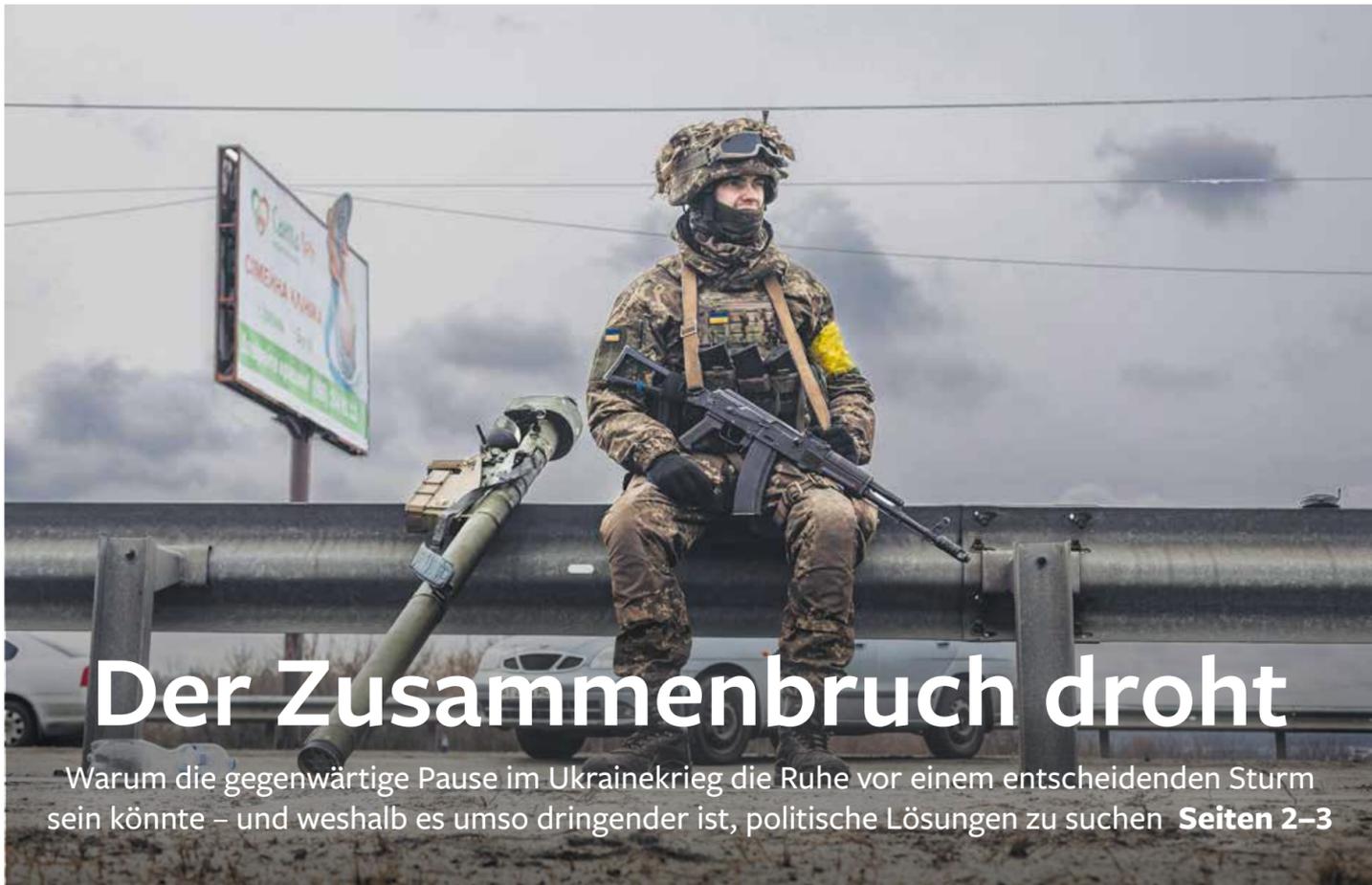
Preussische Allgemeine



Nr. 43 · 27. Oktober 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Analyse Wie geht es nach der Sejm-Wahl für Polen weiter? Seite 6



Verantwortung Zweifelhafte EU-Gelder für Gaza und Westjordanland Seite 8

Der Zusammenbruch droht

Warum die gegenwärtige Pause im Ukrainekrieg die Ruhe vor einem entscheidenden Sturm sein könnte – und weshalb es umso dringender ist, politische Lösungen zu suchen Seiten 2–3

VON RENÉ NEHRING

Es sind schicksalhafte Tage, die Deutschland und die Welt gerade erleben. Neben dem Krieg um die Ukraine ist der internationalen Politik mit dem Terror der Hamas gegen Israel ein neuer Krisenherd im Nahen Osten entstanden, von dem noch nicht abzusehen ist, ob und wie weit er sich auf andere Regionen ausweitet.

Die Wellenschläge dieses Konflikts in die deutsche Innenpolitik hinein sind indes längst sicht- und spürbar. In aller Öffentlichkeit bekunden zehntausende Demonstranten ihre Sympathien für den Terror gegen Israel – und ihre Verachtung für die westliche Lebensart. Auch wenn es bei Weitem nicht alle in Deutschland lebenden Muslime sind, die sich hier äußern, so entlarven doch die lautstark demonstrierenden Israel- und Deutschland-hasser einmal mehr die Multikulti-Träume und die Willkommenskultur der letzten Jahre und Jahrzehnte als eine der großen Lebenslügen der Bundesrepublik.

Immer deutlicher wird auch, dass die amtierende Bundesregierung nicht in der Lage sein wird, die nun offenbar werden Probleme zu lösen. Zum einen, weil die das Kabinett tragenden Parteien in den vergangenen Jahren die Hauptbefürworter jener Entwicklung waren, deren fatale Ergebnisse wir nun sehen. Unter dem Schlagwort „Mehr Fortschritt wagen“ hatten sich Sozialdemokraten, Liberale und vor allem die Grünen bei der Unterzeichnung ihres Koalitionsvertrages nicht nur daran gemacht, Deutschland „klimaneutral“ und „gendergerecht“ zu machen, sondern auch noch mehr Zuwanderung in unser Land zu ermöglichen.

Selbst als überall auf der Welt – auch bei den Nachbarn der EU – die Regierungen längst bemüht waren, das Problem der ungesteuerten Massenmigration in den Griff zu bekommen, kämpfte Deutschland weiterhin für offene Grenzen, verlängerte Aufenthaltsgenehmigungen für

Die Zuwanderungsgesellschaft erlebt ihr offenes Scheitern

Eine Kurskorrektur scheint jedoch unter der jetzigen Bundesregierung kaum vorstellbar. Kommt nun die Neuauflage der Großen Koalition?

Asylbewerber und verkürzte Wartezeiten bei der Einbürgerung. Fragen, wer da eigentlich zu uns kommt, und welche Folgen es für unsere Gesellschaft hat, wenn buchstäblich Millionen Menschen aus anderen Kulturkreisen einwandern, wurden entweder nicht gestellt oder dort, wo sie doch hochkamen, sofort unterdrückt.

Kurskorrektur unvermeidlich

Sollte also irgendjemand in der Bundesregierung tatsächlich beabsichtigen, die Fehlentwicklungen der Vergangenheit zu beheben, müsste er – oder sie – im Grunde mit allem brechen, wofür die eigene Partei in den letzten Jahren gestanden hat. Das scheint schwer vorstellbar.

Hinzu kommt, dass für sozialdemokratische und grüne Funktionäre in der Abwägung zwischen ideologischen Phantasien und realpolitischen Erfordernissen die Ideologie fast immer den Vorrang bekommt. Nicht ohne Grund überschrieben rot-grüne Träumer ihr weltanschauliches Ideal mit „Bullerbü“, jenem naiven, kindlich verklärten Idyll der schwedischen Autorin Astrid Lindgren, in dem fast immer gute Laune herrscht.

Was die Bürger dieses Landes, die mit den Folgen linksgrüner Ideologien leben müssen, von der Entwicklung halten, zeigt sich indes deutlich in den aktuellen Meinungsumfragen. Dort steht die SPD bei 14 Prozent, die Grünen bei 13 Prozent und die FDP bei fünf Prozent.

Für die Regierungsparteien ergeben sich aus dem Umstand, dass sie eigentlich eine deutliche Kurskorrektur vornehmen müssten, jedoch aus den geschilderten Gründen dazu nicht in der Lage sind, zwei Optionen. Die erste ist, dass sie die Kurskorrektur unterlassen und weitermachen wie bisher. Damit würden sie jedoch ihren Niedergang in der Wählergunst fortsetzen und sich insbesondere für die Liberalen sogar die Existenzfrage stellen.

Die zweite Option wäre eine Beendigung der jetzigen Regierung und die Neuauflage der Großen Koalition. Dass dies keineswegs nur Gedankenspiele sind, zeigen entsprechende Angebote der Vorsitzenden von CDU und CSU, Friedrich Merz und Markus Söder. „Werfen Sie die Grünen raus!“, forderte etwa der CDU-Chef unlängst auf dem Parteitag der Schwesterpartei in Richtung Scholz.

So abwegig dies im ersten Augenblick erschien, so plausibel klingt die Idee inzwischen doch. Die Sozialdemokraten, die im Laufe ihrer langen Geschichte gezeigt haben, sich im Ernstfall von ideologischen Träumen lossagen zu können und zu pragmatischen Lösungen bereit zu sein – siehe unter anderem die Agenda 2010 von Gerhard Schröder – könnten mit der Union zusammen den notwendigen Kurswechsel einleiten. Zudem würden die Genossen weiter den Kanzler stellen.

Den Grünen würde ein Gang in die Opposition ersparen, einen etwaigen Kurs-

wechsel mitzutragen, den ihre Anhängerschaft ohnehin kaum mitzugehen bereit wäre. Und die FDP bekäme die Chance, ein Bündnis zu verlassen, in dem sie seit zwei Jahren wie ein Fremdkörper wirkt und bislang allzu oft eine Politik mitgetragen hat, für die sie nicht gewählt wurde.

Auch für Merz, dessen Ziel natürlich noch immer die Kanzlerschaft ist, wäre ein Eintritt in die Regierung von Vorteil. Als Vizekanzler und möglicherweise Superminister für die Ressorts Wirtschaft und Finanzen hätte er erstmals seit seiner Rückkehr in die Politik ein Amt, mit dem er nicht nur Forderungen aufstellen, sondern konkret gestalten kann. Auch gegenüber parteiinternen Rivalen wie dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Daniel Günther, die noch immer schwarz-grünen Träumen hinterherhängen und bislang jede Rückbesinnung auf klassische Unions-Programmatik sabotiert haben, hätte Merz dann ein größeres Gewicht.

Bislang ist der Kanzler auf die Avancen der Union nicht eingegangen. Nachdenklich stimmen könnte ihn ein Blick auf die eigene Biographie. Im Mai 2001 wurde Scholz Hamburger Innensenator. Seine Amtszeit endete bereits im September jenes Jahres, als die SPD die Bürgerschaftswahl verlor. Nachfolger im Amt des Innensensors wurde damals ein gewisser Ronald Schill, den die Wut der Hamburger über die rot-grüne Ignoranz aus dem Nichts nach oben gespült hatte.

POLITIK

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die Sicherheitslage in Deutschlands Hauptstadt wird immer prekärer Seite 5

Kultur

Veranstaltungsschlussputz in Europas Kulturhauptstadt 2023 Veszprém Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Allenstein lädt zu einer Ausstellung über Nikolaus Kopernikus Seite 13

Reise

Wanderungen auf den Spuren Brandenburger Industriekultur Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

IM GESPRÄCH MIT
GENERAL A.D. HARALD KUJAT

Seit Ausbruch des Ukrainekrieges führt die PAZ in unregelmäßigen Abständen Interviews mit einem der höchstrangigen deutschen Soldaten der letzten Jahre. Während die meisten Medien nur von ukrainischen Siegen berichten, zeichnet er in diesen Gesprächen stets ein deutlich nüchterneres Bild der Lage. So auch diesmal.

Herr Kujat, vor einigen Tagen schrieb der US-amerikanische Journalist Seymour Hersh unter Berufung auf Quellen aus dem Sicherheitsapparat seines Landes, dass der Ukrainekrieg faktisch entschieden sei und die Ukraine keine Chance mehr auf einen Sieg habe. Teilen Sie diese Ansicht?

Hersh hat nicht nur gesagt, dass der Krieg vorbei ist, sondern dass Russland ihn gewonnen hat. Ich würde das etwas differenzierter formulieren, da die Frage, wer einen Krieg gewinnt, mehrere Dimensionen hat. Politisch gewinnt einen Krieg – das hatte ich schon in unseren früheren Gesprächen gesagt – wer die politischen Ziele erreicht, deretwegen er den Krieg führt. Dies wird in diesem Konflikt keiner Seite gelingen. Russland wollte die NATO-Erweiterung verhindern und muss nun den Beitritt Finnlands und Schwedens hinnehmen. Die Vereinigten Staaten wollten mit ihrer Unterstützung der Ukraine den geopolitischen Rivalen Russland politisch, ökonomisch und militärisch schwächen. Auch dies ist nicht eingetreten. Russland ist keineswegs isoliert, die BRICS-Organisation hat am 24. August sogar sechs neue Mitglieder aufgenommen. Weitere Staaten wollen beitreten, darunter die NATO-Mitglieder Türkei und Griechenland. Die Wirtschaftssanktionen erweisen sich vor allem für den Westen als Nachteil. Und militärisch ist Russland stärker als vor dem Krieg. Auch die Ukraine, deren Ziel die Wiederherstellung der vollen Souveränität über ihr gesamtes Staatsgebiet in den Grenzen von 1991 ist, wird dieses Ziel nicht erreichen.

Anders sieht es hingegen aus, wenn man die Lage militärisch betrachtet. Hier neigt sich das Geschehen eindeutig zugunsten Russlands. Im Grunde sehen wir eine asymmetrische Operationsführung. Die Ukraine versucht unter extrem hohen Opfern, Quadratmeter um Quadratmeter russisch besetzten Territoriums zurückzuerobern. Russland hat sich hingegen auf eine strategische Defensive verlegt mit dem Ziel, den ukrainischen Streitkräften immer größere Verluste beizubringen und die Ukraine wehrlos zu machen. Die vor fast fünf Monaten mit großen Erwartungen begonnene ukrainische Offensive hat nicht die gewünschten Erfolge gebracht. Jetzt tritt zwar durch die Schlammperiode, die vor einigen Tagen begonnen hat, eine Phase ein, in der sich die ukrainischen Streitkräfte konsolidieren können, da keine großen Bewegungen mechanisierter Kräfte möglich sind. Aber ab Mitte Dezember ist der Boden gefroren. Und dann wird es auch wieder Bewegungen geben.

Welche Bewegungen erwarten Sie?

Wir können schon seit etwa zwei Wochen Angriffsversuche der Russen im Norden der Front, in der Nähe von Kupjansk und Lyman, beobachten, was darauf hindeutet, dass sie eine größere Offensive vorbereiten. Zudem haben die Russen erhebliche Kräfte zusammengezogen, die Rede ist von 350.000 Mann. Es ist also davon auszugehen, dass die russischen Streitkräfte versuchen werden, das Territorium, das Präsident Putin am 30. September 2022 zu russischem Staatsgebiet erklärt hat, also die Regionen Lugansk, Donezk, Saporischschja und Cherson, vollständig einzunehmen. Ich gehe davon aus, dass auch Odessa zu den Eroberungszielen gehört, weil es im Verständnis Moskaus eine ur-russische Stadt ist. Damit könnten die Russen eine Verbindung zu ihren Truppen in Transnistrien herstellen – und die Ukraine völlig vom Schwarzen Meer abschneiden.

Obwohl ich überzeugt bin, dass die Russen nicht beabsichtigen, die gesamte Ukraine zu besetzen, weil sie dafür eine ganz andere Truppenstärke aufbieten müssten, gibt es einen Aspekt, der mich fragen lässt, ob sie viel-



Hoher Blutzoll: Entgegen den Jubelmeldungen in westlichen Medien ist die Lage für die ukrainische Armee fatal

Foto: pa

„Das Geschehen neigt sich zugunsten Russlands“

Über die dramatische Lage der Ukraine nach dem Scheitern ihrer Sommeroffensive, das Interesse der Russen an Verhandlungen – und das Eskalationspotential deutscher Taurus-Lieferungen

leicht doch noch etwas weiter ausgreifen werden. Das ist der Umstand, dass sie die rund 20 Brücken über den Dnepr im Kriegsgebiet bislang nicht zerstört haben. Das wäre eigentlich für sie von großem Vorteil, weil damit der Nachschub für die ukrainischen Soldaten ostwärts des Dnepr erheblich erschwert würde.

Aber der entscheidende Punkt ist: Die ukrainischen Streitkräfte sind in einem äußerst kritischen Zustand. Sie haben mit ihrer Offensive den Durchbruch durch die russischen Verteidigungslinien nicht erreicht. Sie wollten die Landbrücke zwischen Russland und der Krim unterbrechen und dadurch verhindern, dass Russland die Halbinsel weiter als logistische Drehscheibe nutzen kann. Das ist ihnen nicht gelungen, und es wird ihnen mit ziemlicher Sicherheit auch nicht gelingen. Und nach den hohen Verlusten ihrer Offensive haben die ukrainischen Streitkräfte auch nicht mehr die Kraft, an irgendeiner anderen Stelle des Kampfgeschehens einen Schwerpunkt für einen Durchbruch zu bilden. Letztendlich haben sie nicht mehr das Personal, um die entstandenen Lücken aufzufüllen. Und das ist die entscheidende Ressource.

In den westlichen Debatten zum Krieg findet all dies jedoch kaum Beachtung.

Richtig. Die bittere Wahrheit ist, dass die Ukraine trotz massiver Unterstützung durch die USA und Europa mit modernen Waffen keine militärischen Erfolge erzielt hat. Dennoch heißt es in unseren Medien, es müssten mehr Waffen geliefert werden. Doch Waffen können Soldaten nicht ersetzen. Es sieht so aus, als wollte die Ukraine deshalb den Krieg auf eine andere Ebene verlagern, indem sie versucht, mit weitreichenden Waffensystemen tief nach Russland hinein anzugreifen.

Nach langem Drängen haben die Amerikaner nun erstmalig eine geringe Zahl (angeblich zwanzig) ATACMS geliefert. Allerdings eine Version mit nur etwa 160 Kilometern Reichweite und dies unter der Bedingung, dass keine Ziele in Russland angegriffen werden. Nach wie vor fürchtet Präsident Biden, dass die Lieferung weitreichender Raketen eine „rote Linie“ Russlands überschreitet. Die amerikanische Entscheidung könnte jedoch bei uns erneut Forderungen auslösen, doch noch Taurus-Marschflugkörper zu liefern. Taurus hat eine Reichweite von 500 Kilometern, verfügt über eine große Zielgenauigkeit und ist nur sehr schwer zu bekämpfen. Dieser Marschflugkörper ist für die Ukraine das eigentliche Mittel der Wahl, denn damit wäre sie in der Lage, strategische Ziele in Russland anzugreifen und die Eskalationsschraube ein großes Stück weiter zu drehen. Aber die strategische Lage entscheidend zugunsten der Ukraine verändern würden auch Taurus nicht.

Deshalb nochmal zurück zu Ihrer Ursprungsfrage, zu Hersh's Wertung der Lage: So wie er es formuliert hat, dass die Ukraine bereits verloren hat, würde ich es nicht formulieren. Aber die Perspektive für einen militärischen Sieg der ukrainischen Streitkräfte ist äußerst gering, wenn nicht gleich null.

Hersh beruft sich in seinen Aussagen auf US-Regierungsquellen. Somit dürfte auch in Washington der Ernst der Lage für die Ukraine bekannt sein. Was folgt daraus für die Politik der USA?

Die Amerikaner müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Ukraine trotz der massiven Unterstützung durch die USA und auch durch die europäischen Verbündeten mit modernen Waffensystemen keinen militärischen Er-

—
„Fakt ist:
Wenn der
Krieg
weiterläuft,
droht der
Ukraine schon
bald der
Zusammen-
bruch“

folg erzielt hat. Ihr Problem ist jedoch, dass sie nach wie vor erklären, die Ukraine zu unterstützen, „as long as it takes“ (Deutsch: so lange es erforderlich ist), ohne dass eine strategische Wende zugunsten der Ukraine erreicht wird. Aber was heißt das konkret?

Tatsächlich ist die weitere politische Unterstützung Washingtons für die Ukraine ungewiss: kurzfristig, weil der Widerstand im Kongress wächst und deshalb bislang kein regulärer Haushalt verabschiedet wurde, und langfristig, weil im Falle einer abermaligen Wahl Donald Trumps dieser angekündigt hat, die Militärhilfen sofort einzustellen.

Das Problem des Westens ist, dass es weder in Amerika noch in Europa eine klar erkennbare Strategie gibt. Es heißt lediglich, Putin darf nicht gewinnen und die Ukraine muss gewinnen. Doch die Ukraine gewinnt nun mal nicht. Und nun? Was ist unser Interesse in diesem Krieg? Sind wir bereit, alles zu unterstützen, was die Ukraine vorhat – und zum Beispiel auch die Konsequenzen zu tragen, wenn die Ukraine mit einem deutschen Waffensystem tief nach Russland hinein strategische Ziele angreifen würde?

Aber im Grunde bestünde doch gerade eine Gelegenheit, beide Kriegsgegner an einen Verhandlungstisch zu bringen?

Richtig. Wobei man sagen muss, dass wir *wieder einmal* an einem solchen Punkt sind. Wir hatten bereits Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland in Istanbul Ende März, Anfang April 2022, deren Ergebnis sehr positiv für die Ukraine war, aber von Kiew auf westliche „Empfehlungen“ hin nicht unterschrieben wurde. Dann gab es vor der russischen Teilmobilmachung am 21. September 2022 eine neue Chance zu Verhandlungen.

Auch sie wurde nicht genutzt. Genauso wie die anschließende Winterpause nicht genutzt wurde. Nun haben wir wieder eine Ruhephase und abermals stellt sich die Frage, ob jemand unter den Verantwortlichen die Vernunft besitzt, zu Verhandlungen einzuladen.

Man muss hierbei auch an die ukrainische Bevölkerung denken. Ist es gerechtfertigt, sie Monat um Monat leiden zu lassen, um ein paar Quadratkilometer Land zu erobern? Da die Ukraine keine Chance auf einen Sieg hat, ist die Frage legitim.

Absolut, aber für die Ukraine handelt es sich bei den von Russland besetzten Gebieten nicht um irgendwelche Landstriche, sondern um das Zentrum ihrer Rohstoff- und Schwerindustrie.

Das ist richtig, der Donbass ist so etwas wie das Ruhrgebiet der Ukraine. Und doch stellt sich die Frage, ob es legitim ist, dafür weiter Menschenleben in ungeheurer Zahl zu opfern. Zumal – man kann es nur wiederholen – die Ukraine keine reale Chance hat, das verlorene Terrain zurückzugewinnen. Hinzu kommt, dass sie nicht nur Gebietsverluste erlitten hat, sondern mehr als vier Millionen Bürger des Landes in den Westen geflohen sind. Wie weit soll dieser Exodus eigentlich gehen? Fakt ist: Wenn der Krieg weiterläuft, droht der Ukraine schon bald der Zusammenbruch.

Nur zur Klarheit: Sie halten es für möglich, dass die Ukraine, die vor Kriegsausbruch noch das zweitgrößte Land Europas war, implodieren könnte?

Das halte ich durchaus für möglich. In dem Glauben, dass Russland auf keinen Fall gewinnen darf, blenden wir hierzulande aus, wie es der Ukraine tatsächlich geht. Hersh spricht zum Beispiel auch davon, dass, wenn der Krieg fortgesetzt werden sollte, das Risiko einer Meuterei in den ukrainischen Streitkräften besteht. Ich habe dafür keine konkreten Hinweise, halte es aber nicht für ausgeschlossen.

Wir haben vor einigen Wochen mit Peter Brandt, Hajo Funke und Horst Teltschik einen konkreten Vorschlag für einen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen unterbreitet, der genau darauf abzielt, so lange das Land noch nicht implodiert ist und die Russen noch nicht den endgültigen militärischen Sieg errungen haben, für die Ukraine zu retten, was noch zu retten ist. Doch derlei Rufe verhallen, weil unsere Politik sich von Wunschscenarien leiten lässt und nicht von der realen Lage.

Warum sollte sich Russland in der jetzigen Situation auf Verhandlungen einlassen? Es könnte doch in seiner Defensive verharren und dem Ausbluten der ukrainischen Streitkräfte solange zuschauen, bis diese so weit am Boden sind, dass sie einen russischen Angriff nicht mehr abwehren könnten.

Das ist durchaus eine Option. Es gibt in der russischen militärischen Führung zwei Lager: eines um den ehemaligen Oberbefehlshaber in der Ukraine, Sergej Surowikin, der die Strategie der strategischen Defensive geplant und die Errichtung der Verteidigungslinien koordiniert hat, und ein Lager, das offensiver ausgerichtet ist. Bislang dominierte das defensive Lager, nun scheinen jedoch die offensiveren Köpfe die Oberhand zu gewinnen, denn seit ein paar Tagen sprechen die Russen verstärkt von einer „aktiven Verteidigung“.

Da die Ukrainer bislang nur für eine bewegliche Verteidigung aufgestellt sind und offenbar keine festen Stellungen wie die Russen ausgebaut haben sowie personell in einem kritischen Zustand sind, werden sie einem massiven Vorstoß der Russen, wie er sich gerade abzeichnet, kaum etwas entgegenzusetzen haben.

Aber warum sollte sich Russland in einer solchen Lage auf Verhandlungen einlassen?

Putin hat seit Kriegsbeginn immer wieder seine Verhandlungsbereitschaft betont. Am 30. September 2022 rief er die ukrainische Regierung dazu auf, „an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Wir sind dazu bereit, das haben wir bereits mehrfach erklärt.“ Gegenüber einer afrikanischen Friedensdelegation sagte Putin am 17. Juni 2023: „Wir sind offen für einen konstruktiven Dialog mit allen, die Frieden wollen, der auf den Grundsätzen der Gerechtigkeit und der Berücksichtigung der legiti-

men Interessen der unterschiedlichen Seiten beruht.“ Und erst vor ein paar Tagen hat er seine Verhandlungsbereitschaft wiederholt.

Warum sagt er das? Natürlich steigen mit jedem Kriegstag auch in Russland die humanen und materiellen Verluste. Und im kommenden Jahr findet die nächste Präsidentenwahl statt, da wäre es von Vorteil, wenn der von der Führung „militärische Spezialoperation“ genannte Krieg vorbei wäre. Zumal der Ukrainekrieg auch im russischen Offizierskorps nicht völlig unumstritten ist.

In diesem Zusammenhang lohnt es, noch einmal den Anfang des Krieges zu betrachten. Russland hat im Februar 2022 mit gerade einmal 190.000 Mann ein Land angegriffen, das selbst über 400.000 gut ausgerüstete und ausgebildete Soldaten verfügt. Da es unmöglich ist, mit 190.000 Mann ein Land von der Größe der Ukraine zu besetzen, glaube ich, dass es das anfängliche Ziel Russlands war, Verhandlungen zu erzwingen, und als dies nicht gelang, bis Kiew durchzumarschieren, die dortige Regierung ab- und eine russlandfreundliche Regierung einzusetzen und so das Land unter Kontrolle zu bekommen. Als auch das nicht gelang und die Istanbul-Verhandlungen scheiterten, begann Russland, die überwiegend von russischsprachigen Ukrainern bewohnten Regionen im Osten und Südosten zu erobern und die Eroberungen zu konsolidieren.

Aufgrund dieser Gemengelage – dass der Krieg auch in Russland unpopulär ist und für die politische wie militärische Führung in Moskau nicht abzuschätzen ist, welchen Aufwand er noch erfordern wird, und es ohnehin nicht das Ziel war, die ganze Ukraine zu erobern – macht es Sinn, dass die russische Führung noch immer bereit ist zu verhandeln.

Von der deutschen Öffentlichkeit kaum thematisiert, jährt sich vor ein paar Tagen erstmals die Sprengung der Nordstream-Pipelines. Auch dazu äußerte sich Hersh, nämlich in dem Sinne, dass Bundeskanzler Scholz vorab darüber informiert worden sein soll. Halten Sie das für realistisch?

Ich kann zu Nordstream wenig sagen, weil ich mit den Details nicht vertraut bin. Zwei Dinge sind für mich jedoch erstaunlich. Erstens, dass US-Präsident Biden am 7. Februar 2022 im Rahmen einer Pressekonferenz offen erklärte, dass sein Land im Falle einer russischen Invasion Nordstream ein Ende bereiten werde. Und auf die Frage, wie er das anstellen wolle, versicherte er, über Mittel und Wege zu verfügen, das zu tun. Das kann man als klares Vorabgeständnis interpretieren.

Dass Scholz in dieser Situation nichts gesagt hat, kann natürlich mit seinem Charakter zusammenhängen. Als Palästinenserpräsident Abbas in Berlin neben Scholz stehend den Holocaust relativierte, hat er ja auch nichts erwidert, sondern sich erst Tage später geäußert. Es kann aber auch sein, dass er überrascht davon war, dass Biden öffentlich so über Nordstream sprach.

Hinzu kommt, dass in dieser Angelegenheit nach einem Jahr praktisch keine Ermittlungsergebnisse bekannt sind. Stattdessen stiften alle bisherigen Verlautbarungen eher Verwirrung als Klarheit. Es spricht also einiges dafür, dass die These von Hersh richtig ist. Aber letztendlich wissen wir es nicht.

Vor wenigen Tagen wurde die Welt Zeuge eines verheerenden Angriffs der Hamas auf Israel, dem über tausend Menschen zum Opfer fielen. Die israelischen Gegenschläge erforderten inzwischen noch weit mehr Menschenleben. Nun ist Israel ein enger Verbündeter der USA. Die Hamas hingegen ist ein enger Partner des Iran, der wiederum ein enger Partner Russlands ist. Kann der neue Nahostkonflikt die bereits bestehenden Konflikte beeinflussen?

Der entscheidende Punkt ist, ob dieser Konflikt eingegrenzt werden kann – oder ob er sich ausweitet zu einem regionalen oder sogar globalen Konflikt.

Auf regionaler Ebene ist äußerst positiv, dass sich Ägypten und auch Jordanien heraushalten. Offenbar wird es keine Situation wie 1967 oder 1973 geben, als im Sechstagekrieg und im Jom-Kippur-Krieg alle arabischen Nachbarstaaten gegen Israel zu Felde zogen.

Das große Risiko besteht in einem möglichen Eingreifen der im Libanon stehenden



Gefährlicher Krisenherd: Trotz des Terrors der Hamas und der Gegenschläge Israels dürfte das jüngste Geschehen in Nahost zu keiner Verschärfung des Konflikts zwischen Ost und West führen, da weder Russen noch Amerikaner ein Interesse daran haben

Hisbollah. Diese ist eine militärisch straff organisierte Miliz, sie ist hervorragend ausgerüstet durch den Iran und eng mit Teheran verbündet. Ein militärischer Konflikt mit der Hisbollah – wodurch auch immer ausgelöst – würde für Israel nicht nur einen Zweifrontenkrieg bedeuten, sondern auch eine Eskalationsgefahr im Hinblick auf den Iran und möglicherweise sogar die Türkei, die sich in einer regionalen Vormachtstellung sieht.

Sollte Israel eine Bodenoffensive gegen den Gazastreifen beginnen, könnte es tatsächlich zu einer Kettenreaktion kommen. Da ich mich Israel aufgrund vieler Begegnungen und persönlicher Freundschaften sehr verbunden fühle, würde ich den Israelis raten, keine Bodenoffensive durchzuführen, sondern zu versuchen, das Problem auf andere Weise zu lösen. Eine andauernde Bombardierung von Häusern, die zwangsweise immer auch unschuldige Zivilpersonen töten würde, würde die Weltöffentlichkeit gegen Israel aufbringen.

Was ich nicht sehe ist, dass aus dem Konflikt im Nahen Osten ein Weltenbrand entsteht. Sowohl die Russen als auch die Amerikaner haben kein Interesse an einem neuen Kriegsschauplatz, der weitere Ressourcen binden würde. Nicht nur Biden hat versucht zu mäßigen, auch Putin hat mit allen politischen Führern in der Region gesprochen und seine Vermittlung angeboten.

Aber wie immer sind solche Entwicklungen im Fluss. Es kann jederzeit ein dramatisches Ereignis dazwischenkommen, wie zum Beispiel die Bombardierung eines Krankenhauses vor einigen Tagen, durch das sich die Situation verschärft und die Beteiligten – nicht zuletzt durch den Druck der Öffentlichkeit – zu Handlungen gezwungen werden, die sie eigentlich vermeiden wollen.

Sehen Sie andere Krisenherde, die den Konflikt zwischen Russland und den USA befeuern könnten?

Ich glaube, das größte Risiko für den Weltfrieden besteht noch immer in einer Eskalation des Ukraine Konflikts zu einem großen Konflikt mit Russland und China. Admiral Charles Richard, der damalige Oberbefehlshaber des US-Strategic Command, sagte vor einiger Zeit: „Diese Ukraine Krise ist nur das Aufwärmen. Die große Krise kommt noch. Wir werden auf eine Weise getestet werden, wie wir es schon lange nicht mehr erlebt haben.“ Sollte Deutschland tatsächlich Taurus-Marschflugkörper liefern, hätten wir eine neue Situation, weil wir es der Ukraine ermöglichen würden, weit nach Russland hineinzuwirken, strategische Ziele anzugreifen, und damit den Krieg auf ein höheres Niveau zu eskalieren.

Das führt mich zur letzten Frage, ob Deutschland inzwischen personell, strukturell, materiell und strategisch auf diese neue Lage, in der wir uns seit anderthalb Jahren befinden, eingestellt ist.

„Das Problem bei dieser Bundesregierung ist nicht, dass ihre verantwortlichen Akteure ‚kriegsgeil‘ wären, wie es ihr Kritiker immer wieder unterstellen. Das Problem ist ein gravierender Mangel an Kompetenz und Erfahrung – und somit auch an persönlicher Statur“

Eindeutig nein. Ich habe sogar das Gefühl, dass wir heute weit mehr an der Nabelschnur der US-Amerikaner hängen als je zuvor in den letzten Jahrzehnten. Weder der Bundeskanzler noch irgendein anderes Mitglied der politischen Führung lässt auch nur den Ansatz einer eigenen Strategie erkennen. Das Problem bei dieser Bundesregierung ist eben nicht, dass ihre verantwortlichen Akteure „kriegsgeil“ wären, wie es ihr Kritiker immer wieder unterstellen. Das Problem ist ein gravierender Mangel an Kompetenz und Erfahrung – und somit auch an persönlicher Statur. Deshalb segeln wir – anders als unter früheren Bundesregierungen – nur noch im Geleitzug der Amerikaner mit, ohne die sicherheitspolitischen und strategischen Untiefen auf diesem Kurs zu erkennen.

Besonders erschreckend finde ich auch die Haltung der meisten deutschen Medien dazu. Während Sie in US-Zeitungen regelmäßig kritische Analysen des Geschehens und auch Kritik an der amerikanischen Regierung finden, betrachten es deutsche Journalisten offensichtlich als ihre Aufgabe, alles, was die Bundesregierung macht, zu unterstützen und nichts mehr zu hinterfragen. So werden zum Beispiel Meldungen von Institutionen aus anderen Staaten kritiklos veröffentlicht, wenn sie der Überzeugung der Medien entsprechen, obwohl diese oft reine Propaganda sind. Das Ergebnis ist, dass sich Mitglieder der Bundesregierung trotz des gravierenden Mangels an sicherheitspolitischem Weitblick und strategischem Urteilsvermögen in ihrem Handeln bestätigt fühlen, unser Land derzeit jedoch international nicht ernst genommen wird.

Immerhin hat der Bundeskanzler Statur gezeigt und angeblich vorerst die Lieferung von Taurus ausgeschlossen. Er hat diese Entscheidung damit begründet, dass Deutschland in einer anderen Situation als Großbritannien und Frankreich sei. Auf Nachfrage soll er geantwortet haben, dass beide Länder etwas können, was wir nicht dürfen.

Damit bezieht sich der Bundeskanzler anscheinend darauf, dass für den Einsatz von Taurus präzise Geoinformationsdaten für eine komplexe Geländereferenznavigation erforderlich sind. Die entsprechende Systemprogrammierung könnte als direkte Kriegsbeteiligung interpretiert werden. Anders als die USA würde die Bundesregierung damit eine rote Linie überschreiten. Denn mit Taurus-Marschflugkörpern können nicht nur weit entfernte strategische Ziele in Russland angegriffen werden, sondern die Einsätze erfordern wegen der Systemprogrammierung eine aktive Beteiligung an der Einsatzplanung und -vorbereitung. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts im Zusammenhang mit dem Einsatz deutscher Soldaten in AWACS-Flugzeugen der NATO könnte zudem in diesem Fall, sinngemäß angewendet, auch eine Entscheidung des Deutschen Bundestages erfordern.

Das Interview führte René Nehring.

Zur Person

● **General a. D. Harald Kujat** war von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.

● MELDUNGEN

Betrug beim Führerschein

Berlin – Wie der TÜV-Verband, also die Interessenvertretung der Technischen Überwachungs-Vereine in der Bundesrepublik und Europa, jetzt mitteilte, sind in den ersten neun Monaten dieses Jahres mehr als 2700 Führerscheinprüflinge hierzulande bei einem Betrugsversuch in der theoretischen Prüfung ertappt worden. Das waren 38 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum 2022 und so viele wie nie zuvor, wobei der TÜV zudem von einer hohen Dunkelziffer ausgeht. An erster Stelle standen sogenannte Stellvertreterprüfungen, bei denen sich ein Fremder als der Prüfling ausgibt. Danach kam der Einsatz unerlaubter technischer Hilfsmittel vom Mobiltelefon bis hin zu Minikameras. Und an dritter Stelle rangierte der versuchte Betrug durch die Nutzung klassischer Spickzettel. Ausgesprochen hoch war darüber hinaus auch die Durchfallquote: In den theoretischen Prüfungen lag sie bei 42 Prozent und in den praktischen bei 30 Prozent. W.K.

Russen als Flüchtlinge

Berlin – Die Zahl der wehrfähigen Bürger der Russischen Föderation, welche in Deutschland aufgrund ihrer Nichtbereitschaft, am Ukraine-Krieg teilzunehmen, als Flüchtlinge anerkannt wurden, ist auch 2023 extrem niedrig. Wie das Bundesministerium des Inneren und für Heimat auf eine Anfrage der fluchtpolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion der Linken, Clara Bünger, mitteilte, wurde bis Ende August über 904 Anträge von Russen entschieden, wobei es in lediglich elf Fällen zur Anerkennung kam. Dabei resultierten 836 der Ablehnungen aus angeblichen formellen Hindernissen. Meist lautete die Begründung, ein anderes EU-Land sei zuständig. Ansonsten harren noch weitere 1433 Anträge der Bearbeitung, wobei diese wohl ebenfalls meist erfolglos bleiben werden. Darauf deuten die Zahlen von 2022 hin, als nur 81 männliche russische Staatsbürger zwischen 18 und 45 Jahren Asyl erhielten. W.K.

Verschwendete Impfdosen

Berlin – Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Thomas Dietz geht hervor, dass Deutschland deutlich mehr Dosen der angeschafften Corona-Vakzine vernichtet oder gespendet hat, als unter den Bürgern hierzulande verimpft wurden. So konnten seit Beginn der Impfkampagne 192,2 Millionen Impfdosen unters Volk gebracht werden. Dem stehen 114 Millionen Dosen gegenüber, deren Haltbarkeitsdatum am 31. August abgelaufen war und die deshalb vernichtet werden mussten. Darüber hinaus gab die Bundesregierung 128 Millionen vom deutschen Steuerzahler finanzierte Impfdosen an andere Länder weiter – und zwar zumeist über die Impfallianz Gavi, die Weltgesundheitsorganisation, die Coalition for Epidemic Preparedness Innovations und das Kinderhilfswerk der UN. In der Summe zahlte Deutschland für die nicht genutzten Impfdosen rund vier Milliarden Euro. W.K.

HAMAS-TERROR

Nahostkonflikt spaltet AfD

Parteichef Chrupalla unter Beschuss aus den eigenen Reihen

VON PETER ENTINGER

Die intensiven Wahlkämpfe haben die Alternative für Deutschland vorübergehend zusammengeschweißt. Kaum sind die Stimmen ausgezählt und die Erfolge eingefahren, streitet die Rechtspartei wieder einmal über den außenpolitischen Kurs. Wie schon in der Russland-Frage präsentiert sich die AfD auch in der Frage, wie man mit dem Nahostkonflikt umgehen solle, höchst gespalten.

Dabei hatte der AfD-Ehrenvorsitzende Alexander Gauland im Bundestag sogar dem Bundeskanzler Olaf Scholz beigepflichtet und erklärt, dass die Solidarität mit Israel quasi deutsche Staatsräson sei. „Der Angriff galt nicht nur dem jüdischen Staat, er galt auch uns. Israel, das ist der Westen in einer Umgebung, die den Westen ablehnt und bekämpft. Wenn wir uns an die Seite Israels stellen, verteidigen wir auch unsere Art zu leben“, erklärte Gauland.

Dies passt auch zu den innenpolitischen Thesen der AfD. Die unbremste Einwanderung aus muslimisch geprägten Ländern sei für den aufkommenden Antisemitismus in der Bundesrepublik verantwortlich und gefährde generell die Sicherheit im Land. Auf der anderen Seite hat sich die Partei im Zuge des Ukrainekriegs auch als Friedenspartei inszeniert.

In diese Richtung gingen nun auch Äußerungen von Partei- und Fraktionschef Tino Chrupalla: „Der Angriff der Hamas auf Israel ist zu verurteilen. Ich traure um alle Kriegstote. Jetzt müssen die Staaten der Region auf Deeskalation setzen, um einen Flächenbrand abzuwenden. Diplomatie ist das Gebot der Stunde.“ Das Ziel müsse eine tragfähige Lösung für alle Seiten sein, schrieb er beim Twitter-Nachfolger „X“.

Die Mitteilung war gerade abgesetzt, da brach bereits ein Sturm der Empörung über Chrupalla hinein. „Als du in die AfD eingetreten bist, war diese noch gegen islamistischen Terror. Den unterbindet und

vernichtet man“, polterte der Bundestagsabgeordnete Norbert Kleinwächter, ein erbitterter innenparteilicher Gegner des Parteichefs. Der verteidigungspolitische Sprecher der Fraktion, Rüdiger Lucassen, war im Ton sogar eine Spur schärfer: „Noch sind nicht alle Kinder-Leichen in Israel geborgen, da sprießen in Deutschland die ‚Diplomaten‘, ‚Völkerrechtler‘, ‚Historiker‘ und ‚Beide-Seiten-Versteher‘ wie Knollenblätterpilze aus dem Boden. Alles bekannt. Alles feige. Alles falsch.“

Der frühere Berliner Fraktionschef und ehemalige Parteivize Georg Pazderski, wie Lucassen pensionierter Bundeswehr-Offizier, bezeichnete Chrupallas Äußerung als „dumm und sinnbefreit“. Ebenfalls auf „X“ konterte er: „Die über 1200 bestialisch ermordeten israelischen Kinder, Frauen und Männer sind keine Kriegstoten, sie sind Mordopfer der Schlächter der Hamas.“

Doch Chrupalla steht mit seiner Meinung parteiintern nicht alleine. Vor allem aus den ostdeutschen Verbänden erhält er

Zuspruch. Hans-Thomas Tillschneider, Abgeordneter in Sachsen-Anhalt und Partei-Rechtsaußen mit dem Hang zu Verschwörungstheorien, hielt es sogar für möglich, die Hamas-Offensive sei direkt oder indirekt vom amerikanischen Geheimdienst mit initiiert worden: „Beweisbar ist so etwas natürlich nicht, aber wenn ich über die Hintergründe der aktuellen Auseinandersetzung spekuliere, über Motive und Möglichkeiten, so würde ich doch die Vermutung wagen, dass die USA über ihre klandestinen Hamas-Kontakte zumindest einen Impuls für den Angriff gegeben haben könnten. Das ist in meinen Augen die wahrscheinlichste Erklärung.“

Mit welch harten Bandagen die Debatte geführt wird, zeigt eine Reaktion des thüringischen Bundestagsabgeordneten Jürgen Pohl. „Politik mit Verstand statt mit Schaum vor dem Mund. Wem der Erfolgskurs der Partei nicht passt, steht es frei, sie zu verlassen: Transatlantische Parteien und Konflikteinheber gibt es ja genug“, sagte er wohl mit Blick auf die ehemaligen Offiziere in der Partei.

Chrupallas Co-Vorsitzende Alice Weidel kündigte in der vergangenen Woche ein Positionspapier der Bundestagsfraktion zu dem Thema an. Doch ob dies die Gemüter beruhigen kann, ist fraglich. In einem Punkt sind sich immerhin alle einig. Weitere Flüchtlinge aus der Region sollte Deutschland nicht aufnehmen.



Redet sich mit Social-Media-Nachrichten zum Terrorangriff auf Israel um Kopf und Kragen: AfD-Parteichef Tino Chrupalla

Foto: imago/Metodi Popov

MIGRATIONSPOLITIK

Bundesländer greifen zur Selbsthilfe

Kommunen droht der Kollaps – Alle Appelle an die Regierung, endlich zu handeln, verhallen ungehört

In Deutschland kommen so viele Migranten auf irregulärem Weg an wie seit Langem nicht. Seit Beginn des Jahres warnen immer mehr Bürgermeister, Landräte und Ministerpräsidenten vor größer werdenden Engpässen bei der Aufnahme, aber die zuständige Bundesministerin Nancy Faeser verweigert es, sich des Problems anzunehmen.

Bundeskanzler Olaf Scholz gab kürzlich zu, dass „wir derzeit zu viel unkontrollierte Zuwanderung“ haben. Mit dem „derzeit“ hofft der Kanzler offenbar, dass das Thema ohne Zutun spätestens im Winter wieder aus den Medien verschwunden ist. Allerdings dürfte das ein Trugschluss sein, denn sogar stramm linke Medien wie „Spiegel“ oder „taz“ schreiben jetzt von Problemen mit der Migration. Doch bietet keines dieser Medien oder

die Politiker der Ampel auch nur den Ansatz einer Lösung für dieses Problem. Außer den alten Vorschlägen, wie europäische Umverteilung oder besserer Schutz der Außengrenzen sowie schnellere Verfahren haben sie keine Ideen.

Die Ampel überweist weiterhin Gelder an deutsche Fluchthelferschiffe im Mittelmeer, die den Anschein von Humanität erwecken sollen, obwohl es gerade diese Rettungsboote sind, die immer mehr Menschen dazu veranlassen, in immer schlechtere und billigere Schlauchboote einzusteigen, die zum Ansteigen der Todeszahlen beitragen.

Immer mehr Länderchefs glauben, dass vom Bund nichts mehr kommen wird, um die Migrantenzahlen zu senken. Einige Länderchefs sehen in den Bundesmaßnahmen wie übermäßige Erhöhung

von Bürgergeld und Einführung von Grundsicherung für Migrantenkinder weitere Anreize zu verstärkter Migration. In dieser verzweiferten Lage machen einzelne Bundesländer und sogar einige Landkreise jetzt ihre eigene Flüchtlingspolitik, am Bund vorbei, von dem nichts mehr kommt.

Regierung schafft Migrationsanreize

Einzelne Bundesländer, vor allem Bayern, haben angefangen, Sozialleistungen für Migranten nicht mehr bar auszuzahlen, damit Lebensunterhaltsleistungen nicht zur Abzahlung von Schleuserkrediten in den Heimatländern zweckentfremdet werden können. Andere Länder oder Landkreise wollen versuchen, Asylbewerber zur Ableistung gemeinnütziger Arbeiten zu verpflichten, weil sie sich auch von

dieser Maßnahme eine abschreckende Wirkung erhoffen.

Mitteldeutsche Bundesländer haben offenbar auch erkannt, dass die meisten Asylsucher in Deutschland eben nicht aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan kommen, sondern aus Polen, Tschechien und Österreich. Deshalb haben sie an diesen Grenzen Kontrollen eingeführt, um die dortigen Asylsucher in ihre Herkunftsländer zurückzuverweisen, die sichere Länder sind.

Alles in allem erwecken all diese Maßnahmen den Eindruck von Pflästerchen, die nichts bringen, wenn kein Wille da ist, die ungesteuerte Migration wieder in den Griff zu bekommen. Das geht nur durch Gesetzesänderungen, zu denen die Ampelparteien jedoch bislang nicht bereit sind. Bodo Bost

UNRUHEN

In der „Scharja al-Arab“ tobt der Hass

Die Sicherheitslage in der deutschen Hauptstadt wird immer prekärer

VON HERMANN MÜLLER

Im Jahr 1999 lieferte die Berliner Sonnenallee, genauer gesagt, der kürzere, in Treptow gelegene Teil der Straße, noch den Stoff für eine Filmkomödie, in der Regisseur Leander Haußmann die Teilung Berlins zu Mauerzeiten humoristisch verarbeitete. Das derzeitige Bild der Straße wird von einer Welle von Ausschreitungen und Hass-Demos geprägt. Seit den Attacken der Hamas auf Israel befindet sich Berlins Polizisten im Dauereinsatz. Neben offiziell genehmigten Demonstrationen kommt es jeden Tag zu spontanen Versammlungen pro-palästinensischer Gruppen oder zu Versuchen, Demonstrationsverbote zu umgehen. Vor allem in Neukölln werden immer wieder Autos angezündet oder Barrikaden errichtet. Bei ihren Einsätzen müssen Polizisten und Feuerwehrleute jederzeit damit rechnen, mit Steinen, Flaschen oder Böllern beworfen zu werden.

Wie hasserfüllt die Lage ist, zeigt der Fall einer Demonstration, die aus Sicherheitsbedenken wieder abgesagt wurde. Ursprünglich wollte eine Gruppe von zehn Personen am 20. Oktober unter dem Motto „Kein Platz für die Hamas – Berlin gegen Antisemitismus“ von der Sonnenallee zur Al-Nur-Moschee in der Neuköllner Haberstraße ziehen. Allerdings erhielt Marcel Luthé, der Anmelder der Veranstaltung, von der Polizei den dringenden Rat, die Demo abzusagen.

Luthé wurde bei einem Gespräch mit der Versammlungsbehörde zu verstehen gegeben, dass zum Schutz der kleinen Demonstration fünf Einsatzhundertschaften der Polizei nötig wären. Die Lage sei mit nichts vergleichbar, was man bisher erlebt habe, auch nicht mit den Ausschreitungen in früheren Jahren am 1. Mai, so ein Einsatzleiter. Angesichts der äußerst strapazierten Personallage bei der Polizei und der Situation in der Stadt verzichtete Luthé schließlich auf die Ausübung des Demonstrationsrechts.

„Über die Feigheit erstaunt“

Die 500 Polizisten würden sicher andernorts benötigt, erklärte Luthé: „Aber ich bin über die Feigheit dieser Stadt unfassbar erstaunt. Dass man 90 Jahre nach 1933 nicht in der deutschen Hauptstadt für Juden demonstrieren kann, ist



Steine und Flaschen gegen Polizisten: Verbotene Demonstration auf der Berliner Sonnenallee

Foto: pa

unglaublich.“ Schon am 11. Oktober hatte die Deutsch-Israelische Gesellschaft eine Kundgebung in Neukölln aus Sicherheitsgründen abgesagt.

Auch andere Entwicklungen sorgen für ein Klima der Angst: In der Nacht zum 18. Oktober haben zwei unbekannte Täter Molotowcocktails auf eine Synagoge in der Brunnenstraße in Berlin-Mitte geworfen. Die Berliner Generalstaatsanwaltschaft ermittelt in diesem Fall wegen versuchter schwerer Brandstiftung. Bislang unbekannt sind auch Täter, die über Tage an Häusern, in denen Juden leben, Davidsterne angebracht haben.

Pro-palästinensische Gruppen hatten zudem für den 13. Oktober zu einer Art von Generalstreik aufgerufen. Per Handzetteln, die Personengruppen auf der Sonnenallee verteilt hatten, wurden Geschäftsinhaber aufgefordert, ihre Läden geschlossen zu halten. In der „Scharja al-Arab“ (zu Deutsch: Straße der Araber), so die unter vielen Arabern gebräuchliche Bezeichnung für die Sonnenallee, folgten

nach Schätzung von Beobachtern etwa 80 Prozent der Ladeninhaber dem Aufruf. Gewerbetreibende, die dem Aufruf nicht gehorchten, wurden das Ziel von Übergriffen. Laut rbb schütteten unbekannte Personen vor einem arabischen Imbiss und einem Restaurant, die weiterhin geöffnet hatten, eine übel riechende Flüssigkeit aus.

Klimaextremisten machen weiter

Die Sicherheitslage in der Hauptstadt ist derzeit so prekär, dass der Senat sich gezwungen sehen könnte, auch auf radikale Klimaaktivisten härter als bisher zu reagieren. Mitglieder der „Letzten Generation“ hatten am 17. Oktober auf dem Alexanderplatz mithilfe umgebauter Feuerlöcher die unter Denkmalschutz stehende Weltzeituhr großflächig mit oranger Farbe beschmiert. Ausgeführt wurde die Aktion in Sichtweite der mobilen Polizeiwache, die nur einen Steinwurf entfernt liegt.

Die Reaktion der Berliner Landesregierung auf diese Farbatacke fiel bemer-

kenswert scharf aus. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) sagte: „Das Maß ist übertoll.“ Innensenatorin Iris Spranger (SPD) wies auf den Dauereinsatz der Berliner Polizei zum Schutz jüdischen und israelischen Lebens hin. „Und während dieser Belastung begehen Straftäterinnen und Straftäter der sogenannten Letzten Generation Sachbeschädigungen, Nötigungen – Straftaten“, kritisiert Spranger.

Bei den Klimaextremisten scheint trotz der scharfen Kritik das Maß noch nicht voll zu sein. In einer Pressemitteilung kündigten Mitglieder der „Letzten Generation“ sogar weitere Farbatacken an. „Egal ob mit Feuerlöschern, Farbeimern oder Pinseln – wir werden das Brandenburger Tor immer wieder orange färben.“ Weiter schrieben die „Klimaschützer“: „Mit den zahlreichen Spekulationen dazu, bis wann das Brandenburger Tor wieder frei von oranger Warnfarbe ist, können wir aufräumen: Das Brandenburger Tor bleibt orange.“

BRANDENBURG

Wird der Rechnungshof gleichgeschaltet?

Abkehr von der Bestenauslese: AfD fürchtet, dass Parteikader das Amt der Budgetprüfer entern

Sollen Führungsposten bei Brandenburgs Landesrechnungshof künftig nicht mehr mit den besten Fachleuten, sondern mit Parteikadern besetzt werden? Diese Frage stellt sich nach Informationen, die aus dem Haushaltskontrollausschuss des Landtags an die Öffentlichkeit gedrungen sind. Wie die Abgeordnete Marianne Spring-Räumschüssel (AfD) bei einer Pressekonferenz am 17. Oktober berichtet hat, gab es im Finanzausschuss des Parlaments einen Vorstoß, der auf eine Abkehr vom bisherigen Prinzip der Bestenauslese bei Führungspositionen abzielt.

Die Cottbusser Abgeordnete, selbst Mitglied im Haushaltskontrollausschuss, berichtete, dass die Koalitionsfraktionen von SPD, CDU und Grünen am 10. Oktober in nichtöffentlicher Sitzung überraschend eine Tischvorlage zur Nachbesetzung der Posten des Präsidenten des

Rechnungshofs, des Vizepräsidenten und eines Direktorenpostens vorgelegt und beschlossen haben. Demnach sollen die Landtagsfraktionen bereits bis zum 7. November Personalvorschläge zur anstehenden Neubesetzung der drei Stellen einreichen. Nachbesetzt werden müssen die Positionen erst im Laufe des kommenden Jahres.

Überraschend ist nicht nur der straffe Zeitplan. Das empfohlene Vorschlagsverfahren der Fraktionen läuft auf eine Abkehr von der bisher praktizierten Bestenauslese beim Spitzenpersonal des Rechnungshofs hinaus. Spring-Räumschüssel kritisiert: „Für die Posten sind hoch qualifizierte Fachleute notwendig, die man nicht schnell mal am Wegesrand findet. Ich habe das Gefühl, dass die rot-schwarz-grüne Koalition bereits das Personal für die drei Führungspositionen ausgesucht

hat und mit der eigenen Mehrheit im Landtag durchdrücken will.“

Brandenburgs Rechnungsprüfer scheuen sich bislang nicht, der Landesregierung unbequeme Fragen zu stellen. Erst im August hatte der Rechnungshof zur Prüfung des sogenannten Brandenburg-Pakets aufgefordert. Dabei handelt es sich um ein zwei Milliarden Euro starkes Nothilfeprogramm zur Abmilderung der Folgen des Ukrainekriegs. Das Paket wird trotz Schuldenbremse über Kredite finanziert. Möglich wurde dies, nachdem Ende 2022 eine Mehrheit im Landtag erklärt hatte, das Land befinde sich in einer Notsituation.

Allerdings machte der Landesrechnungshof deutlich, dass er bei einigen der geplanten Förderprojekten keinen unmittelbaren Zusammenhang mit den Folgen des Ukrainekriegs sieht. Bezahlen will das

Land beispielsweise auch sogenannte Katastrophenschutz-Leuchttürme, die in Notfällen als Anlaufpunkte für die Bevölkerung dienen sollen. Tatsächlich stellt sich die Frage, warum solche Aufgaben nicht aus dem regulären Haushalt bezahlt werden. Rechnungshofpräsident Christoph Weiser warnte im Sommer gegenüber dem rbb: „Umso länger das (Programm) andauert, desto eher schleicht sich die Versuchung ein, dass hier Dinge gefördert werden, die man immer schon haben wollte.“

Der Rechnungshof warnte auch vor einer Aushebelung des Budgetrechts des Parlaments. Hintergrund ist die Regelung, dass Projektanträge mit einem Fördervolumen bis zu 7,5 Millionen Euro vom Finanzministerium geprüft werden, ohne den Haushältern des Landtags auch nur einmal vorgelegt werden zu müssen. H.M.

KOLUMNE

Lärm um Sahara

VON VERA LENGSELD

Über zwei Jahre wurden in den Medien Gerüchte um eine Parteigründung von Sahara Wagenknecht am Kochen gehalten. Umfragen wurden gestartet, welchen Zuspruch die Partei bei den Wählern erhalten würde. Angeblich mehr als 20 Prozent. Das ist nur dadurch zu erklären, dass die Öffentlichkeit Wagenknechts Angriffe auf die Ampelregierung und besonders die Grünen wahrnimmt, aber im Unklaren darüber ist, dass die „neue linke Partei“ inhaltlich die alten Konzepte, die längst gescheitert sind, bietet.

Staatliche Planwirtschaft wie in der DDR: politisch festgelegte Höchstpreise (in der DDR EVP genannt) und staatliche Festlegungen, was die Betriebe produzieren sollen. Neben vielem Richtigem, was Wagenknecht zur unkontrollierten Einwanderung und „blinden, planlosen Ökoaktivismus“ sagt, äußert sie auch Absurdes. Die Ampel würde sich zu sehr auf den Markt verlassen. Das ist hinsichtlich der immer planwirtschaftlicher ausgerichteten Politik der Ampel eine Feststellung, die an Wagenknechts wirtschaftlicher Kompetenz, die von den Medien hoch gelobt wird, zweifeln lässt.

Auch ihr Freiheitsbegriff ist höchst fragwürdig, wenn die Wirtschaft von der Freiheit ausgenommen ist. Nachdem der Verein, der die Gründung der Partei vorbereiten soll, „Bündnis Sahara Wagenknecht“ genannt wurde, schlossen sich viele Mächtigern-Meinungsmacher dem Diktum an, Wagenknecht befände sich auf einem Ego-Tripp. Wichtiger ist die Frage, wie glaubwürdig sie ist. Als sie ihren Verein am vergangenen Montag in Berlin vorstellte, verkündete sie ihren Austritt aus der SED-Linken, dem sich ihre neun Fraktionskollegen anschlossen. In der Fraktion wollen sie noch bleiben. Treten sie auch aus der aus, würde die Linksfraktion eine Gruppe werden, mit erheblichen Einbußen an Geld und Mitarbeitern. Wagenknecht will aber die Fraktion „zunächst aufrechterhalten“. Das wirft Fragen auf.

MELDUNG

Grüne bleiben bei ihrer Linie

Frankfurt (Oder) – Am 14. Oktober haben Brandenburgs Grüne ihre Landesdelegiertenversammlung in Frankfurt (Oder) abgehalten. Ihr Führungsduo Hanna Große Holtrup und Alexandra Pichl wurde wiedergewählt. Inhaltlich wollen die Grünen an ihrer Ausländerpolitik festhalten. Die designierte Spitzenkandidatin für die kommenden Landtagswahlen, Antje Töpfer, zurzeit Gesundheitsstaatssekretärin: „Wir haben die verdammte Pflicht, Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, aufzunehmen.“ Michael Kellner, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, lehnte Sachleistungen statt Bargeld für Asylanten ab: „Das ist doch Blödsinn, das ist Drangsalierung!“ Die märkischen Grünen fordern außerdem „eine schnelle Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt“ und „rasche Unterbringung in Wohnungen statt in Gemeinschaftsunterkünften“. Umfragen sagen den Grünen in Brandenburg einen Rückgang von zuletzt 10,8 auf acht Prozent voraus. F.B.

● MELDUNGEN

Biden baut
Trumps Mauer

Washington – US-Präsident Joe Biden, welcher unmittelbar nach seinem Amtsantritt verfügte, dass der unter Donald Trump begonnene Bau einer Mauer an der Grenze zu Mexiko nicht fortgesetzt wird, weil er „keine ernsthafte politische Lösung“ darstelle, musste diese Entscheidung nun revidieren. Wie Bidens Minister für Innere Sicherheit, Alejandro Mayorkas, mitteilte, sollen aufgrund der Vielzahl der illegalen Grenzübertritte weitere 32 Kilometer der Mauer in Texas errichtet werden. Allein im September dieses Jahres griffen US-Sicherheitskräfte 260.000 Armutsmigranten aus Lateinamerika an der südlichen Grenze der USA auf. Mayorkas will kraft seiner „vom Kongress verliehenen Autorität“ 26 Bundesgesetze außer Kraft setzen, um die Erweiterung der Grenzschutzanlage zu ermöglichen. Viele dieser Bestimmungen waren verabschiedet oder benutzt worden, um Trumps Vorhaben so weit als möglich zu torpedieren. W.K.

Cannabis-Flopp
in Kanada

Alberta – In Kanada kämpft die Cannabis-Industrie fünf Jahre nach der Legalisierung des Rauschmittels um ihren Fortbestand. Kanada ist eines von wenigen Ländern, das einen regulierten Markt für den legalen Konsum von „weed“ (Gras) geschaffen hat. Hohe Investitionen wurden seit 2018 getätigt, getrieben von der Vorstellung, schnelles Geld mit dem Kiffen zu machen. Doch es zeigte sich, dass die Produzenten mit diesem Geschäft wenig bis keinen Profit erzielen. Einer von ihnen mit Sitz in Alberta will sein Angebot um eine Orchideenzucht erweitern. Ein anderer beabsichtigt, seine millionenschwere Zentrale in Ontario an den vorherigen Besitzer zurückzuerkaufen. Dafür, dass sich Produktion und Vertrieb von Cannabis kaum lohnen, werden die hohen gesetzlichen Standards und ein Überangebot durch zu viele Klein- und Großunternehmen angeführt. Der aufwendige Anbau von legalem Cannabis ist zudem heute teurer denn je, vor allem aufgrund hoher Energiekosten. D.J.

E-Auto-Umsatz
stagniert

Atlanta – Der Absatz von elektronisch angetriebenen Fahrzeugen in den USA hat ein hohes Niveau erreicht. Allerdings steigen die Verkaufszahlen zuletzt langsamer als in der Vergangenheit. Bisher wurden viele E-Autos in den „fortschrittlichen“ Bundesstaaten Kalifornien, Oregon und Washington verkauft, und die Abnehmer waren „Early Adopters“, die mehr Macken und Qualitätsprobleme in Kauf nehmen. Einige Analysten sind der Meinung, dass sich in diesem Segment ein Plateau abzeichnet. So sagt Sam Fiorani, Vizepräsident für globale Fahrzeugprognosen bei AutoForecast Solutions: „Das spektakuläre Wachstum, das wir in den vergangenen Jahren erlebt haben, lässt sich nicht aufrechterhalten.“ Und Cox Automotive, ein Dienstleister für die Autoindustrie ergänzt: „Man kann amerikanische Verbraucher nicht dazu bringen etwas zu tun, das sie nicht tun wollen.“ K.G.

ANALYSE

Triumph für Tusk, Klatsche für Kaczyński

Nach der Wahl steht Polen vor einem Regierungswechsel. Die Deutsche Minderheit erhält kein Sejm-Mandat

VON RUDOLF URBAN

Am 15. Oktober wählten die Polen ihr neues Parlament. Und wie im Vorfeld oft betont, sollte es eine Schicksalswahl werden zwischen einem westlich orientierten Kurs unter der Bürgerkoalition Donald Tusks und anderen Oppositionsparteien sowie einem nationalistischen Kurs hin zu einem autoritär anmutenden Staat, wie ihn die bisherige Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) unter Jarosław Kaczyński in den letzten Jahren verfolgte. Es war eine Wahl, bei der sich die Bürger zwischen zwei Welten entscheiden sollten. Kein Wunder also, dass die Wahlbeteiligung auf einem Rekordhoch von 74,38 Prozent lag. Die PiS ging zwar mit einem Stimmenanteil von 35,38 Prozent als Sieger aus dem Rennen. Eine dritte Regierungszeit wird es jedoch für sie aller Wahrscheinlichkeit nach nicht geben.

Doch noch gibt sich die PiS nicht geschlagen. Sie betont ihren Wahlsieg und sieht darin für sich den klaren Auftrag zur Regierungsbildung, auch wenn mögliche Koalitionspartner rar sind, denn außer der populistisch-liberalen „Konfederacja“

bleiben keine Optionen. Und auch mit dieser Partei zusammen kommt sie nur auf 212 Mandate im 460-Sitze-Sejm.

Schwierige Koalitionsbildung

Den Regierungsauftrag könnte die PiS zunächst trotzdem bekommen, stammte doch Staatspräsident Andrzej Duda, der die Entscheidung fällt, aus diesem Lager. Ein solcher Schritt würde aber nur das Unabdingbare in die Länge ziehen, nämlich die Machtübergabe, für die die Polen schließlich gestimmt haben. Denn die Opposition aus Bürgerkoalition, „Drittem Weg“, der sich aus den Parteien „Polska 2050“ und Bauernpartei PSL zusammensetzt, sowie die sozialdemokratische „Lewica“, kommen gemeinsam auf eine komfortable Mandatsmehrheit von 248.

Doch noch diskutieren auch die zukünftigen Regierungsparteien über den Inhalt ihres Koalitionsvertrages und die personelle Zusammensetzung der Regierung. Dabei sind sie sich in einigen weltanschaulichen Dingen keineswegs einig. So sind mehr Rechte für Homosexuelle oder das Thema Abtreibung potenzielle Streitpunkte. Bauernparteichef Władysław Kosiniak-Kamysz meinte zum Beispiel bei „Radio Zet“, man solle diese Dinge erst gar

nicht in den Koalitionsvertrag aufnehmen, die „Lewica“ dagegen, die sich gerade für die teilweise kontrovers diskutierten Themen stark macht, sieht das anders. Doch auch in diesem Lager weiß man, dass man das Land nur in eine andere Richtung lenken kann, wenn man aufeinander zugeht.

Bis der Machtwechsel vollzogen wird, dürfte es also noch etwas dauern. Dies gibt der bisherigen Regierung Zeit, sich auf die neue Zukunft vorzubereiten und – wie manche behaupten – Beweise für eigenes schuldhaftes Verhalten zu beseitigen. Doch auch die bisherige Opposition braucht Zeit, um nach der Wahl im Alltag anzukommen und gemeinsam einen Weg für die kommenden Jahre einzuschlagen.

In jedem Fall aber dürfte Polen kurz vor einem Richtungswechsel hin zum Westen stehen, auf den sich vor allem die jungen Polen mehrheitlich freuen – vor dem es den PiS-Wählern dagegen graut.

Debakel für deutsche Minderheit

Nach der Wahl muss sich auch die deutsche Minderheit in der Oppelner Region auf eine neue Zeit einstellen – nämlich eine ohne einen eigenen Abgeordneten. Über dreißig Jahre lang gab es immer zunächst sieben, dann fünf, zwei und schließ-

lich die letzten 16 Jahre einen Abgeordneten der Minderheit. Rund 6.000 Stimmen fehlten dieses Mal dem einzigen minderheitlichen Wahlkomitee in Polen, um bei der Mandatsvergabe im Wahlkreis Oppeln berücksichtigt zu werden.

Ryszard Galla, der 18 Jahre lang Abgeordneter der Minderheit und bei dieser Wahl wieder ihr Spitzenkandidat war, sowie Rafal Bartek, Chef des Dachverbandes der Deutschen in Polen, sehen für die Wahlniederlage drei Gründe. Zum einen sei eine hohe Wahlbeteiligung immer ein Problem für die Minderheit, die eben nur regional auftritt und damit eine begrenzte Wählerschaft hat. „Wir sind uns aber auch bewusst, dass in dieser Situation, in der das Schicksal des demokratischen Polens und sein Platz in Europa auf dem Spiel standen, viele Wähler vor einem Dilemma standen, die großen Parteien zu wählen, die in den Medien als diejenigen dargestellt wurden, die Einfluss auf die Richtung der Entwicklung des Landes haben, oder ein regionales Komitee, das nur auf der Ebene einer Woiwodschaft agiert“, so Bartek. Und Galla verweist auf den Trugschluss, der Sitz für die Minderheit sei gesetzlich garantiert. „Obwohl wir das immer wieder dementiert haben und sagten, wir müssten ebenfalls zumindest in der Region über die Fünf-Prozent-Hürde kommen, blieben viele wohl bei dem Irrglauben, uns sei der Sitz sicher, und haben sich deshalb für ein anderes Komitee entschieden“, sagt der Noch-Abgeordnete.

Was tut die Minderheit nun? Wie es aus der Oppelner Organisation der Minderheit heißt, wollte man den Wahlkampf und die Wahlergebnisse intern aufarbeiten und Schlüsse für die kommende Wahl ziehen. Und diese gibt es nicht erst in vier Jahren, sondern in rund sechs Monaten. Dann werden in Polen die Selbstverwaltungen, also Gemeinderäte, Bürgermeister, Kreisräte und Woiwodschaftsparlamente (Sejmiks), gewählt. Hier konnte sich die Minderheit mit ihrer regionalen Ausrichtung den Wählern bisher besser präsentieren. Eine Wahlschlappe wie am 15. Oktober will man deshalb tunlichst vermeiden und im besten Fall wieder in der Woiwodschaft und den Kreisen mitregieren sowie eigene Bürgermeister stellen.

● **Dr. Rudolf Urban** ist Chefredakteur der Zeitung „Wochenblatt.pl – Zeitung der Deutschen in Polen“.

www.wochenblatt.pl



Wird in den kommenden Jahren Polens Kurs bestimmen: Donald Tusk von der Bürgerkoalition

Foto: imago/sopa/images

TÜRKEI

Erdogan entpuppt sich als Hamas-Unterstützer

Türkische Annäherung an Israel wegen Waffenhilfe in Aserbaidschan weicht heftigen Anschuldigungen

Zehntausende Menschen versammelten sich in den vergangenen Tagen in türkischen Städten, um die Hamas für ihren „Sieg“ gegen Israel zu feiern. Ein Sieg, der nichts anderes als ein Massaker an unschuldigen Kindern, Frauen und alten Menschen war. In den türkischen Straßen forderte man ein Ende des „Völkermords“ der Israelis an den Bewohnern von Gaza. Unter den Pro-Hamas-Marschierern in der Türkei befand sich auch einer der Söhne von Präsident Erdogan und einer seiner Schwiegersöhne, der populäre Selçuk Bayraktar, Co-Chef des Kampfdrohnenherstellers Bayraktar. Er zog unter dem Schlachtruf „Tod den Zionisten“ vom großen Basar in Istanbul bis zur Hagia Sophia.

Organisiert werden diese Demonstrationen meist nicht direkt von Erdogans

Partei AKP, sondern von der radikalislamischen „Partei der freien Sache“ (Hüdapar), ein politischer Ableger der Hisbolah-Bewegung unter den Kurden in der Türkei, die zur Präsidentschaftswahl im Sommer ein Bündnis mit Erdogan eingegangen war. Jetzt organisieren die vier Hüdapar-Abgeordneten im Parlament von Ankara die türkische Solidarität mit der Hamas – mit Erdogans Duldung und Unterstützung. Der türkische Präsident hatte sich seit Beginn der neuen Runde des Nahostkonflikts als Vermittler angeboten, während seine Verbündeten von Hüdapar offen die Terroristen unterstützten.

Erdogan, der sich in seinen zwei Jahrzehnten an der Macht wiederholt für die palästinensischen Araber eingesetzt hat, unter anderem in einer scharfen Anklage

gegen den ehemaligen israelischen Präsidenten Shimon Peres auf dem Davoser Forum 2009, beendete im vergangenen Jahr einen mehr als zehnjährigen diplomatischen Stillstand mit Israel. Dieser war entstanden, weil im Jahr 2009 die Israelis ein Unterstützungsschiff aus der Türkei für die Hamas in Gaza gestoppt hatten. Bei der Durchsuchung des Schiffes, auf dem Waffen gefunden wurden, war es zu einem Schusswechsel gekommen, bei dem ein türkischer Seemann getötet worden war.

Umso erstaunter war man, als Erdogan sich im September zum ersten Mal mit dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu am Rande der UN-Generalversammlung in New York traf. Trotzdem verurteilte der türkische Präsident

nun nachdrücklich „das wahllose Töten unschuldiger Menschen in Gaza“ durch Israel und sagte, dass Israel „sich nicht wie ein zivilisierter Staat verhält“.

Zur Besserung des Verhältnisses hatte vor allem die Waffenhilfe Israels für Erdogans „Brudervolk“ in Aserbaidschan beigetragen, denn dort erwiesen sich die israelischen Drohnen besser als die von Erdogans Schwiegersohn. Nur mithilfe dieser Waffen konnten die Aserbaidschaner das armenisch besiedelte Bergkarabach erobern und innerhalb einer Woche ethnisch von Armeniern säubern. Diese enorme Waffenhilfe ist zumindest auf türkischer Seite schon nach drei Wochen offenbar wieder vergessen. Nun scheint Erdogan sein anderes „Brudervolk“ in Gaza wichtiger zu sein. Bodo Bost

VON PETER ENTINGER

Die Mehrheit der Deutschen hat das Vertrauen in die Ampelkoalition verloren. Nun kommt noch hinzu: Auch aus den Reihen der Wirtschaft ist das Unbehagen immer lautstärker zu vernehmen. In der vergangenen Woche fand der Arbeitgebertag des Bundesverbands BDA in Berlin statt. Dessen Präsident Rainer Dulger sparte bereits im Vorfeld nicht mit Kritik an der Regierung: „Arbeitsmarkt, Wirtschaftssystem und Energiepolitik sind in Deutschland überreguliert.“ Es sei schwer, sich als Unternehmer oder Arbeitnehmer zu entfalten. „Aber Teile der Ampel hören uns nicht zu. Wir erleben einen wirtschaftspolitischen Stillstand in der Zeitenwende – der Zug ist schon zu Beginn der Strecke stehengeblieben.“

In seiner Rede zum Arbeitgebertag legte Dulger nach und forderte die Regierung auf, mehr für den Standort Deutschland zu tun: „Konkrete Handlungen sind nun gefragt. Ein gezielter Bürokratieabbau ist ein kostenloses Konjunkturprogramm.“ Er bemängelt nicht nur die Verhältnisse im politischen Berlin, Dulger nahm auch die EU aufs Korn und nannte als Beispiel das Lieferkettengesetz oder die Richtlinie für Sozialreports, die Großunternehmen jährlich erstellen müssen. „Allein der Leitfaden für den Sozialreport ist fast so dick wie das Frankfurter Telefonbuch. Das ist bürokratischer Wahnsinn, was da vor allem aus Brüssel zusätzlich über uns ausgeschüttet wird.“ Deutschland setze solche Regeln zudem oft viel strenger um als die anderen Mitgliedsstaaten.

Laut einer jüngsten Forsa-Umfrage sehen 82 Prozent der Unternehmer den Standort Deutschland in Gefahr. Als Gründe nannten sie unter anderem hohe Energiepreise und fehlende Fachkräfte. Unternehmen benötigten Planungssicherheit, um die Weichen im eigenen Betrieb richtig stellen zu können, betonte Dulger in Berlin: „Die Standortbedingungen stimmen nicht mehr.“

„Die Regierung hört uns nicht zu!“

Die Bundesregierung erwartet für dieses Jahr einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,4 Prozent. Damit liegt Deutschland klar unter dem europäischen Durchschnitt. Dulger strich heraus, dass in anderen, einst wirtschaftlich deutlich schwächeren Ländern die richtigen Maßnahmen eingeleitet worden seien. „Schauen Sie, wie weit Polen, Tschechien, Ungarn und das Baltikum ihre Verwaltungsabläufe digitalisiert haben. Das spielt alles in die Angebotsbedingungen eines Standorts hinein“, sagte der Arbeitgeberpräsi-



„Die Standortbedingungen stimmen nicht mehr“: BDA-Präsident Rainer Dulger in Berlin

Foto: pa

ARBEITGEBERTAG 2023

Arbeitgeber stellen der Ampel ein verheerendes Zeugnis aus

„Der Zug ist schon zu Beginn der Strecke stehengeblieben“: BDA-Chef Dulger lässt kein gutes Haar an der Bundesregierung und der EU-Führung

dent, der zudem die marode Infrastruktur und die hohen Lohnnebenkosten beklagte. Dulgers Philippika ist in dieser Form durchaus ungewöhnlich. Normalerweise üben sich Arbeitgeber und Regierung während des Verbandstags in trauter Einigkeit. Kanzler Olaf Scholz, CDU-Chef Friedrich Merz und Finanzminister Christian Lindner dürften vor Ort die Ohren geklingelt haben.

In seinem Redebeitrag versprach Scholz auf allen staatlichen Ebenen Verbesserungen. „Deutschland-Tempo brauchen wir überall, wenn es um Entscheidungen des Staates, um Handlungen und Planungen geht“, sagte er in Bezug auf den schnellen Aufbau der Infrastruktur für Flüssiggas. Oppositionsführer Merz nutzte die Gunst der Stunde, um Dulgers

Worte aufzugreifen und die Regierung ebenfalls scharf anzugreifen. Die Ampel müsse Maßnahmen „auf der Kostenseite“ ergreifen. „Deutschland hat die höchsten Arbeits-, Bürokratie- und Energiekosten und die höchsten Steuern. Das lässt sich auf Dauer nicht durchhalten.“ Bei den Arbeitskosten sei eine Reduzierung schwierig, aber bei den Bürokratiekosten könnte man es „relativ schnell hinbekommen“.

Nicht gut angekommen ist die Tatsache, dass Wirtschaftsminister Robert Habeck dem Treffen trotz anderslautender Ankündigungen ferngeblieben ist. Den Part des Beschwichtigers übernahm dafür Scholz. „Wir haben es übertrieben, das ist meine feste Überzeugung“, sagte er mit Blick auf die Bürokratie. Akteure aller Parteien und politischer Ebenen hätten

„Jahrzehnte damit zugebracht, liebevoll und mit viel Spaß am Detail dafür zu sorgen, dass es sehr kompliziert geworden ist“. Teilnehmer sprachen anschließend von Beruhigungspillen, die der Kanzler verabreicht habe.

Arbeitgeberchef Dulger konnten die Worte des Kanzlers ebenfalls kaum überzeugen. Er zeichnete ein düsteres Szenario. Jedes vierte Unternehmen mit mehr als 3000 Beschäftigten spiele mit dem Gedanken, abzuwandern. „Die Stimmung in der Breite der Wirtschaft ist gekippt“, sagte er und gab Minister Habeck mit Blick auf die Klimaschutz-Maßnahmen mit auf den Weg: „Eine absterbende Wirtschaft als Kollateralschaden billigend in Kauf zu nehmen, um Klimaziele zu erreichen, ist grundfalsch.“

LANDWIRTSCHAFT

Ausufernde Ackerlandpreise bedrohen die Existenz

Sowohl Kauf als auch Pacht werden immer teurer – Für viele Bauern ist das nicht mehr zu bezahlen

Ackerland wird in Deutschland immer knapper und teurer. Derzeit stehen nur noch 50,5 Prozent der Fläche der Bundesrepublik der Landwirtschaft zur Verfügung. Ein knappes Drittel davon ist jedoch Dauergrünland oder mit Obstbäumen beziehungsweise Weinstöcken bedeckt. Das Ackerland dient in der Regel dem Anbau von Weizen, Gerste, Roggen, Mais, Raps und Zuckerrüben.

Im Durchschnitt bewirtschaftet ein Bauer heute 63 Hektar Land, von dem ihm nur rund 40 Prozent gehören. Den Rest muss er pachten. Das heißt, die meisten Besitzer landwirtschaftlicher Nutzflächen sind keine aktiven Landwirte.

Die eine Hälfte des verpachteten Bodens befindet sich im Eigentum natürlicher Personen, die andere gehört Gebiets- und sonstigen Körperschaften oder Unternehmen. Dass die Bauern so wenig

Land besitzen, resultiert aus den Kaufpreisen. Diese liegen aktuell zwischen 13.000 Euro pro Hektar in Brandenburg und 64.000 Euro in Nordrhein-Westfalen und Bayern, wobei der bundesdeutsche Durchschnitt 26.800 Euro beträgt. Das ist sehr viel mehr als die 9000 Euro, die 2006 für den Hektar fällig waren.

Ähnlich verhält es sich mit der Pacht. Seit 2010 stiegen die Pachtpreise um rund 62 Prozent. Heute müssen die Bauern für Ackerland im Schnitt 375 Euro pro Hektar und Jahr bezahlen und für Dauergrünland knapp 200 Euro.

Für diesen Preisauftrieb gibt es eine ganze Reihe von Gründen: So herrscht zwischen den bäuerlichen Betrieben eine teilweise ruinöse Konkurrenz um die nutzbaren Flächen. Auch drängen immer mehr landwirtschaftsfremde Investoren auf den Markt, welche angesichts der all-

gemeinen Wirtschaftskrise auf eine sichere, wertstabile Kapitalanlage hoffen.

Überdies ist die Produktivität der Betriebe gestiegen, was vor allem für den Westen Deutschlands gilt. Und schließlich explodieren die Bodenpreise, weil immer mehr Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen werden. Zwischen 1992 und 2021 ging die Gesamtfläche für die Landwirtschaft um 7,4 Prozent zurück.

Auch Windparks fressen Land

Täglich werden hierzulande um die fast 60 Hektar Fläche versiegelt – das entspricht gut 80 Fußballfeldern. Die Ursache dafür liegt vor allem im Platzbedarf von Industrie, Gewerbe und Bauwirtschaft. Dazu kommt die Ausweitung der Freizeitflächen und Infrastruktur- beziehungsweise Verkehrsanlagen.

Die Bundesregierung versuchte dem bereits durch laufende Verschärfungen des Grundstückverkehrsgesetzes entgegenzuwirken, welchem zufolge jegliche Flächenübertragung zum Zwecke der nichtlandwirtschaftlichen Nutzung einer Genehmigung bedarf. Gleichzeitig setzte sie sich das Ziel, den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2030 auf 30 Hektar pro Tag zu drücken.

Dem steht allerdings die sogenannte Energiewende im Wege. Solar- und Windparks benötigen immer größere Flächen – das geht auch zulasten des Ackerlandes. Deshalb ist ein Preisrückgang eher unwahrscheinlich, zumal die Zahl der potentiellen Käufer landwirtschaftlichen Bodens noch wachsen wird, wenn durch die schleichende Deindustrialisierung Deutschlands andere Investments wegfallen. *Wolfgang Kaufmann*

MELDUNGEN

E-Auto-Bauer ist bankrott

Schanghai – Der seit 2015 existierende chinesische Elektroauto-Hersteller WM Motor Technology in Schanghai hat Konkurs angemeldet. Als Gründe hierfür nannte das Unternehmen die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, Probleme am Kapitalmarkt und stark gestiegene Rohstoffpreise. Die Verluste von WM verdoppelten sich seit 2019 auf umgerechnet über eine Milliarde Euro pro Jahr, weil die Gesamtzahl der verkauften Autos jeweils um ein Drittel zurückging. Ende 2022 versuchte das Unternehmen wieder schwarze Zahlen zu schreiben, indem es die Gehälter seiner Mitarbeiter radikal um 50 Prozent kürzte und die meisten Ausstellungsräume in China schloss, was aber ohne nennenswerte Wirkung blieb. Momentan konkurrieren rund 200 E-Automobilhersteller auf dem chinesischen Markt. Laut einer Studie des US-Beratungsunternehmens AlixPartners werden bis 2030 nur um die 30 der derzeit noch angebotenen chinesischen Elektroautomarken überleben. *W.K.*

ING DiBa will „grüne“ Kunden

Frankfurt am Main – Die Direktbank ING-DiBa – nach eigener Werbung „Deutschlands beliebteste Bank“ – hat angekündigt, sich von Kunden zu trennen, die zu wenig für den Klimaschutz tun. „Was für uns nicht funktioniert, ist, wenn die Kunden keine Vorstellung davon haben, wie sie zu einem weniger kohlenstoffintensiven Geschäftsmodell übergehen wollen“, wird der seit 2022 amtierende ING-Firmenkundenchef Eddy Henning von der Nachrichten-Website „FinanzmarktWelt“ zitiert. In einem solchen Falle würde die Bank möglicherweise Kreditanträge ablehnen oder Kontoverbindungen lösen. Laut Henning ist sich die ING der Risiken dieses Vorgehens bewusst, wolle mit ihrer Entscheidung aber eine Botschaft aussenden. Die „FinanzmarktWelt“ geht davon aus, dass es Druck vonseiten einiger Investoren gegeben hat, welche ihr Kapital „von stark verschmutzenden Industrien weg und hin zu umweltfreundlicheren Unternehmen“ lenken möchten. *W.K.*

SAP investiert 250 Millionen

Walldorf/Berlin – Der Softwarekonzern SAP hat am 16. Oktober im Beisein von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) ein neues Bürogebäude in Berlin-Moabit eröffnet. Für den Bau in der George-Stephenson-Straße hat SAP laut eigenen Angaben rund 250 Millionen Euro investiert. Das Gebäude bietet Platz für 1300 Mitarbeiter. Nach Unternehmensangaben wird dort künftig an Zukunftsthemen wie Künstliche Intelligenz, Blockchain und Business Process Intelligence (zu Deutsch: Geschäftsprozessintelligenz) gearbeitet. SAP-Technologievorstand Jürgen Müller erklärte bei der Eröffnung, Ziel des Unternehmens sei es, bis 2025 führender Anbieter für Business-KI zu werden und Unternehmen dabei zu unterstützen, Künstliche Intelligenz einzuführen. Er bezeichnete die Hauptstadt als einen sehr zentralen strategischen Standort für das Unternehmen SAP. *H.M.*

ZWISCHENRUF

Linker Judenhass

BODO BOST

Wenn zum ersten Mal seit 1945 Tausende Juden, darunter Frauen, Kinder und alte Leute, auch Holocaustüberlebende, auf barbarische Weise in ihrem Land, in dem sie sich sicher fühlten, von antisemitischen arabischen Judenhassern in ihren Häusern wie Vieh abgeschlachtet werden, dann ist das eine Zeitenwende und die Entlarvung der Mär der Palästinenser als ewige Opfer.

Dennoch versammeln sich Tag für Tag immer mehr zumeist arabischstämmige Antisemiten in deutschen Großstädten und dürfen dort ihren Judenhass ungestört herausgrölen. Auch dürfen sie ungestraft Häuser, in denen Juden leben, mit Davidsternen markieren. Vielerorts wollen diese Judenhasser ihre „Brüder“ in Gaza, deren Sieg sie feiern, nachahmen und bedrohen deshalb jüdische Schulen, Sportvereine, Synagogen, kurz das gesamte jüdische Leben, das sich nach 1945 nur sehr zaghaft wieder in Deutschland aufgebaut hatte, um es wieder zu zerstören. Das ist der Offenbarungseid der deutschen Multikultigesellschaft, die seit zwei Jahren als Ampelkoalition sogar die Regierung stellt mit ihrer Politik der unregelmäßigen Zuwanderung, die Asylrecht auch dann verleiht, wenn antisemitische Gesinnung und Gewaltbereitschaft schon im Asylverfahren offenbar wurden.

Während diese Taten passieren, wandern weiterhin Tag für Tag dieselben antisemitischen Zuwanderer zu Hunderten ungestört nach Deutschland ein und vergrößern das Heer ihrer bildungsfernen und unintegrierbaren Landsleute. Einige sagen sogar jetzt schon eine verstärkte Zuwanderung direkt aus Gaza in nächster Zeit voraus. Darunter werden dann wohl vor allem die Täter der Judenpogrome des 7. Oktober sein, die es als erste schaffen werden, aus dem eingeschlossenen Land durch Korridore oder Tunnel oder per Schiff herauszukommen. In Deutschlands Asylaufnahmезentren werden sie dann weiterhin die Mär ihres Opferseins erzählen, erst Asyl bekommen und später die Staatsangehörigkeit – dank „Ampel“ ohne Arbeitsaufnahme.

Ende der Blauäugigkeit

Der wachsende und erstmals seit 1945 voll zutage getretene Antisemitismus in deutschen Straßen sollte endlich den

letzten Blauäugigen die existentielle Gefahr der unkontrollierten Zuwanderung vor Augen geführt haben. Auch im Deutschland der 1930er Jahre hatte man zunächst nur naiv dem Antisemitismus zugesehen, der dann in den Krieg, den Holocaust und den Untergang Deutschlands geführt hat.

Wenn die Zuwanderung im jetzigen Rhythmus so weitergeht, dann könnte es diesmal sogar noch schneller gehen als in den 1930er Jahren. Heute ist jedoch nicht mehr nur die Politik in Deutschland blauäugig. Weite gesellschaftliche Kreise sind unter dem Mythos der Multikulti-Ideologie infiziert von Antisemitismus.

Und wieder einmal hat sich auch die Justiz, wie 1933, schnell von diesem Virus infizieren lassen. Wie anders ist zu erklären, dass in Frankfurt zunächst eine antisemitische „Free Palestine“ Demo genehmigt, dann verboten und in letzter Minute wieder genehmigt wurde? In einer Gesellschaft, die keine klaren Wertvorstellungen mehr hat, kann auch ein Justizsystem diese nicht mehr vermitteln. Es versteckt sich dann aus Selbsterhaltungstrieb hinter einer technokratischen Hülle wie in Frankfurt.

Schnelles Handeln ist gefragt

Da nutzt es auch nichts, wenn der Bundespräsident in einer schönen Rede in einer Berliner Synagoge erklärt, dass auch für Zuwanderer die deutsche Vergangenheit und damit auch Auschwitz zu ihrer Geschichte gehöre. Denn auch Steinmeier weiß, dass in den Schulen, in denen diese Geschichte vermittelt werden soll, in vielen Städten die Zuwanderer mit ihren Subkulturen und ihrer Gewaltbereitschaft bereits in der Mehrheit sind. In solchen Schulen müsste Steinmeier seine Rede halten.

Im schwedischen Malmö werden in solchen Schulen bereits Nachfahren von Holocaustüberlebenden von Migrantenkindern als Looser verhöhnt und bespuckt. Da mit einer baldigen Lösung des Nahostproblems nach dem 7. Oktober nicht mehr zu rechnen ist, weil eine Koexistenz in einer Zwei-Staaten-Lösung kaum mehr denkbar scheint, sollte die deutsche Politik schon jetzt die Notbremse ziehen und Grenzen sowie rote Linien aufzeigen. Zur Erziehung von Kindern gehört dies ohne Zweifel dazu. Im Umgang mit Zuwanderern aus dem Nahen Osten ist dies auch erforderlich.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbemittel der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Büro: info@ostpreussen.de



Eigenmächtiger Großspender im Nahen Osten: EU-Außenkommissar Borrell, hier rechts, im September 2023 in New York im Gespräch mit dem Ministerpräsidenten der Palästinensischen Autonomiegebiete, Mohammad Shtajeh Foto: pa

GASTBEITRAG

Märtyrerrenten aus Brüssel?

Zur Verantwortung von EU-Außenkommissar Borrell für die „europäische“ Palästina-Politik

MARKUS C. KERBER

Die Schläge der Hamas gegen Israel haben eine neue Dimension der Gewalt erreicht – und die DNA dieser kriminellen Organisation der Weltöffentlichkeit vor Augen geführt. Erstmals gelang es einer fanatischen Gruppe militärisch organisierter Kämpfer, die Grenzbefestigungen Israels zu durchbrechen und im großen Stil nicht nur Sachbeschädigungen durchzuführen, sondern auch Zivilisten zu ermorden oder diese als Geiseln zu nehmen. Das Drama um die israelischen Geiseln, darunter auch Touristen, haben die Zuschauer auf sozialen Medien miterleben können. Gleichzeitig werden mit Lenkflugkörpern aus dem Gazastreifen die israelischen Städte beschossen.

Dies alles mag in Israel zu einer Diskussion darüber führen, warum die Regierung so eklatant bei der Grenzsicherung versagt hat und warum der Geheimdienst – einer der besten der Welt – über den Hamas-Angriff und dessen sorgfältige Vorbereitung nicht informiert war.

Bisherige Politik auf dem Prüfstand

Aus hiesiger Perspektive aber gebietet der Anstand, darüber nachzudenken, warum die Europäische Union weiterhin die palästinensischen Autonomiebehörden in Gaza und im Westjordanland mit jährlich 691 Millionen Euro unterstützt.

Geld fließt bekanntlich durch alle Ritzen. So lange aber nicht feststeht, dass die Mittel sachgerecht – also nur humanitär – verwandt, sondern gegebenenfalls für Waffenkäufe oder die Planung terroristischer Aktionen beziehungsweise „politische Bildung“ ausgegeben werden, darf diese Hilfe nicht weiter fließen.

Zudem ist auch die Frage zu stellen, wer dafür verantwortlich ist, dass die Autonomiebehörden der Palästinenser bislang von der EU – und damit auch zu einem Viertel aus Deutschland – unterstützt wurden. Wieso kümmert sich die EU überhaupt um die Unterstützung der palästinensischen Autonomiebehörden und zahlt gar deren Gehälter? Sogar Renten an die Hinterbliebenen von gefallenen „Kämpfern“ – sogenannte Märtyrerrenten – soll es geben. Was hat dies mit der europäischen Integration zu tun?

Die Frage richtet sich an EU-Außenkommissar Josep Borrell. Denn der Hohe Repräsentant der EU, Vizepräsident der EU-Kommission, schaltet und waltet nach seinem Gutdünken und hält sich für den europäischen Außenminister. Dass ihm dabei eklatante Fehler bei der Allokation von Mitteln unterlaufen sind, scheint die Leitmedien nicht zu interessieren. Bislang wird nur allgemein über die Hilfe der EU für die Palästinenserorganisationen diskutiert. Immerhin stellte die EU mit einer Presseerklärung am 9. Oktober 2023 die Überprüfung der EU-Hilfen für „Palästina“ in Aussicht. Die Behauptung der EU-Kommission, gegenüber der Hamas eine „No contact policy“ zu praktizieren, kommt nun hoffentlich auf den Prüfstand.

Man kann in der Tat nur hoffen, dass auch die deutsche Politik des Auswärtigen Amts und des BMZ auf die Einhaltung dieses Prinzips geprüft wird. Werden Frau Baerbock und Frau Schulze den Sachverhalt dem Bundesrechnungshof vorlegen? Oder werden sie wie Borrell die Flucht nach vorn antreten?

Dieser wiegelt jede Kritik ab und fordert sogar noch höhere EU-Hilfen für die Palästinenser. Soviel Dreistigkeit ist beeindruckend. Daher drängen sich persönliche Konsequenzen auf, bei denen kein Weg an dem Spanier vorbeigeht. Denn es ist Borrell, der mit seiner selbstherrlichen Subventionspolitik zugunsten angeblich humanitärer Organisationen des palästinensischen Establishments die EU ins diplomatische Abseits geführt hat.

Im Zuge der anstehenden Wahlen zum EU-Parlament ist daher eine Gesamtrevision der EU-„Außenpolitik“ unter Borrell unerlässlich. Obschon dem Prinzip der Einstimmigkeit im EU-Rat unterworfen, scheint sich der Hohe Repräsentant nicht länger an die Grenzen seines Mandats zu halten. Er bestimmt, was das „europäische Interesse“ ist und welche Politik diesem Interesse dient. Dafür kann er sich formal auf die – gefährliche – Ermächtigung der EU-Kommission gemäß Artikel 17 EU-Vertrag stützen, um die „allgemeinen Interessen der Union“ zu fördern.

Angesichts der vermeintlichen „Fehlallokation“ von EU-Geldern an palästinensische „Behörden“ sollte jedoch nicht nur der Ruf nach einer vorbehaltlosen Überprüfung der EU-Gelder und ihrer

Verwendung ein administratives Echo finden. Vielmehr müssten die Nationalstaaten der EU – heillos zerstritten in der Nahost-Politik – die Frage aufwerfen, ob die Außen- und Sicherheitspolitik weiterhin einem Hohen Repräsentanten übertragen werden kann. Die Personalie des diktatorischen Borrell veranschaulicht die Problematik.

Borrells Karriere neigt sich dem Ende zu. Deshalb erscheint es im Interesse nationaler Souveränität – also zwecks nachhaltigen Schutzes der Selbstbestimmung der EU-Mitgliedstaaten – unerlässlich, die institutionellen Grundlagen der EU-„Außenpolitik“ zu revidieren.

Nationen müssen souverän bleiben

Denn Borrell hat den Beweis erbracht, dass es eine EU-Außenpolitik nicht gibt und nicht geben darf. Die anstehenden Wahlen zum EU-„Parlament“ geben den Nationen eine große Chance zur Selbstbehauptung. Henry Kissinger fragte einst nach einer Telefonnummer, um „Europa“ in sicherheitspolitischen Fragen erreichen zu können. Es gibt sie nicht und es darf sie nicht gegeben, wie das Gebaren von Borrell veranschaulicht.

Die Mitgliedsländer können sich lediglich im EU-Rat fallweise abstimmen. Gegebenenfalls mag ein Generalsekretär dessen Sitzungen vorbereiten. Mehr geht nicht, ohne die Außenpolitik – eine Domäne nationaler Kompetenz – zu vergemeinschaften. Borrell turnt auf allen internationalen Veranstaltungen herum. Stets hat er das EU-Scheckbuch in der Hand. Die Bürger bekommen kaum etwas davon mit oder haben diese Praxis geschluckt.

Die Märtyrerrenten aus der Kasse der Europäischen Union veranschaulichen den Irrweg der EU-Außenpolitik. Diese gehört unter den Teppich der Geschichte gekehrt. Andernfalls würde das Selbstbestimmungsrecht der in der Union versammelten Völker dauerhaft verletzt.

● **Prof. Dr. Markus C. Kerber** ist Professor für Finanzwirtschaft und Wirtschaftspolitik an der TU Berlin. 1998 gründete er den interdisziplinären Thinktank „Europolis“, um an der Neuausrichtung der europäischen Ordnungspolitik mitzuwirken. www.europolisonline.org

Die Stadt der Königinnen

Wo die selige Gisela herrschte – Im ungarischen Veszprém, der Europäischen Kulturhauptstadt 2023, hat die Musik das Sagen

VON HELGA SCHNEHAGEN

Der Touristenpfad durch Veszprém – deutsch: Wesprim oder Weißbrunn – führt vom Altstadtmarkt auf den Burgberg, immer der Straße nach bergauf. Wie Rom auf sieben Hügeln erbaut, findet man in Veszprém kaum ebene Strecken. Wer das ständige Auf und Ab scheut, steigt zur Stadtbesichtigung in die Citybahn.

Die Geschichte erschließt sich chronologisch in umgekehrter Richtung. Auf der Aussichtsbastei am Ende der Burgstraße stehen die Statuen von König Stephan dem Heiligen und Königin Gisela. Gisela war die älteste Tochter des bayerischen Herzogs Heinrich der Zänker und Veszprém der Lieblingsaufenthaltsort von Ungarns erstem Königspaar.

Im Gegensatz zu Rom ist Veszprém nur rund tausend Jahre alt. 1009 hatte Stephan I. das Bistum und die Stadt gegründet. 1993 zum Erzbistum erhoben, übergab das Kloster Niedernburg noch im selben Jahr Veszpréms Kathedrale St. Michael ihre Reliquien von Königin Gisela. Sie gilt als Stifterin der Domkirche. Nach dem Tod ihres Gatten 1038 war sie nach Bayern zurückgekehrt und 1065 als Äbtissin des Passauer Klosters verstorben. Zur „Stadt der Königinnen“ wurde Veszprém durch das Recht des Bischofs, nicht nur Gisela, sondern alle Königinnen Ungarns zu krönen. Heute erinnern die Giselatage an diese Tradition.

Die mittelalterliche Festung ist längst verschwunden. Das Burgviertel wird inzwischen von den Barockbauten der Erzdiözese dominiert. Von den 28 historischen Gebäuden auf dem Burgberg gehören 18 der Kirche und zehn dem Staat. Im Rahmen des Kulturhauptstadtjahres werden die bischöflichen Gebäude seit drei Jahren in einem Ausmaß saniert, wie es in den letzten 300 Jahren nicht mehr vorgekommen ist.

Das Sanierungsprojekt dauert bis 2025 an. Während die Fassaden bereits in frischem Glanz erstrahlen, konzentrieren sich Archäologen und Restauratoren jetzt auf die kirchlichen Innenräume. Dabei agieren sie nicht im Verborgenen. Auf so-



Schutzpatrone von Veszprém: König Stephan I. und Königin Gisela, die als Stifterin der Domkirche St. Michael gilt

Foto: pa

genannten „Work in Progress“-Rundgängen kann man ihnen mit einem Sicherheitshelm auf dem Kopf über die Schulter schauen. Gleich neben St. Michael liegen die Reste der Georgius Rundkapelle aus dem 10. Jahrhundert. Hier wurde die Kopfreliquie von St. Georg aufbewahrt, die einst ganze Pilgerscharen anzog. Die Ausgrabung dient vor allem Forschungszwecken und wird danach wieder ganz oder teilweise zugeschüttet.

Mit Sicherheit erhalten bleibt die zwischen dem Erzbischofspalast und dem Haus des Großpropstes zugängliche Giselakapelle. Bischof Robertus soll sie als älteste ungarische Bischofs- oder Königskapelle im 13. Jahrhundert erbaut haben. Ihre sechs mehr oder weniger gut erhaltenen lebensgroßen Apostelbilder gehören zu den ältesten Wandmalereien in Ungarn. Auch die bischöfliche Hauskapelle im Erzbischofspalast unterliegt der Gene-

ralsanierung. Ihr schon restauriertes Dreifaltigkeitsfresko im Gewölbe wird zwischenzeitlich kunstvoll von Spiegeln am Boden reflektiert.

Weiter unten markiert das Heldentor den Eingang zur Burg. Auf der Stadtseite bewacht Ernő, Ernst, als Minifigur die Burg. Der Wächter trägt die Uniform der ungarischen königlichen Garde aus der Zeit, als Ungarns Stephanskronen und die Reliquie der heiligen rechten Hand von Stephan I. in Veszprém verwahrt wurden.

Auf dem Altstadtplatz, dem Herzen der Stadt, erhebt sich schließlich die überlebensgroße Statue des Erzengels Michael, wie er den Satan – das Böse – unter seinen Füßen bezwingt. Er ist der Schutzpatron der Stadt, der Kathedrale und des Erzbistums.

Doch nicht nur das historische Zentrum wurde zum Kulturhauptstadtjahr verschönert und mit neuen Cafés und

Restaurants versehen. Mit Foton entstand gleich hinter dem Heldentor ein neues audiovisuelles Zentrum, das Laczkó-Dezső-Stadtmuseum wurde als Ort von Wechselausstellungen zum 140. Geburtstag des Künstlers József Egry, dessen Werke das Museum aktuell präsentiert, komplett renoviert und das alte Kinderkrankenhaus weiter südlich in ein ultramodernes Tanz-, Bewegungs- und Veranstaltungszentrum umgebaut, inklusive Kindergarten und angeschlossener Kletterhalle.

Bürgermeister Gyula Porga strahlt zufrieden, als er verkündet, Veszprém sei mit seinen 60.000 Einwohnern die lebenswerteste Stadt Ungarns. In der Tat steht Veszprém zusammen mit Győr (130.000 Einwohner) – deutsch: Raab – an der Spitze eines aktuellen ungarischen Städterankings.

Beides sind multinationale Industriestädte, vor allem der Autoindustrie. Erst

2021 richtete der deutsche Technologiekonzern Thyssenkrupp ein Entwicklungszentrum für 80 Ingenieure in Veszprém ein. Ausschlaggebend war die Pannonische Universität mit ihren rund 11.000 Studenten. Als Verwaltungssitz des gleichnamigen Komitats ist der öffentliche Dienst zusätzlich ein wichtiger Arbeitgeber der Stadt.

Auch in Bezug auf Nachhaltigkeit und Gemeinnutz strengt sich Veszprém an. 2019 wurde die Stadt ins UNESCO-Creative-Cities-Network aufgenommen und wegen der musikalischen Vielfalt in der Region sogar zur „UNESCO City of Music“ ernannt. Denn nicht nur 2023 ist die Stadt an der Séd ein Treffpunkt von Bands, Chören und Orchestern. Musik soll weiterhin Schwerpunkt des Kulturlebens bleiben. So steht vom 16. bis 19. November das Jazzfestival auf dem Programm. Zu den Mitwirkenden gehören Größen wie Nils Landgren, seines Zeichens Intendant von JazzBaltica im Rahmen des Schleswig-Holstein-Musik-Festivals.

Bürgermeister Porga hofft, durch die mit dem Titel verbundenen Anstrengungen die Abwanderung junger Menschen und Studenten zu stoppen beziehungsweise den Zuzug zu fördern. Daneben will er den Tourismus in der Stadt und am nur 15 Kilometer entfernten Plattensee stärken und über die Sommermonate hinaus verlängern. Dazu wurden gleich 116 Orte der Bakony-Balaton-Region in das Kulturhauptstadt-Programm mit aufgenommen.

Das gastronomische Angebot setzt schon jetzt auf regionale Produkte. Darunter den Wels in diversen Variationen, als Carpaccio oder als Filet im Speckmantel, und autochthone Weine wie den Welschriesling. Der 10.000 Hektar umfassende Weinanbau in den traditionellen sechs Weinregionen am Plattensee konzentriert sich inzwischen auf Qualität statt Quantität, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Dazu liefert ein Weingut mit Aussichtsterrasse wie das Petrányi in Csopak zur bodenständigen Küche auch noch das örtliche Balaton-Panorama.

● <https://veszprembalaton2023.hu/de>

AUSSTELLUNG

Meister des Zick-Zack-Kurses

Die Blütezeit eines neuen Druckverfahrens – Callot, Della Bella, Castiglione und die Radierung im 17. Jahrhundert

„Die Freiheit der Linie“ lautet der poetische Name der aktuellen Ausstellung im Landesmuseum Mainz. Es geht dabei um die Anfänge des Druckverfahrens der Radierung. Das Hochdruckverfahren des Holzschnitts hatte sich, nach ersten Experimenten in der Antike, in Europa ab 1400 entfaltet. Die geschnitzten Stempel dienten der Illustrierung von Flugblättern und Büchern.

Einige Jahrzehnte später entstand der Kupferstich als Tiefdruckverfahren zur Herstellung von Spielkarten und Andachtsblättern. Bei diesem wurden mittels eines Grabstichels Darstellungen in eine Kupferplatte geritzt. Die Druckschwärze setzte sich in den Rillen fest, so dass eine Druckplatte entstand. Die Radierung entwickelte sich hingegen erst ab zirka 1600 aus der Schmiedekunst und nach qualitativ wenig haltbaren frühen Versuchen auf rasch rostenden Eisenplat-

ten. Galt das Verfahren noch zu Zeiten Dürers als wenig überzeugend, so entfaltete es in der Barockzeit seine Blüte.

Hierzu wurden Kupferplatten mit einer Wachs- und Harzschicht überzogen, dann mit einer Nadel in die Wachsschicht

gekratzt und schließlich die Platte in ein Säurebad gesteckt. Die vom Wachs freigelegten Kupferstellen bildeten Ätzzspuren aus, in die dann die Druckschwärze eindringen konnte. Der Vorteil dieses Verfahrens lag darin, mit erheblich weniger Kraftaufwendung nur durch die Handführung deutlich zartere Zeichnungen in eine druckbare Fassung bringen zu können, was dem Lebensgefühl des Barock und Rokoko entgegenkam.

Zur Veranschaulichung zeigt die Schau primär Werke von drei bekannten Druckkünstlern des 17. Jahrhunderts: Jacques Callot (1592–1635), Stefano della Bella (1610–1664) und Giovanni Benedetto Castiglione (1609–1664). Castiglione, der Meister der Zick-Zack-Linie, rezipierte eifrig Arbeiten Rembrandt van Rijns. Der bei der Kunstwelt seiner Zeit beliebte Lothringer Callot widmete sich hingegen neben theaterartigen Stadtszenarien auch

den Gräueln des Dreißigjährigen Krieges. Hinrichtungsstätten und Marodeure tauchen in seinen Arbeiten ebenso auf wie eindringliche Porträts von Bürgersleuten, Bettlern und Krüppeln.

Stefano della Bella wiederum nutzte das Verfahren der Radierung als Erster nicht nur zur Produktion kompositorisch fertiger Kunstwerke, sondern auch zum Druck flüchtiger Skizzen. Oft wurden ökonomisch verwertete Plattenreste für die Herstellung seiner Miniaturen verwendet. Inspiration erhielt er auf Reisen wie nach Ägypten, auf denen er sich mit der Architektur und exotischen Tierwelt beschäftigte. *Claus-M. Wolfschlag*

● „Die Freiheit der Linie“, bis 3. Dezember im Landesmuseum Mainz, Große Bleiche 49–51, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 17 Uhr, dienstags bis 20 Uhr, Eintritt: 6 Euro. www.landmuseum-mainz.de



Castiglione: „Kopf eines Mannes im Schatten und federgeschmücktem Turban“

FOTO: LANDESMUSEUM MAINZ (A. GARTY)

Rückkehr in die Vaterstadt

In der Franz-Domscheit-Galerie in Memel findet noch bis zum 3. März eine große Ausstellung über den ostpreußischen Expressionisten Karl Eulenstein statt

VON JÖRN BARFOD

In der Franz-Domscheit-Galerie in Memel (Pranas-Domsaitis galerija Klaipėda) findet noch bis zum 3. März 2024 eine große Ausstellung über den ostpreußischen Expressionisten Karl Eulenstein statt, der damit wieder einmal in seine Vaterstadt zurückkehrt. Anlass für die mit 55 Arbeiten versehene Präsentation war auch eine großzügige Schenkung von 15 Gemälden und Graphiken des Künstlers durch Ekkehard Hildebrandt, Sohn eines engen Freundes des Malers, der seinerzeit einen Teil des künstlerischen Nachlasses Eulensteins empfangen hatte.

Dieser Bestand war bereits 1992 Grundlage einer Eulenstein-Schau in Memel gewesen, der eine weitere dort 2013 folgte. Die jetzige Ausstellung ist eine Zusammenarbeit der Domscheit-Galerie, Außenstelle des Nationalen Litauischen Kunstmuseums in Wilna, mit dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, das einen großen Teil an Leihgaben beisteuerte.

Die besondere Atmosphäre, die um diese Ausstellung erlebbar ist, hat auch viel mit dem Ort zu tun. Vom alten Memel ist bis heute viel zu sehen trotz des zeitlichen Abstands von 80 Jahren und den vielen Kriegszerstörungen und Veränderungen nach 1945. Wer durch das Memelland fährt, kann die Feldarbeiten nachvollziehen.

Einem Kurenkahn kann man auch heute noch auf dem Haff oder im Hafen von Memel begegnen – auch wenn er gerade bei Flaute mit einem Außenbordmotor gefahren wird. Eigenwillig wie das Werk in seiner stilistischen Entwicklung und in seiner besonderen, konzentrierten Themenwahl ist auch Eulensteins Lebensweg und Maler-Werdegang.

Jährliche Heimatbesuche bis 1944

Eulenstein ging einen eigenen, schweren Weg. Als sechstes von sieben Kindern eines Schlepperkapitäns 1892 in Memel [Klaipėda] geboren, als mittelmäßiger Schüler durchgekommen, musste er zunächst in einem Kaufmannskontor sein Geld verdienen. Der Erste Weltkrieg riss ihn aus dem Alltag.

Nach Kriegsende verwirklichte Eulenstein seinen Traum und besuchte die Königsberger Kunstakademie. Hier waren vor allem Richard Pfeiffer und der Expressionist Arthur Degner seine Lehrer. Ab 1925 stürzte sich Eulenstein in das Wagnis, als freischaffender Künstler zu leben. Er ging 1926 nach Berlin, wo er fortan mit seiner Lebensgefährtin Helene Stepath,



1942 in Nidden: Karl Eulenstein mit Hertha Mollenhauer

Foto: Ostpreußisches Landesmuseum

genannt Lenka, bis zu seinem Tod 1981 verblieb. 1967 heirateten sie.

Sein malerisches Werk hatte aber zumeist Motive seiner memelländischen Heimat zum Thema. Bis 1944 besuchte er sie auch jährlich, wohnte vor allem in Nidden [Nida] bei seinem Studienfreund, dem Maler Ernst Mollenhauer, im Blodeschen Gasthof. So gehörte er zum Kern der Künstlerkolonie Nidden.

Erfolge seit Anfang der 30er Jahre

Seit Anfang der 1930er Jahre hatte Eulenstein Erfolge in Ausstellungen, nicht nur in Ostpreußen, sondern bald in vielen Teilen Deutschlands. Seine dunkelfarbigen Bilder mit der intensiven Farbigkeit, der oft melancholisch wirkenden ostpreußischen Landschaft, den Szenen aus Memel, von Fischern des Kurischen Haffs erreg-

„Ja, ich glaube, die Natur gibt nur das Stichwort, den angehäuften Formungsdrang im Künstler zur Entladung zu bringen“

Karl Eulenstein

ten Aufmerksamkeit. So hieß es in einer zeitgenössischen Beschreibung: „Die atmosphärische Dichte, in kräftigen Atemzügen herausgeholt aus den mit Finsternissen gesättigten Nebellichtern der Nehrung, umschließt wie ein Panzer die Mägede und Bauern, die Kühe, die Pferde, den Baum.“

Dem aufkommenden Kunstgeschmack im Dritten Reich entsprachen Eulensteins Werke wenig. 1937 wurden sogar einige seiner Arbeiten beschlagnahmt. Er konnte jedoch weiterhin ausstellen. Dennoch war es eine knappe Zeit für ihn. Kurz vor Kriegsende verlor er in Berlin fast sein gesamtes Werk. Er verlor auch seine Heimat. Aber seit er nicht mehr nach Memel und auf die Kurische Nehrung fahren konnte, wurde ihr Bild in ihm immer mächtiger. So begann er ab 1946 allmählich noch einmal, in 20 Jahren ein großes Lebenswerk zu schaffen.

Beschlagnahmungen 1937

Eulenstein gelang es, eine neue, eigenständige Bildsprache für „sein“ Memel-

gen Weise, eben „eulensteinisch“ auf sein Werk anzuwenden sein.

Seine Art, das Gesehene aufzufassen und zu verarbeiten, die im Spätwerk zunehmend lockerere Form und die sehr lebendig strukturierte Farbigkeit seines Pinselstrichs erklären sich auch aus einer Aussage des Malers von 1932:

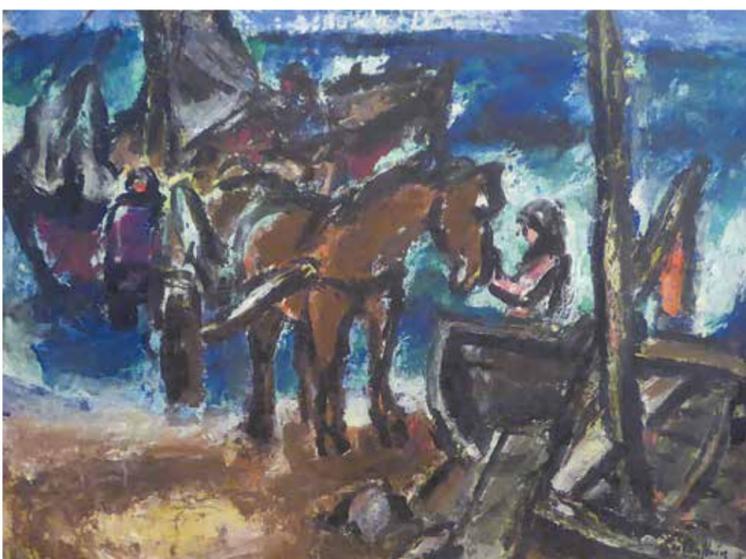
„Nach Jahren wieder in der heimatlichen Landschaft – ein wunderliches Gefühl. Die Bilder, die man tief im Innern mit sich geführt hat, die ab und zu visionär emportauchen, sie stimmen nicht. Alles ist viel nüchterner. ... Platt, nichtssagend steht alles da. Man versteht sich selbst nicht.“

Und doch ist alles richtig. Man hat nur übersehen, dass alles einmalig ist, auch Eindrücke einer Landschaft. In einem guten Moment hat man einen großen, tiefen Eindruck von einem Stück Natur, der haften bleibt, und verlangt nun von derselben Natur, dass sie beim wiederholten Betrachten auch den ersten Eindruck wiederhole. Das ist der Irrtum. Die Natur besteht für sich. Sie ist für den Betrachter immer das, was er aus ihr macht. ... Ja, ich glaube, die Natur gibt nur das Stichwort, den angehäuften Formungsdrang im Künstler zur Entladung zu bringen.“

Fortsetzung nach 1945

Wie nur wenige Künstler mit ihm, zu denen besonders Mollenhauer, aber auch Eduard Bischoff und einige andere ostpreußische Maler zu rechnen sind, hat Eulenstein mit seinem Schaffen nach 1945, obwohl fern von Nidden, die Tradition dieser Künstlerkolonie fortgesetzt. Das ist im europäischen Vergleich etwas Außergewöhnliches und gehört zur besonderen Bedeutung Eulensteins, die gerade auch in der Ausstellung in Memel wieder richtig entdeckt werden kann.

Entsprechend der sehr ungleichen Erhaltungssituation des Werkes von und nach 1945 zeigt die Ausstellung vor allem das spätere Werk von 1946 bis 1967. Beginnend mit einem sehr hellfarbigen, fast ein wenig zögernd gemalten Aquarell von Niddener Fischerhäusern kommen sehr bald kräftige Aquarellfarben auf und in der von Eulenstein bevorzugten Temperatechnik starke Farben und große, vereinfachende Formen. Menschen charakterisiert er in ihren Schicksalen. Zunehmend ringen Form und Farbe um die Vorherrschaft in den Bildern. Die Farbe gewinnt zuletzt. Dennoch geht Eulenstein nicht ins Abstrakte. Er bleibt den Menschen und Landschaften seiner Heimat treu, auch wenn er sie ab 1945 nicht mehr unmittelbar erleben konnte.



„Heimkehrende Seefischer“: Karl-Eulenstein-Gemälde aus dem Jahr 1953



„Nidden“: Karl-Eulenstein-Aquarell aus dem Jahr 1946



Erschießung von Robert Blum in der Brigittenau: Gemälde von Carl Steffek (1818-1890)

Foto: akg images

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Als im Morgengrauen des 9. November 1848 Robert Blum die Worte sprach, „Ich sterbe für die deutsche Freiheit, für die ich gekämpft. Möge das Vaterland meiner eingedenk sein“, waren es seine letzten Worte. Kurz darauf bohrten sich in der Brigittenau bei Wien Bleikugeln in den Leib des charismatischen 1848er-Revolutionärs. Der gebürtige Kölner starb einen Tag vor seinem 41. Geburtstag.

Der wohl wichtigste deutsche Revolutionär von 1848 entfaltete seine politischen Aktivitäten ab den 1830er Jahren in Leipzig, wo Blum als Sekretär am Leipziger Theater tätig wurde – und er das bürgerliche Ringen um Verfassung, Demokratie, deutsche Vereinigung und Freiheitsrechte der Vormärz-Zeit erlebte. Blum tauchte ein in die patriotischen Versammlungen rund um Leipzig und wurde – ohne akademische Bildung und ganz Autodidakt – bald zu einem wortgewaltigen Redner.

Er schrieb in dieser Phase selbst literarische Werke, Gedichte und Schauspiele. Gedruckt wurde nur das Bühnenstück „Die Befreiung von Candida“ 1836. Aufgeführt wurde es nicht. Stets ging es um Freiheitskampf – mal den der Griechen, mal den der Polen. Auch ein Klage-Gedicht auf den südamerikanischen Freiheitskämpfer Simón Bolívar entstand. Doch Blum war mehr Redner und Aktivist als Dichter, sodass der literarische Ruhm ausblieb.

Eher Redner und Aktivist als Dichter

Mit der zweiten Welle der Demagogieverfolgung in Folge des Frankfurter Wachensturms von 1833 tauchten die die Revolution maßgeblich vorantreibenden Burschenschaften an den Universitäten weitgehend in den Untergrund ab. So auch in Leipzig, wo Robert Blum schon bald Kontakt zu Burschenschaftlern der sogenannten Kochei bekam, deren schwarz-rot-goldene Bänder die Studenten allerdings nur in geschlossenen Räumen offen trugen, auf der Straße aber aus Sicherheitsgründen sorgsam verbargen. Blum stellte der Burschenschaft für die feierliche Aufnahme neuer Mitglieder

„Ich sterbe für die deutsche Freiheit, für die ich gekämpft“

Der ebenso wortgewaltige wie charismatische Repräsentant der 48er-Revolution wurde vor 175 Jahren in Wien erschossen. Schwerpunkt seines Wirkens war allerdings weder die Main- noch die Donaumetropole, sondern Leipzig

sein Grundstück an der Frankfurter Straße nahe des Kulturturns zur Verfügung. In diesem Dunstkreis der Verschworenen traf Blum auf den Redakteur der „Leipziger Allgemeinen Zeitung“ und seinen späteren Schwager Georg Günther, der wie auch Blum selbst nach der Märzrevolution in die Frankfurter Nationalversammlung einziehen sollte. Günthers Schwester Eugenie „Jenny“ Günther unterstützte Blums Ideale und heiratete ihn 1840.

Im selben Jahr noch gab Blum erstmals die „Sächsischen Vaterlandsblätter“ heraus, mit denen er auch Spenden für politisch Verfolgte wie Heinrich Hoffmann von Fallersleben sammelte, dem die preußische Regierung erst die Professur und dann die Staatsbürgerschaft entzog.

Um dem Drang der bürgerlichen Freiheitsrechte und der Demokratie zu mehr Inspiration zu verhelfen, brauchte es allerdings auch entsprechende Anlässe und unverdächtige Tarnorganisationen für die Verbreitung revolutionärer Gedanken. Für November 1840 organisierte Blum mit seinem Schwager Günther und weiteren Männern deshalb ein Schillerfest, aus dem auch ein Schillerverein hervorging. 1842 gründete Blum zudem den Literatenverein, auf dessen freitäglichen Versammlungen im Hotel de Pologne in erster Linie all jene Stellen von Schriften verlesen wurden, die von der Zensur zuvor gestrichen worden waren. Blum lehnte sich selbst als Vorstandsmitglied ab, um den Verein nicht frühzeitig bei der Regierung in Misskredit zu bringen. Doch dass die Fronten durchaus durchlässig waren, belegte die Wahl des Zensors Carl C.C. Gretscheles in den Vorstand des Vereins.

ROBERT BLUM

Auf den Versammlungen floss „Wein wie Blut in Strömen“. Erster Gast der Literatenvereinigung war der in dieser Zeit angesagte Dichter Georg Herwegh, dessen Besuch zur Gründung des Herwegh-Clubs in Leipzig führte, in dessen illustrierter Runde sich auch der junge Theodor Fontane wiederfinden sollte. Ein anderer Gast der Literaten um Blum war Hoffmann von Fallersleben, der weinselig zur vorrevolutionären Situation konstatieren sollte: „Für alles in der Welt dürfen wir uns vereinen, nur nicht für die Einheit unseres Vaterlandes.“

Leipziger Gemetzel mit acht Toten

Blum suchte indessen nicht nur kulturelle und akademische Anknüpfungspunkte für seine Aktivitäten, sondern auch religiöse. In den 1840er Jahren schloss er sich dem rasch wachsenden Deutschkatholizismus des schlesischen Predigers Johannes Ronge an und gründet in Leipzig eine eigene Gemeinde, die es auf knapp 350 Mitglieder brachte.

Hier konnte Blum seine Ideale als Laienprediger auch mit religiösem Ansatz verbreiten und gegen Rom zu Felde ziehen. Doch ein überragender Erfolg und eine Durchsetzung eigener Vorstellungen zur christlichen Gemeinschaft blieben Blum versagt, sodass er selbst mit der Bewegung zu fremdeln begann.

Nachdem königliches Militär am 12. August 1845 unter Protestanten das sogenannte Leipziger Gemetzel mit acht Toten und vier Verwundeten angerichtet hatte, trommelte die Kochei für den Folgetag 600 bis 700 Studenten zu einer Versammlung zusammen, der sich noch ein-

mal etwa das Drei- bis Vierfache an Bürgern anschloss, und entsandte eine Abordnung, darunter auch Blum, an den Stadtrat, um eine Untersuchung der Ereignisse, eine ehrenvolle Bestattung der Toten und eine Mäßigung der Kommunalgarde einzufordern, die inzwischen beauftragt worden war, für Ruhe in der Stadt zu sorgen. Das Vorkommnis erregte schnell überregional Aufsehen und machte insbesondere Robert Blum nun auch deutschlandweit bekannt.

Blum blieb der Kochei eng verbunden. Auch wenn dem Nichtakademiker Latein und Griechisch im Schwadronieren fehlten, zeichnete er sich durch Charisma und wortgewaltige Rhetorik aus – und wurde Ehrenmitglied der Burschenschaft. Die Aufnahme von Nichtakademikern ist ungewöhnlich und nur mit der Progressbewegung der 1840er Jahre zu erklären, die – maßgeblich von Blum beeinflusst – zu einer Verbindung zwischen Burschenschaft und dem „Volksleben“ führte.

Als Ende Februar 1848 die Kunde über die Revolution in Frankreich die Stadt Leipzig erreichte, überschlugen sich die Ereignisse. Die Revolution flutete Blum in die verfassunggebende Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche. Als Delegierter reiste er im Oktober 1848 nach Wien, um die dortige Oktober-Revolution zu unterstützen – letztlich auch bewaffnet. Er wurde verhaftet, verurteilt und liquidiert.

Blums Erschießung gab der Revolution noch einmal einen deutlichen Schub und begründete einen regelrechten Blum-Kult, der erst mit den Einigungskriegen abebbte.

FRIEDRICH VON SACHSEN

Hochmeister des Deutschen Ordens

Vor 550 Jahren wurde mit Friedrich von Sachsen der erste Ordenschef aus einem regierenden deutschen Fürstenhaus geboren. Der aus dem albertinischen Zweig des Herrscherhauses der Wettiner stammende Friedrich fungierte als 36. Hochmeister des Deutschen Ordens. Er konnte dank einer klugen Reformpolitik die weitere Schwächung des Ordensstaates zeitweilig aufhalten und sich gegen Polen behaupten. Er brachte auf den Weg, was seine Nachfolger aus dem Hause Hohenzollern vollendeten: die Gründung des Herzogtums Preußen.

Als dritter und jüngster Sohn von Herzog Heinrich des Beherzten und Prinzessin Sidonias von Böhmen musste sich der am 26. Oktober 1473 in Meißen geborene Friedrich mit einer geistlichen Laufbahn begnügen. 1495 wurde er an den kurfürstlichen Hof des Erzbischofs Berthold von Henneberg in Mainz geschickt, der in Personalunion auch das Amt des Erzkanzlers des Heiligen Römischen Reiches ausübte und damit eine Schlüsselstellung bekleidete.

Johann von Tiefen, der 35. Hochmeister des Deutschen Ordens, machte angesichts des unaufhaltsamen Niedergangs des Ordensstaates und des wachsenden Drucks Polens dem Erzkanzler des Deutschen Reiches den Vorschlag, den Vertreter eines mächtigen deutschen Fürstenhauses als seinen Nachfolger vorzubereiten. Er favorisierte einen Wettiner und dachte dabei an Friedrich. Der Erzkanzler war aus reichspolitischen Erwägungen davon angetan. Die albertinischen Wettiner zögerten. Der Ordensstaat war ihnen zu weit weg und inzwischen unbedeutend. Dazu kam der schwelende Konflikt mit Polen mit seinen Ansprüchen auf den Ordensstaat. Sie hätten für Friedrich lieber ein großes Erzbis-



Lucas Cranach der Jüngere: Posthumes Portrait von Friedrich von Sachsen (um 1580)

tum im Reich mit Kurfürstentitel gesehen. Doch letztlich kam es zur Einigung. Der Ordensweg musste ja die Karriere im Reich nicht ausschließen.

Friedrich trat dem Orden bei, wurde 1498 zum Hochmeister gewählt und begann sofort mit einer Reformpolitik, die bald für innenpolitische Stabilität sorgte. Auch außenpolitisch zog er alle Register. Auf dem Reichstag zu Worms erreichte er 1509 die Anfechtung des Zweiten Thorer Friedens gegenüber Polen und warb reichsweit um weitergehende Unterstützung. Doch seine Kräfte waren offenbar aufgebraucht. Er starb mit 37 Jahren am 14. Dezember 1510 im sächsischen Rochlitz, von wo aus er zuletzt die Fäden zog. *Martin Stolzenau/tws*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Bei ihrem Angriff auf Israel am 7. Oktober zeigte die sunnitisch-palästinensische Terrororganisation Harakat al-muqawamat al-islamiyya (Islamische Widerstandsbewegung oder kurz Hamas) eine überraschende militärische Schlagkraft: Zum einen gelang es ihr, die als unüberwindlich geltende Sperranlage um den Gaza-Streifen an etlichen Stellen zu durchbrechen, zum anderen trafen zahlreiche Raketen der Hamas Ziele in Israel. Deswegen wurde den israelischen Geheimdiensten und Streitkräften auch vorgeworfen, versagt zu haben. Das Problem liegt allerdings tiefer und wurzelt in einem extrem defensiven Sicherheitskonzept, das auf dem Einsatz von Hochtechnologie basiert.

Der bereits 1994 errichtete und nunmehr 65 Kilometer lange Zaun entlang der Waffenstillstandslinie von 1949 soll verhindern, dass Terroristen aus Gaza in Israel einfallen. Dabei erfolgte im Laufe der Zeit ein immer stärkerer Ausbau – die letzte Modernisierung fand zwischen Frühjahr 2019 und Ende 2021 statt und kostete umgerechnet etwa eine Milliarde Euro. Seitdem ist der sechs Meter hohe Grenzzaun, der auch Iron Wall genannt wird, mit Überwachungstürmen, Radarsystemen, Kameras und diversen Sensoren sowie automatischen Maschinengewehren innerhalb der stationären ferngesteuerten Waffenstationen für große Entfernungen des israelischen Rüstungsunternehmens Rafael Advanced Defense Systems gespickt.

Frühe Warnung offenbar überhört

Darüber hinaus patrouillieren ferngesteuerte Fahrzeuge vom Typ Guardium UGV entlang der Sperranlage, um verdächtige Personen oder Tunnelausgänge aufzuspüren. Angesichts dessen zeigte sich der damalige israelische Verteidigungsminister Benjamin Gantz im Dezember 2021 überzeugt: „Diese Barriere, ein kreatives und hochtechnologisches Projekt ersten Ranges, nimmt der Hamas die Fähigkeit, auf unser Gebiet vorzudringen und schafft eine Mauer aus Eisen, Sensoren und Beton zwischen der Hamas und den Menschen im Süden Israels.“

Im Vertrauen auf die Wirksamkeit der Technik hielt die Militärführung in Tel Aviv es für unproblematisch, Einheiten der Israelischen Verteidigungstreitkräfte (IDF) von der Grenze zum Gaza-Streifen abzuziehen und zum Schutz der dortigen Siedler ins Westjordanland zu entsenden, was aber von Anfang an auf Kritik stieß. So zitierte die „Times of Israel“ jetzt die Worte des Chefs der Offiziersschule der IDF, Oberst Yehuda Vach, welcher bereits 2019 gewarnt habe: „Der Zaun schafft eine Illusion ... und vermittelt ein falsches Gefühl der Sicherheit.“ Und tatsächlich waren die Besatzungen der Stützpunkte ent-



Tausende Raketen auf Israel abgefeuert: Hamas-Terroristen im Gaza-Streifen

Foto: imago/abacapress

KRIEG IN NAHOST

Das Rätsel um den blutigen Erfolg des Hamas-Überfalls auf Israel

Wie konnte es den Terroristen gelingen, die Sperranlagen zu überwinden und die Verteidiger derart zu überraschen? Nach und nach dringen Details durch, die zutiefst beunruhigen müssen

lang der Grenze derart arglos, dass es der Hamas gelang, vier davon zu überrennen. Dabei griff sie auf zwei Methoden zurück, welche sich als ausgesprochen erfolgreich erwiesen.

So reagierte die Hamas auf die technologische Dominanz der Israelis mit dem Verzicht auf die Benutzung von Mobiltelefonen und Computern, um den Geheimdiensten der Gegenseite keinerlei Hinweise auf die bevorstehenden Operationen zu geben. „Sie sind zurück in die Steinzeit gegangen“, beschrieb der pensionierte IDF-General und Präsident des Israel Defense and Security Forum, Amir Aviri, diese Vorgehensweise.

Die Hamas setzte aber auch moderne Technologien ein: Mithilfe von kleinen Drohnen unterbrach sie die Kommunikationsstränge zwischen den Überwachungsanlagen am Zaun und den Kommandozentren im israelischen Hinterland. So wurden die ferngesteuerten Anlagen und Waffen der IDF durch die eben-

falls ferngesteuerte Technik der Hamas lahmgelegt.

Darüber hinaus zeigen die Angriffe der Palästinenserorganisation, dass sie aus der Existenz der Grenzbarriere strategische Schlussfolgerungen gezogen hatte. Weil es ihr zunächst extrem schwerfiel, Terrorkommandos durch die Absperrung zu schleusen, setzte die Hamas auf mehr und leistungsstärkere beziehungsweise präzisere Raketen für Angriffe auf israelische Siedlungen und Städte, wie sie dann ab dem 7. Oktober zum Einsatz kamen. Damit offenbarte sich eine weitere Schwachstelle der Selbstverteidigung des jüdischen Staates: Das hochgelobte Raketenabwehrsystem „Eiserne Kuppel“ (Iron Dome) vermochte es nicht, alle von der Hamas abgeschossenen Raketen in der Luft zu zerstören.

Die Abfangquote lag hier zwar bei mehr als 90 Prozent – allerdings setzten die Terroristen auch um die 5000 Raketen ein. Das Ausmaß des Angriffs überforder-

te die elf Iron-Dome-Batterien im Lande, obwohl diese über jeweils drei bis vier Abschussrampen für 20 Abfangraketen verfügen. Dass die Hamas derart massiv zuschlagen konnte, resultierte zum einen aus den geringen Kosten für den Bau der selbstgefertigten Qassam-Raketen von rund 300 bis 800 Euro pro Stück und zum anderen aus dem Umstand, dass sie auch Hilfe aus dem Ausland erhielt.

Waffenhilfe aus dem Ausland

An erster Stelle stand dabei der Iran, der mit Abstand größte Unterstützer der Hamas, welcher die palästinensische Terrororganisation mit umgerechnet 100 Millionen Euro pro Jahr alimentiert und darüber hinaus Militärtechnik in den Gaza-Streifen schmuggelt. Daher bedankte sich Hamas-Sprecher Abu Obeida nach den Terrorangriffen vom 7. Oktober bei der Islamischen Republik Iran, die mit „Waffen, Geld und Ausrüstung geholfen“ habe. Zur Letzteren zählen möglicherweise

auch die Gleitschirme und Motorboote, mit denen einige Killerkommandos der Hamas in Israel einfielen.

Gleichzeitig gibt es Hinweise darauf, dass die Hamas über russische Panzerabwehr-Lenk Waffen vom Typ PG-7VR-Tandem verfügt, mit denen Panzer von oben attackiert werden können, wo sie am empfindlichsten sind. Das legt die in den Hamas-Propaganda-Videos gezeigte Zerstörung eines israelischen Merkava IV nahe, der immerhin zu den schwersten Panzern der Welt zählt.

Schließlich wäre da noch die Volksrepublik China, welche nach wie vor keine Anstalten zeigt, die Gräueltaten der Hamas zu verurteilen. So ist schon seit Längerem bekannt, dass sich im Arsenal der Terrororganisation auch Raketenwerfer befinden, die dem chinesischen Modell Weishi-1 entsprechen. Allerdings konnte bislang nicht geklärt werden, ob es sich dabei um Originale oder um Nachbauten handelt.

GEGENSCHLAG

Keiner der Terroristen soll überleben

Israelische Kräfte konnten bereits etliche Hamas-Führer ausschalten – doch die Jagd geht weiter

„Jedes Hamas-Mitglied ist ein toter Mann“, drohte der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu angesichts des unmenschlichen Vorgehens der palästinensischen Terrororganisation gegen israelische Zivilisten. Seitdem setzen die Streitkräfte und Geheimdienste seines Landes alles daran, die Führungsspitze der Hamas sowie die unmittelbar Verantwortlichen für die Massaker und den Raketenbeschuss auf Israel zu liquidieren. Dabei waren sie bereits in etlichen Fällen erfolgreich.

So traf es mit Murad Abu Murad, Ali al-Kadhi und Billal al-Kedra drei ganz maßgeblich beteiligte an den Gräueltaten

vom 7. Oktober. Ebenfalls schon ausgeschaltet wurden der sogenannte Wirtschaftsminister der Hamas, Dschoad Abu Schmala, und Sakaria Abu Maamar, der im Politbüro der Hamas für die internationalen Beziehungen der Terrororganisation zuständig war. Außerdem meldeten die Israelischen Verteidigungstreitkräfte (IDF) am 16. Oktober den Tod des regionalen Geheimdienstchefs der Hamas im südlichen Gaza-Streifen, Muetaz Eid, bei einem Luftangriff der IDF.

Einen Tag später gelang auch die Tötung von Usama al-Mazini und Aymán Nofal alias Abu Ahmad. Der Erstere fungierte als Chef des Schura-Rates der Ha-

mas, welcher deren Strategie bestimmt und das Führungspersonal ernannt. Der Letztere wiederum war Mitglied des Allgemeinen Militärrats der Hamas und Kommandeur der al-Qassam-Brigaden, also des militärischen Arms der Terrororganisation, im zentralen Teil des Gaza-Streifens.

Des Weiteren starben am 18. Oktober der Kommandeur der Panzerabwehr-Einheit von Gaza, Muhammad Awdallah, sowie Akram Hidschasi. Dieser schmuggelte Waffen für die Hamas und gehörte zudem deren „Marine“ an. Den beiden folgte am 19. Oktober Jamila Abdallah Taha al-Shanti, das einzige weibliche Mitglied des Ha-

mas-Politbüros. Derweil blieben etliche Hamas-Anführer noch ungeschoren.

Dazu zählen die Hauptverantwortlichen für den Überfall auf Israel, Yahya as-Sinwar und Mohammed Deif alias Mohammed Diab Ibrahim Masri. As-Sinwar ist der faktische Herrscher über den Gaza-Streifen und zweitmächtigster Mann in der Hamas nach Ismail Haniyya, dem obersten Chef der Terrororganisation. Und Deif steht an der Spitze der al-Qassam-Brigaden. Er soll der Kopf beziehungsweise Anführer der monströsen Operation vom 7. Oktober gewesen sein und überlebte in der Vergangenheit bereits sieben Angriffe auf seine Person,

weshalb er den Beinamen „Phantom“ trägt. Zweifellos besteht die Absicht, die beiden zu töten, was ebenfalls für Abu Obaida, den Sprecher der al-Qassam-Brigaden, und Deifs Stellvertreter Marwan Issa alias Abu Boraa gilt.

Ansonsten gehen Experten davon aus, dass Hamas-Chef Haniyya selbst und Saleh al-Aroui ganz oben auf der Liste der zu eliminierenden Personen stehen. Al-Aroui gründete die al-Qassam-Brigaden und fungiert jetzt als militärischer Befehlshaber der Hamas im Westjordanland. Allerdings versteckt er sich in Beirut, während Haniyya im Golf-Emirat Katar „residiert“.

W.K.

ALLENSTEIN

Einladung zu „Copernicus Open“

Der große Astronom in Zeichnungen und Karikaturen – Ausstellung im Kopernikus-Planetarium

VON DAWID KAZANSKI

Copernicus Open“ – den Begriff würde man eher mit einem Tennis- oder Golfturnier assoziieren. „Copernicus Open“ ist aber eine Ausstellung mit Bildern, Zeichnungen und Karikaturen zu Nikolaus Kopernikus. Organisiert hat sie die ermländisch-masurische Abteilung des Verbands der polnischen Journalisten SDP zum Kopernikusjahr 2023. Nach Stationen in Warschau und Frauenburg wird sie seit dem 5. Oktober im Kopernikus-Planetarium in Allenstein gezeigt.

Die Erde dreht sich mit den anderen Planeten um die Sonne – und im Jahr 2023 dreht sich alles um den großen Astronomen, dem wir dieses Weltbild verdanken: Nikolaus Kopernikus. Es gab und gibt viele Veranstaltungen und eine Ausstellung der Maler und Zeichner. Bei „Copernicus Open“ ging es um die Offenheit für alle Ideen zur Darstellung von Kopernikus. Das Ergebnis wurde dann eher eine Sammlung „Kopernikus satirisch“ sagte Zbigniew Piszczako vom SDP, Initiator der Ausstellung und selbst Zeichner.

Die Erde dreht sich um die Sonne ...

Zum Kopernikusjahr hat er seine Kollegen angeschrieben, und es kamen Antworten vor allem aus der Republik Polen, aber auch aus der Ukraine, Bulgarien und sogar zwei Arbeiten aus Kanada und Australien. Unter dem Motto „wie gesehen, so gemalt“ kamen 58 Werke von 58 Künstlern zusammen. „Wir haben auch Bilder von vier bekannten Künstlern dabei, die schon verstorben sind“, ergänzte Piszczako, „unter anderem von Aleksander Wołos aus Allenstein, dem Namensgeber des polenweiten Karikaturenwettbewerbs der regionalen Abteilung des SDP.“

Auf ein Lieblingswerk wollte er sich aber nicht festlegen: „Als Künstler schätze ich die Vielfalt der Stile, der Techniken und der gewählten Motive. Sie sind alle gut und interessant.“ Es fällt auf, dass etwa ein Drittel der Künstler Nikolaus Kopernikus als Portrait dargestellt haben



Ein letzter prüfender Blick: Zbigniew Piszczako (l.), der Initiator der Ausstellung, vor der Eröffnung

Foto: U.H.

und dass ein Teil sich an Jan Matejkos Bild „Kopernikus als Astronom oder Gespräch mit Gott“ von 1873 orientiert hat. Matejko hat sich übrigens damals selber auf die Schippe genommen und in einer Skizze beim Malen dieses Bilds verweigert.

... die Männer unverändert um die Frauen

Die Vielfalt der Gedanken zu Nikolaus Kopernikus ist verblüffend. „Die Männer drehen sich weiterhin um die Frauen“ behauptet ein Werk, ein anderer Künstler macht aus Kopernikus einen Lebkuchen aus Thorn („Kopiernik“ – „piernik“ bedeutet „Lebkuchen“). Es gibt eine Anspielung auf den britischen Autor Terry Pratchett und seine Scheibenwelt, und ein Zeichner lässt den Astronomen sogar ver-

„Als Künstler schätze ich die Vielfalt der Stile, der Techniken und der gewählten Motive. Sie sind alle gut und interessant“

Zbigniew Piszczako
Zeichner und Initiator der
Ausstellung Copernicus Open.

haften, weil er einmal mit einem Mai-glöckchen dargestellt wurde und Mai-

glöckchen in Polen als geschützte Art gelten.

Ein historisch sicher unwahres Bild zum Schmunzeln beweist übrigens den Beitrag des Deutschen Ordens zur Entdeckung des heliozentrischen Weltbilds. „Kopernikus hat auch einmal die Allensteiner Burg gegen den Deutschen Orden verteidigt. Ein Ordensritter wird bewusstlos – und statt der üblichen Comic-Sterne erscheint ihm das neue Weltbild, das wiederum Kopernikus beobachtet“, beschreibt Piszczako den Inhalt des Werks.

Schenswert sind aber die Arbeiten aller ausgestellten Maler, Zeichner und Karikaturisten, und das noch bis zum 15. November im Foyer des Kopernikus-Planetariums in Allenstein. Der Eintritt ist frei.

SÜDLICHES OSTPREUSSEN

Die Wahlergebnisse liegen vor

In Allenstein und Elbing gewann die Bürgerliche Koalition um Oppositionsführer Donald Tusk vor der PiS

Die Bekanntgabe der Ergebnisse der am 15. Oktober abgehaltenen Wahlen ist abgeschlossen. Sowohl in Allenstein als auch in Elbing haben die Wahlkommissionen alle Stimmen ausgezählt. Die Wahl im hiesigen Wahlbezirk 35 wurde von der Bürgerlichen Koalition gewonnen, die 129.339 Stimmen (33,07 Prozent der Wähler) erhielt. Knapp dahinter folgt die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), für die 126.432 Personen (32,33 Prozent der Wähler) stimmten.

An dritter Stelle steht der Dritte Weg mit 63.007 Stimmen, was 16,11 Prozent der Wählerschaft entspricht. Die Linkspartei hat mit 31.631 Stimmen (8,09 Prozent) nach wie vor die besten Chancen, in den Sejm einzuziehen. Die Konföderation, die 27.119 Stimmen erhielt, wird wahrscheinlich keinen Sitz erhalten.

Nach vorläufigen Berechnungen werden vier Sitze an die Bürgerliche Koali-

on, vier an Recht und Gerechtigkeit, einer an den Dritten Weg und einer an die Neue Linke gehen. Wahrscheinlich werden Ja-

nusz Cichoń, Paweł Papke, Anna Wojciechowska und Maciej Wróbel von der Bürgerlichen Koalition, Janusz Cieszyński,

Artur Chojecki, Iwona Arent und Olga Semeniuk-Patkowska von Recht und Gerechtigkeit, Urszula Paślawska als Vertreterin des Dritten Weges sowie Marcin Kulasek von der Neuen Linken die neuen Abgeordneten aus Südostpreußen sein.

Bürgerliche liegen vorn

In beiden Senatsbezirken gewannen die Senatspaktkandidaten der Bürgerlichen Koalition. Im Wahlkreis Allenstein gewann Ewa Kaliszuk, die bisher das Amt der Stellvertreterin des Stadtpräsidenten bekleidete, mit 93.766 Stimmen deutlich vor Lidia Staroń, für die 66.617 Menschen stimmten. Im Bezirk Lyck war der Wahlkampf ausgeglichener. Hier gewann Jolanta Piotrowska (Bürgerliche Koalition), der 78.072 Menschen ihr Vertrauen schenken. Małgorzata Kopiczko (Recht und Gerechtigkeit) erhielt 65.292 Stimmen.

Dawid Kazanski



Vor der Wahl: Plakate in Allenstein werben für ihre jeweiligen Kandidaten

Foto: D.K.

● MELDUNGEN

Berufsmesse für Schüler

Alenstein – Hunderte Schüler aus dem südlichen Ostpreußen haben Ende September die Messe „Dorf der Berufe und Fähigkeiten“ im Allensteiner Zentrum für Branchenschulungen des ermländisch-masurischen Betriebs für berufliche Fortbildung besucht. Unter dem Motto „welchen Beruf soll ich wählen, um eine gute Arbeit zu haben?“ versuchten Veranstalter und Arbeitsämter, den jungen Menschen Berufe schmackhaft zu machen, in denen Fachleute gesucht werden. Das betrifft die Bauwirtschaft, die Autobranche oder medizinische Berufe. Die Schüler sollten kommen, ausprobieren und erste Erfahrungen sammeln. Angelockt wurden sie unter anderem von der Schule für Gastronomie oder Physiotherapie, vor allem aber von den Angeboten der Armee, die in der Republik Polen gerade sehr beworben wird. Die Messe war Teil des Programms der Ermländisch-Masurischen Woche der Karriere. U.H.

Namen, die verschwinden

Goldap – Die Namen von Orten und Landschaften können vergessen werden oder aus den Köpfen verschwinden, wie Marion Gräfin Dönhoff beschrieben hat. Ortschaften können aber auch auf der Landkarte ausradiert werden, etwa, wenn sie nicht mehr bewohnt werden. Genau dieses Schicksal droht jetzt 14 seit Langem leer stehenden Orten in der Gemeinde Goldap, in denen formal niemand wohnt. Um sie von der Karte zu streichen, muss der Stadtrat einen entsprechenden Beschluss fassen. Zusammen mit der Stellungnahme des Landrats wird das als Antrag an den ermländisch-masurischen Wojwoden gerichtet, der die Angelegenheit an das Ministerium für Inneres und Verwaltung weiterleitet. Nur diese Instanz kann darüber eine Entscheidung fällen. Die Selbstverwaltung hat das Procedere angestoßen. Damit die Ortschaften 2025 von der Landkarte verschwinden, muss der Antrag bis Ende März 2024 beim Ministerium eintreffen. U.H.

Namen, die verschwinden

Rastenburg – Mit dem Bau des elektronischen Zauns an der innerostpreußischen Grenze wurde im April 2023 als Ergänzung zu den bestehenden Stacheldrahtrollen begonnen. Mehr als 3000 Kameras und 200 Kilometer Kabel ermöglichen eine komplette Überwachung der Grenze. Die Kameras arbeiten tags und nachts mit Wärmeerkennung und der Druck eines Schuhs oder Reifens auf den Detektionskabeln löst ein Alarmsignal im Kontrollzentrum aus. Damit erleichtern sie den Grenzschützern die Arbeit, so Major Mirosława Aleksandrowicz von der Presseabteilung der Rastenburger Einheit zu Radio Olsztyn: „Das sind zusätzliche Augen für unsere Funktionäre. Aber dennoch müssen wir genauso viel wie bisher physisch im Gelände präsent sein.“ U.H.

Wir gratulieren...



ZUM 103. GEBURTSTAG

Johann, Christel, geb. Grajetzki, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 31. Oktober

ZUM 101. GEBURTSTAG

Stempfle, Edit, aus Funken, Kreis Lötzen, am 1. November

ZUM 100. GEBURTSTAG

Schönbeck, Hilde, aus Rasten-
burg, am 30. Oktober
Zygann, Hilde, geb. Schönbeck,
aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am
31. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Frank, Gertrud, geb. Czarno-
jan, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg,
am 30. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Behres, Waltraud, geb.
Komaschewski, aus Treuburg, am
30. Oktober

Johansson, Ruth, geb. Omilian,
aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am
1. November

Starbatty, Helene, geb. Danielzik,
aus Reinkental, Kreis Treuburg,
am 30. Oktober

Werner, Ilse, geb. Henschel, aus
Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am
2. November

Wunderlich, Maria, geb.
Heimbuchner, aus Allenburg,

Kreis Wehlau, am 31. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Jabs, Gerhard, aus Lesgewangen,
Kreis Tilsit-Ragnit, am 30. Oktober
Nehrenheim, Elfriede, geb.
Kohlmeier, aus Klein Nuhr, Kreis
Wehlau, am 1. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Euen, Herta, geb. Wenzek, aus
Scharfenrade, Kreis Lyck, am
30. Oktober
Sommerey, Erhard, aus Kaltha-
gen, Kreis Lyck, am 31. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Becker, Inge, geb. Raethjen, aus
Hasenberg, Kreis Wehlau, am
1. November

Geisler, Ruth, geb. Danielowski,
aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am
1. November

Grigsdat, Manfred, aus Amtal,
Kreis Elchniederung, am
28. Oktober

Klein, Erika, aus Canditten, Kreis
Preußisch Eylau, am 31. Oktober

Wallrath, Elisabeth-Erna, geb.
Brenneisen, aus Sandau, Kreis
Ebenrode, am 31. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bormann, Ruth, geb. Schröter,
aus Palmnicken, Kreis Fischhau-
sen, am 29. Oktober

Borowski, Erich, aus Flammberg,
Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober

Brück, Waltraud, geb. Bomhauer-
Beins, aus Groß Wilmsdorf, Kreis
Mohrungen, am 30. Oktober

Faaß, Charlotte, geb. Kammer,

aus Neuendorf, Kreis Lyck, am
31. Oktober

Mulks, Werner, aus Soffen, Kreis
Lyck, am 2. November

Podszus, Helga, geb. Haedge, aus
Wehlau, am 30. Oktober

Rogowski, Brigitte, aus Langen-
höf, Kreis Lyck, am 28. Oktober

Schendel, Christa, geb.
Ebersbach, aus Groß Birkenfelde,
Kreis Wehlau, am 31. Oktober

Schiller, Ruth, geb. Hafke, aus
Königsberg und Preußisch Eylau,
am 28. Oktober

Wenk, Siegfried, aus Mulden,
Kreis Lyck, am 2. November

Witt, Ilse, aus Großschmieden,
Kreis Lyck, am 2. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Czychi, Herbert, aus Groß Ga-
blick, Kreis Lötzen, am
28. Oktober

Franke, Gertrud, geb. Gazioch,
aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg,
am 30. Oktober

Kilian, Willi, aus Gellen, Kreis Or-
telsburg, am 29. Oktober

Konetzka, Gertrud, geb.
Gosdzinski, aus Krummfuss,
Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober

Lünse, Else, geb. Schiemann, aus
Wittingen, Kreis Lyck, am
29. Oktober

Pascher, Ursula, geb. Grund-
mann, aus Mohrunen, am
2. November

Pawlenka, Elfriede, geb. Denning,
aus Hanffen, Kreis Lötzen, am
31. Oktober

Pohl, Margot, geb. Kuczynna, aus
Lyck, am 27. Oktober

Pottberg, Liesbeth, geb.
Stolzenwald, aus Groß Engellau,
Kreis Wehlau, am 30. Oktober

ANZEIGE

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn:
Krawattenklammer und
ein Paar Manschettenknöpfe
mit Elchschaufel im schwarzen
Velourtui für 35,- Euro
zzgl. 5,- Euro Versand- und
Verpackungskosten

Bestellung:
Preußische Allgemeine
Angela Selke
selke@paz.de
Tel: 040-414008-0

35,- Euro
zzgl. Porto
und
Verpackung

ZUM 91. GEBURTSTAG

Behrendt, Walruth, geb.
Gadomski, aus Moithienen, Kreis
Ortelsburg, am 30. Oktober

Dewor, Irmgard, geb. Brozio, aus
Reimannswalde, Kreis Treuburg,
am 31. Oktober

Fengler, Anni, geb. Alexander,
aus Rauschen, Kreis Fischhausen,
am 1. November

Rudorf, Gerda, geb. Bohl, aus
Hoppendorf, Kreis Preußisch Eylau,
am 29. Oktober

Schmidt, Gisela, geb. Schlenger,
aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am
1. November

Schröder, Werner, aus Cranz,
Kreis Fischhausen, am 31. Oktober

Witulski, Hildegard, geb. Itzek,
aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg,
am 28. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Czerwinski, Ottfried, aus Bären-
grund, Kreis Treuburg, am
1. November

Gauer, Manfred, aus Prostken,
Hauptstraße 4, Kreis Lyck, am
28. Oktober

Janutta, Ulrich, aus Stenzeln,
Kreis Lötzen, am 26. Oktober

Kachel, Erich, aus Gardienen,
Kreis Neidenburg, am 30. Oktober

Krause, Helmut, aus Sielacken,
Kreis Wehlau, am 27. Oktober

Oertel, Elfriede, aus Sinnhöfen,

Kreis Ebenrode, am 1. November

Polomski, Gerhard, aus Flamm-
berg, Kreis Ortelsburg, am
28. Oktober

Schubert, Sigrid, aus Lyck, Hin-
denburgstraße 20, am 29. Oktober

Schülke, Karl, aus Klein Engellau,
Kreis Wehlau, am 27. Oktober

Wiersbitzki, Erich, aus Langhei-
de, Kreis Lyck, am 31. Oktober

Wowerat, Paul, aus Tapiau, Kreis
Wehlau, am 2. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Borzim, Dieter, aus Steinberg,
Kreis Lyck, am 1. November

Dunio, Manfred, aus Kalkhof,
Kreis Treuburg, am 29. Oktober

Kisser, Siegfried, aus Stadtfelde,
Kreis Ebenrode, am 31. Oktober

Konietzko, Albrecht, aus Treu-
burg, am 28. Oktober

Lösche, Renate, geb. Kirstein, aus
Willkassen, Kreis Treuburg, am
1. November

May, Siegfried, aus Germau, Kreis
Fischhausen, am 31. Oktober

Murach, Ottokar, aus Wallen,
Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober

Pianka, Werner, aus Auglitten,
Kreis Lyck, am 30. Oktober

Rauter, Horst, aus Ebenrode, am
27. Oktober

Rosinski, Bernhard, aus Morgen-
grund, Kreis Lyck, am 27. Oktober

Zimmermann, Erich, aus Barten-

dorf, Kreis Lyck, am 28. Oktober

Zippel, Diethard, aus Wehlau, am
1. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Heitkämper, Ilse, geb. Riemann,
aus Hanswalde, Kreis Wehlau, am
30. Oktober

Ranger, Dietlinde, geb. Witulski,
aus Heidig, Kreis Johannsburg, am
2. November

Seesko, Karin, aus Borken, Kreis
Treuburg, am 2. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Fritz, Wolfgang, aus Ebenrode,
am 2. November

Zachrau, Brigitte, Kreisgemein-
schaft Preußisch Eylau, am
k30. Oktober



Ostpreußisches Landesmuseum

Ausstellungen

21. Oktober bis 25. Februar
2024, Eröffnung: Freitag, 20. Ok-
tober, 18.30 Uhr: **Stinthengste,
Krähenbeißer, Lange Wurst
und Co. – Ostpreußische
Bräuche im Wandel.** Bräuche
bestimmen unser Leben, im All-
tag sowie zu besonderen Anläs-
sen. Warum? Dafür gibt es die
verschiedensten Gründe und
Entstehungsgeschichten. Auch in
Ostpreußen haben sich im Laufe
der Zeit unterschiedliche Bräu-
che entwickelt, manche kommen
uns heute noch sehr bekannt
vor, andere erscheinen uns ein
wenig veraltet, wieder andere
führen uns in eine völlig fremde
und einzigartige Welt. Einem Teil
dieser Bräuche widmet sich diese
Kabinettausstellung.

18. November bis 25. Februar
2024, Eröffnung: Freitag, 17. No-
vember, 18.30 Uhr, Eintritt frei:
**Die Königsberger Kunstaka-
demie (1845–1945). Künstler
aus zwei Jahrhunderten** Mit
Künstlern wie Lovis Corinth
(Schüler), Ludwig Dettmann
(Direktor), Artur Degner

(Schüler, Lehrer) und Ernst
Mollenhauer (Schüler) ist die
Geschichte der Königsberger
Kunstakademie eng verbunden.
Zwischen ihrer Gründung 1845
und dem Untergang Königsbergs
1945 bildete die Akademie
100 Jahre das künstlerische Zen-
trum Ostpreußens. Vor allem die

weite Landschaft und die Küste
waren eine der Hauptinspirati-
onsquellen der dortigen Künst-
ler. Die Ausstellung zeigt Werke
der verschiedenen Direktoren
und Lehrer, die an der Kunstaka-
demie in Königsberg gewirkt
haben.

Veranstaltungen

Sonnabend, 28. Oktober, 20 Uhr,
Eintritt frei, um eine Spende an
Heidetango e.V. wird gebeten:
Tango- und Swingabend: SWING.
TAN. GO INS MUSEUM. Der Hei-
detango e.V. ist zu Gast im Muse-
um und veranstaltet eine Tango-
und Swing-Nacht.

Samstag und Sonntag, 4. und
5. November, 10 bis 18 Uhr, Ein-
tritt: 2,50 Euro (inklusive Besuch
der Dauerausstellung), Eröff-
nung mit Bürgermeisterin Hiltrud
Lotze am Freitag, 3. November,
18.30 Uhr, Eintritt frei: **Muse-
umsmarkt: Tradition trifft
Modernes** Die lebendige Prä-
sentation von traditionellem
Handwerk und modernem De-
sign lockt in diesem Jahr am ers-
ten Novemberwochenende wie-
der auf den beliebten Museums-
markt des Ostpreußischen Lan-
desmuseums mit Deutschbalti-
scher Abteilung.

Der Markt ist bekannt für Ori-
ginelles und Köstliches wie edler
Bernsteinschmuck aus Litauen,
leckeres Königsberger Marzipan,
Wildfruchtspezialitäten, Imkereie-

produkte und Bienenwachs-
kerzen. Kunsthandwerkerstän-
den sind in der gesamten Daueraus-
stellung zwischen historischen
Museumsobjekten verteilt.
In gemütlich-sinnlicher Atmo-
sphäre können besondere Ge-
schenke und auch schon Advent-
liches gekauft werden: Exklusives,
aber auch Brauchbares und
Schönes für den kleinen Geld-
beutel. Zudem bieten die
Deutschbalten traditionelle Köst-
lichkeiten an. Die Lüneburger So-
roptimisten engagieren sich wie-
der mit einer Tombola für einen
guten Zweck und unseren Muse-
ums-Kinderclub. Das Kinderpro-
gramm lädt zum Mitmachen ein.
Die Kinder können Holzleche be-
malen oder die Technik des
Bändchen-Webens erlernen.
Für den kleinen Hunger zw-
schendurch bietet das Museums-
Café Bernstein eine große Aus-
wahl.

Ostpreußisches Landesmuseum
mit Deutschbaltischer Abteilung
Heiligengeiststraße 38, 21335
Lüneburg, Telefon (04131)
759950

E-Mail: info@ol-ig.de, Internet:
www.ostpreussisches-landesmu-
seum.de

Öffnungszeiten Dienstag bis
Sonntag von 10 bis 18 Uhr, Ein-
tritt: 7 Euro, ermäßigt 4 Euro

Kinder und Jugendliche bis
18 Jahre frei.

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de
Buchtstraße 4, 22087 Ham-
burg

Zusendungen für die Ausgabe 45/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der
Ausgabe 45/2023 (Erstverkaufstag 10. November) **bis spätes-
tens Dienstag, den 31. Oktober**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Forum Baltikum – Dittchenbühne

Weihnachtsmann-Akademie
bereitet aufs Bescheren vor

Elmshorn - „Hohoho!": Wer in
den Reihen der Dittchenbüh-
nen-Weihnachtsmänner am
Heiligabend ein paar Stunden
lang Familien mit Kindern zu
Hause besuchen möchte,
kommt am besten zur „Weih-
nachtsmann-Akademie“ des
Elmshorner Mehrgenerationen-
hauses „Forum Baltikum – Ditt-
chenbühne“.

Am Sonnabend, 4. November
2023, um 9 Uhr öffnet diese
Akademie an Hermann-Suder-
mann-Allee 50 ihre Pforten für
alle Interessierten.

Dort erfährt man dann alles
über den Weihnachtsmann-
dienst der Dittchenbühne – von
A wie Aufträge und Ausrüstung
sowie B wie Besuche und Be-
sicherung über E wie Ermah-
nungen und L wie Lob sowie R
wie Routen und V wie Verab-

schiedung bis hin zu W wie
Weihnachtsstimmung und Z
wie Zeitplanung.

Das Büro der Dittchenbühne
bittet daran, dass sich Interes-
sierte unter (04121) 89710
oder buero@dittchenbuehne.
de für die Weihnachtsmann-
Akademie anmelden.

**Forum Baltikum – Dittchen-
bühne** - Hermann-Sudermann-
Allee 50 – 25335 Elmshorn



Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Baden-Württemberg
Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de
Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219,
Internet: www.low-bw.de

Stuttgart – Samstag, 4. November, 18 Uhr, Haus der Heimat, Vortrag von Dr. Jürgen Schmidt: „Emil (v.) Behring aus Hansdorf/Kreis Rosenberg – Erster Nobelpreisträger für Medizin“.

Im Jahr 1901 wurde der damals erstmalig verliehene Nobelpreis für Medizin/Physiologie dem deutschen Mediziner Prof. Dr. Emil von Behring (1854–1917) zuerkannt. Anlass der Verleihung waren Behrings Forschungen über die Serum-Therapie, die besonders zwecks Bekämpfung der damals nicht nur unter Kindern grassierenden, höchst gefährlichen Infektionskrankheit Diphtherie von Bedeutung war.

Behring entstammte einer westpreußischen Familie, die un-
 gemein viele Lehrer hervorbrach-

te. Nur dank staatlicher Hilfe war es dem hochbegabten Emil Behring überhaupt möglich das Abitur abzulegen. Danach studierte er, ganz ähnlich wie sein älterer pommerscher Fachkollege Rudolf Virchow, an der Berliner „Pepiniere“, einer militärischen Akademie, in welcher in enger Zusammenarbeit mit der Charité preußische Militärärzte ausgebildet wurden.

Als Militärarzt interessierte sich Behring sehr für Fragen der Seuchenverhütung, Wundversorgung und Hygiene. Gemeinsam mit dem Japaner Kitasato Shibasaburo erforschte und entwickelte Behring in Berlin ab 1890 die Grundlagen der Tetanusimpfung sowie das Diphtherieserum, wofür ihm der Beiname „Retter der Kinder“ zuteilwurde.

Es erwartet Sie ein interessanter Vortrag, der Eintritt ist frei.

**PAZ
 wirkt!**



Erntedank in Wiesbaden von links: Dr. Eberhard Obermayr, Stadtverordnetenvorsteher der Landeshauptstadt Wiesbaden, Astrid Wallmann, Präsidentin des Hessischen Landtags, Dieter Schetat, Vorsitzender der Landsmannschaft und Wolfgang Nickel, Stadtverordnetenvorsteher a.D. und derzeitiger Ortsvorsteher von Wiesbaden-Naurod. Foto: Holger Saal



Hamburg
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel,
Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Ostpreußische Frauengruppe – Freitag 27. Oktober, 15 Uhr Haus des Begleiters, Harders Kamp 1, Bergedorf Ostpreußische Bräuche: Stinthenste, Krajebieter (Krähenbeißer) und Lange Wurst Kaffee und Kuchen



Hessen
Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Heimatinachmittag
Kassel – Donnerstag, 2. November, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldatalstraße 140: „Gauernerma-schen“. Wie sich Senioren und Seniorinnen vor kriminellen Ele-

Ostpreußisches Landesmuseum

Vortrag von Ursula Dorn

Ursula Dorn ist beeindruckend. Von ihrer Vitalität, ihrem hellen Geist, ihrer Nahbarkeit und ihrer Ausdauer konnten sich die Besucher der Lesung und des Gesprächs mit Autor Dr. Christian Hardinghaus und der 88-jährigen Zeitzeugin Ursula Dorn, moderiert von Dr. Christopher Spatz im Ostpreußischen Landesmuseum im Oktober selbst überzeugen. Bei Dorns Präsenz trat der Autor, der über ihr Leben als Wolfskind das Buch „Das Wolfsmädchen: Flucht aus der Königsberger Hun-
 gerhölle 1946“ geschrieben hat,



sehr zurück; nach der Lesung eines Abschnitts über Dorns junges Leben in Königsberg trat er vor allem als Unterstützung für die Zeitzeugin in Erscheinung, erinnerte an die fortgeschrittene Zeit,

da die Zeitzeugin viel zu erzählen hat. „Jedes Mal taucht wieder ein Detail auf, das ich so vorher auch noch nicht gehört habe,“ kommentiert Hardinghaus Dorns Ausführungen. CRS

menten schützen können. Unser Mitglied Gabriele Neumann gibt Antworten.

Erntedank

Wiesbaden – „Bunt sind schon die Wälder“ erschalle es zu Beginn der Feier des Erntedankfestes, die im Programm der Landsmannschaft zu den Höhepunkten des Jahres zählt. Zu Gast der Veranstaltung waren die Präsidentin des Hessischen Landtags Astrid Wallmann, der Wiesbadener Stadtverordnetenvorsteher Dr. Eberhard Obermayr und Wolfgang Nickel, Stadtverordnetenvorsteher a.D. und derzeitiger Ortsvorsteher von Wiesbaden-Naurod. Die Hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler Margarete Ziegler-Raschdorf war dienstlich verhindert und hatte Grüße geschickt.

Landtagspräsidentin Wallmann dankte der Landsmannschaft und sagte: „Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass auch fast acht Jahrzehnte nach Flucht und Vertreibung die vielfältige

und reiche Kultur des alten Ost- und Westpreußens in dieser Weise lebendig gehalten wird. Ohne die verdienstvolle und jahrzehntelange Arbeit der Landsmannschaft wären viele Bräuche sicher längst in Vergessenheit geraten. Das Erntedankfest im Haus der Heimat gehört zu jenen Traditionen, die die Landsmannschaft Jahr für Jahr auf besondere Weise lebendig hält.“

„Erntedank bringt mehr als jedes andere Fest die Verbindung von Mensch und Natur zum Ausdruck und zugleich auch die Vorstellung von Gottes Wirken in und an seiner Schöpfung“, sagte Vorsitzender Dieter Schetat bei seinen Begrüßungsworten. In diesem Sinne durchzogen die Feier auch Gedichte und Geschichten zur Herbst- und Erntezeit, die Helga Kukwa und Margitta Krafczyk vortrugen, und deren Texte den Dank für eine reiche Ernte hervorhoben. Als äußeres Zeichen des Dankes diente auch der herbstlich dekorierte Erntetisch vor der Fahne mit der Elchschau-fel, bestückt mit vielerlei Gemüse,

Früchten und Blumen, von dem sich jeder Besucher am Schluss der Feier etwas mit nach Hause nehmen konnte.

Besinnliche Worte zu Erntedank sprach wie in den Vorjahren Pfarrer Dr. Holger Saal von der Wiesbadener Marktkirche und erzählte anhand des Gleichnisses aus dem Lukas-Evangeliums vom „reichen Kornbauern“, dem niemals der Gedanke kam, dass er von seinem Überfluss anderen etwas abgeben könne.

Mit Erntedank ist immer auch ein Stück Erinnerung an die verlorene Heimat verbunden. Dazu trugen die beiden vorgetragenen Gedichte bei: „Der Krusckebaum“ von Ingrid Koch und „Träume von der Heimat“ des Neidenburger Landsmann Kurt Lippek, wo es letztlich heißt „Wie war’s doch schön in unserm Land“.

Mit Sologesang und Gitarrenspiel umrahmte Mathias Budau den Erntedank-Nachmittag, der

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-R



Abonnieren Sie die PAZ
 und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
 Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Fortsetzung von Seite 15

mit dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen“ ausklang,

Zuvor hatte noch Dieter Scheat aus aktuellen Anlass erwähnt, dass vor 500 Jahren in Ostpreußen die erste öffentliche evangelische Predigt zu hören war. Pfarrer Johann (Johannes) Briesmann, ein Vertrauter des Reformators Martin Luther, hatte die Kanzelrede am 27. September 1523 im Dom zu Königsberg gehalten.



Nordrhein-Westfalen
Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhnke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Termin in Düren

Düren – Mittwoch, 8. November, 17 Uhr, Haus des Deutschen Osten, Holzstraße 7a, 52349 Düren: Totengedenken. Die Heimat-Abende der Gruppe Düren e.V. finden jeden ersten Mittwoch im Monat statt. *Gerda Wornowski*

Einladung zum Heimatnachmittag „Die Elchschaufel Ostpreußens Symbol“. Vortrag von Wilhelm Kreuer.

Wuppertal – Sonnabend, den 18. November, Hofaue 51 in Wuppertal-Elberfeld, 14 Uhr. Vor einigen Jahren verweigerte der Bonner General Anzeiger den Abdruck der Elchschaufel in Todesanzeigen für Manfred Ruhnau, dem langjährigen Vorsitzenden der Bonner Ostpreußengruppe,

ANZEIGE



*Und meine Seele spannte die Flügel aus,
flog durch die stillen Lande, als flöge sie nach Haus.*

Traurig, aber voller schöner und wertvoller Erinnerungen, nehmen wir Abschied von unserer liebenden Mutter, Schwiegermutter, Oma und Uroma.

Iris Ruth Dahlmann

geb. Reuter
* 26. 2. 1932 † 11. 9. 2023

In Liebe
**Deine Petra, Andreas, Mareike,
Michelle, Timo, Miko und Marco**

weil die Elchschaufel ein Militärzeichen sei.

In seinem Vortrag wird Wilhelm Kreuer die Entwicklung und Nutzung des zivilen Symbols der Elchschaufel seit ihrer Einführung im Jahre 1787 als Brandzeichen für Trakehner Pferde bis zu ihrer Eintragung als geschütztes Warenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen im Jahre 1957 schildern. Gäste sind herzlich eingeladen.



Schleswig-Holstein
Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Bad Oldesloe und Tremsbüttel – Im Oktober trafen sich die Ost- und Westpreußen bei Elfriede Storjohann in Bad Oldesloe.

Erika Mosel berichtete über ein Seminar zur ostpreußischen Geschichte in der Politischen Bildungsstätte, in Helmstedt. Seminarleiter Sebastian Husen hatte, dazu eine Reihe interessanter Vorträge zusammengestellt. Jürgen W. Schmidt sprach über die

Prußen im ehemaligen Ostpreußen. Der baltische Volksstamm war aus Russland- in das Gebiet zwischen Weichsel und Memel eingewandert. Von den Prußen gibt es keine schriftlichen Zeugnisse, sodass man auf andere Quellen und archäologische Funde angewiesen ist. Viele Orts- und Familiennamen haben einen prußischen Ursprung. Die Prußen wehrten sich 60 Jahre lang gegen die Christianisierung durch den Deutschen Orden. Im Jahr 1300 lebten dort noch circa 170.000 Prußen, die nach und nach mit Heusiedlern verschmolzen.

Ein besonderes Thema waren die deutschen Flüchtlinge, die am Ende des Zweiten Weltkrieges in Dänemark ankamen. Nach der Kapitulation am 8. Mai 1945 wurden die Flüchtlinge als Internierte in streng bewachten Lagern untergebracht. Das, größte entstand in Oksbøl. Hier lebten bis zu 36.000 Menschen in ehemaligen Wehrmachtsbaracken. Die letzten deutschen Flüchtlinge verließen erst im Februar. 1949 Dänemark.

Das 2022 eröffnete Museum FLUGT in Oksbøl befasst sich mit den heutigen Fluchtbewegungen, aber auch mit den von 1945 bis 1949 internierten Deut-

schen. Eine Erweiterung der Dauerausstellung ist geplant.

Daraus ergaben sich Gespräche auch über die eigene Flucht. Brunhilde Ehlers hatte für jeden Teilnehmer eine gebundene Rose mitgebracht.

Die Teilnehmer dankten Elfriede Storjohann für den interessanten Nachmittag.

Gisela Brauer



Bund Junges Ostpreußen
Vorsitzender: Tobias Kollakowski
Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

Einladung zum Politischen Seminar

Deutsch-Polnische Beziehungen nach zwei Legislaturperioden „Prawo i Sprawiedliwość“ (PiS): Von Reparationsforderungen bis zu Minderheitenpolitik

Grenzüberschreitende Perspektiven: Ein Wochenende mit Vorträgen zur politischen Situation zwischen Polen und Deutschland - für Jung und Alt!

Organisatorische Hinweise:

- Beginn: 4. November um 10 Uhr
- Ende: 5. November circa 12 Uhr
- Anmeldung/Auskunft: kontakt@junge-ostpreussen.de
- Veranstalter: Bund Junges Ostpreußen / Regionalver-



- band West
- Anmeldeschluss: Solange Plätze zur Verfügung stehen
- Ort: Jugendgästehaus Aasee, Bismarckallee 31, 48151 Münster
- Teilnahmegebühr: 25 Euro
- Die Teilnahmegebühr schließt die Mittagsverpflegung mit ein. Für Teilnehmer bis 32 Jahre hat der BJO ein Kontingent an Schlafmöglichkeiten reserviert. Bitte meldet euch dafür bei uns.
- Nicht-Mitglieder müssen sich selbst ein Zimmer buchen.
- Der Eigenbeitrag ist vor Seminarbeginn unter dem Stichwort „Politisches Seminar BJO <eigener Name>“ auf das Konto des BJO zu entrichten. Andernfalls fällt der Platz an die Warteliste.

Haftung: Der Veranstalter übernimmt keine Haftung für Personen- und Sachschäden bei der

An- und Rückreise und während der Veranstaltung.

Minderjährige müssen bei Anmeldung eine schriftliche Erlaubnis der Eltern vorlegen.

Förderhinweis: Dieses Projekt wird aus Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Mehr Informationen in der Anzeige unten.

Wir freuen uns auf euer Kommen!

Der Vorstand

PAZ wirkt!

Kontakt

Wegen Verhinderung der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ausgabe 47 Frau Ingrun Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten.
 E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
 Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

LO-Termine 2023

10. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
 11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Forum Baltikum – Dittchenbühne

Leckerer Elch und fesselnder Vortrag

Elmshorn – Bestes Elchfleisch aus Skandinavien, so Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt, und ein fesselnder Vortrag von Forstamtsdirektor i.R. Hans-Albrecht Hewicker stehen im Mittelpunkt des diesjährigen „Elch-Essens“ des Elmshorner „Forum Baltikum - Dittchenbühne“, das am Freitag, 10. November 2023, stattfindet.

Das ist schon eine gute Tradition in Elmshorn: Im November bittet das „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ zum Elch-Essen. Dabei bildet ein Mehrgang-Menü mit einem fantastischen Elchgericht als Hauptspeise den kulinarischen Höhepunkt des Abends - vom Kü-

chenteam der Dittchenbühne oft nach historischen Rezepten bestens zubereitet. Der forstbiologische Vortrag von Forstamtsdirektor i.R. Hans-Albrecht Hewicker zu Themen aus der Region ist der inhaltliche Höhepunkt dieser Veranstaltung – wie immer anregend erzählt und anschaulich illustriert.

Das Ess-Event startet um 19 Uhr. Da nicht nur das Elchfleisch teurer geworden ist, beträgt der Kostenbeitrag in diesem Jahr 35 Euro pro Person. Nähere Informationen und Anmeldung beim „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn. Ruf: 04121/89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

ANZEIGE

ANZEIGE

Für alle Altersgruppen

Bund Junges Ostpreußen

in der Landsmannschaft Ostpreußen



Politisches Seminar

Deutsch-Polnische Beziehungen nach zwei Legislaturperioden PiS-Regierung. Von Reparationsforderungen bis zur Minderheitenpolitik

4. bis 5. November 2023 in Münster

Nach einem hoffnungsvollen Aufbruch in den 1990er Jahren sind die deutsch-polnischen Beziehungen seit einiger Zeit an einem schwierigen Punkt. Der Umgang der Warschauer Regierung mit der deutschen Minderheit, die Problematik des Deutschunterrichtes in der Republik Polen, die Gefährdung des Rechtsstaates oder auch die polnischen Reparationsforderungen belasten das zwischenstaatliche Verhältnis wie auch die Situation der Deutschen vom Frischen Haff bis zum Riesengebirge. Hochkarätige Referenten aus Diplomatie, Wissenschaft und Minderheit beleuchten in diesem Seminar engagiert, aber auch mit der gebotenen Sachlichkeit, die unterschiedlichen Facetten der derzeitigen Situation. Der Versand des endgültigen Programms erfolgt nach der Anmeldung.

Anmeldung/Auskunft: kontakt@junge-ostpreussen.de

Bund Junges Ostpreußen / Regionalverband West

Förderhinweis: Dieses Projekt wird aus Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.





Heimatkreisgemeinschaften

Ebenrode
Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 88139, Gerhard.kuebart@googlemail.com

Bezug und Bestellung der Dokumentation lautet die Telefonnummer richtig: (0201) 46 38 067.

Lyck
Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Organisation an Heidi Mader abgeben. Nähere Auskünfte bei Heidi Mader: E-Mail: heidi-mader@gmx.de oder unter Telefon (0421) 67329026. Eine verbindliche Anmeldung ist erforderlich. Wir freuen uns auf Sie!

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb bitte jeden Wohnungswechsel. Geben Sie bitte bei allen Schreiben stets auch den letzten Heimatort an.

12. Lycker Treffen
 Bremen – Donnerstag, 16. November, 13 Uhr, Beginn um 14 Uhr, Best Western Hotel zur Post: Lycker Treffen in Bremen unter neuer Leitung. Wilhelm Norra hat die



Luftbild-Atlas der Rominter Heide, Stadt + Kreis Goldap – gemein. Hrg.: KG. Ebenrode + Prussia-Ges., Festband, 264 Seiten, 119 Senkrecht-Luftbilder, insgesamt mehr als 2000 Abbildungen, 70 Euro

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842

Ostpreußisches Landesmuseum

Swing Tan Go ins Museum

Tango ist ein Tanz ohne Altersbegrenzung: Vom jugendlichen Beginner bis ins fortgeschrittene Alter spricht er alle Altersgruppen an und lädt ein zu einem gleichberechtigten, spannungsgeladenen Rollenspiel zwischen den Geschlechtern.

Tango- und Swing-Abend des Heidetango e.V. im Ostpreußischen Landesmuseum

Sonnabend, 28. Oktober, 20 bis 24 Uhr,

Eintritt frei, um eine Spende an Heidetango e.V. wird gebeten

Genießen Sie einen einzigartig-romantischen Abend voller Musik und Tanz in der ungewöhnlichen Atmosphäre eines Museums mitten der Altstadt Lüneburgs.

Landkarte Ostpreußen als Schreibunterlage

Schreibunterlage mit Landkarte Ostpreußen und geschichtlichem Abriss
 Format: 65 x 45 cm
 Ausführung: alle Ecken gerundet, ringsum randgeschweift

29,95 € inkl. Versand

Bestellung: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel. 040/41 40 08 0, selke@ostpreussen.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre **Unterstützung** in Anspruch

zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60 Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Internetseite der Lands-

mannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
 Buchtstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Rätsel

Pausenstätte in e. Lehranstalt	Schlag, Streich (französisch)	amerik. Bez. für Fernstraße	Brei aus Früchten, Kartoffeln	geneigt stellen	Gebäck, Bez. für Kofekt	Kino-streifen	sich schämen (sich ...)	Stadt an der Aller (Niedersachsen)	Feier, Party (ugs.)	Seltenheit	Abk. für Lastkraftwagen	Stadt in der Schweiz	Stimmzettelbehälter	men-schen-ähnliches Säugetier	jetzt			
Fluss zur Seine				Insekt mit Stachel			Buchenfrucht		Inselstaat in Ostasien		Süßwasser-Speisefisch		Lauf-vogel Neuseelands	Strich				
			reich an Licht				rechter Nebenfluss der Donau				Video-, Ton-band-behälter	sich recken und dehnen		unge-hobelter Mensch, Rüpel	einsam, vereinsamt	Wahl-, Leit-spruch		
Schiffs-vorder-teil				Schwarz-drossel				Gast-stätte	Dynastie im alten Peru									
Laut-stärke-maß	wirt-schaftli-cher Auf-schwung		Eile, über-stürztes Drängen	Gerle		niedriger Sport-renn-schlitzen	begrün-deter Anspruch				Kraft-anstren-gung, Einsatz							
Zug-fahrt								eine der Gezeiten	Halbton über a (Musik)			Zier-pflanze; Wappen-blume						
			chem. Zeichen für Astat		biomed. Institut (Abk.)	deutsche Filmdiva (Hildegard)			in viele Scherben zerbrechen	stehen-des Binnengewässer			Kfz-Zeichen Leverkusen		gelblich braune Erdart	Notiz-buch; Tages-ordnung		
span. Maler (Francisco de)	ironisch-witzige Kunst-gattung						wildes Tier, Raubtier		ein-farbig (französisch)	ital. Autor (Umberto)	schma-ler Berg-ein-schnitt	Gewürz-, Heil-pflanze						
Nacht-, Früh-gottesdienst					Verein, Zweck-verband													
							Nacht-vogel				Tier-kreis-zeichen							
					Frage-wort: Auf welche Art?	kleines Schub-, Zug-fahrzeug	eine Blume; ein Gewürz	bejahend den Kopf bewegen			Speise-raum für Studenten		jeman-dem selbst gehörend		Stoff mit glänzen-der Ober-fläche			
					Bäcker feiner Back-waren			uner-messlich										
						Porzellanstadt in Oberfranken	frühere französische Münze		Rauchfang, Schornstein			Gebirge auf Kreta						
					Freundin von Tarzan	besitz-anzei-gendes Fürwort	Ab-schnitt d. Erdgeschichte			Ankün-digung	Mün-dungs-arm der Weichsel			dt. Philo-soph (G. W. F.)	Schwer-metall			
					Schullei-ter				Kinder-buch-figur b. Paul Maar									
									Güte, Nach-sicht		vermuten							
					allg. Steigen der Preise	Groß-mutter	luft-förmiger Stoff	Fremd-wort-teil; neu (griech.)	sehr feucht			ägyp-tische Hafen-stadt		basch-kirische Haupt-stadt	Brühe, Abge-kochtes			
					dünnes Seiden-gewebe					Abfluss; Tülle								
					Getreide-art, Kukuruz	germa-nische Gottheit		früherer Titel in Genoa u. Venedig			Kletter-pflanze							
							Ausruf der Bestür-zung			Staat im Baltikum								

3. knuffen
 Magisch: 1. Ausgang, 2. Agraffe,
 kose, 6. Pflicht, 7. Katsch – Pergola
 reusch, 3. Literatur, 4. Joggling, 5. Nar-
 Mittelworträtsel: 1. Computer, 2. Ge-
 Schüttelrätsel:
 So ist's richtig:

Schüttelrätsel

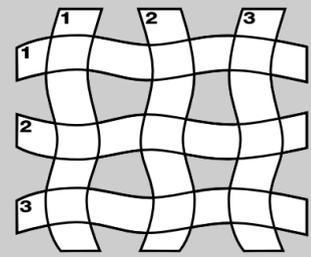
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AFU	MOSU	AFL	EINP	AAMPR	AHTU	AAELS
		AAPPU				ALR
AEMRU				ALT		
		AAILMP				
LOP	ALNU			EHR		

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für offener Laubengang.

1	HEIM					NETZ
2	NEBEN					ARM
3	FACH					PREIS
4	GEHIRN					HOSE
5	VOLL					ARZT
6	WAHL					JAHR
7	KAFFEE					NASS



Magisch
 Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.
 1 Treppe, Weg nach oben
 2 Fibel, Schmuckspange
 3 boxen, stoßen (ugs.)

PETERSWALDE

Exkursion in die Vergangenheit

Zum 14. Europäischen Tag der Archäologie: Auf der Suche nach dem Hügelgrab im geographischen Nichts

VON UWE HAHNKAMP

Zu den 14. Europäischen Tagen der Archäologie organisierte für die Gemeinde Osterode deren Beauftragter für Fragen des kulturellen Erbes, Wiesław Skrobot, in Kooperation mit der Geologin Alicja Szarzyńska vom Ermländisch-Masurischen Zentrum für Lehrer-Fortbildung im Juni eine archäologisch-historische Arbeitsgruppe unter freiem Himmel. Ihr Ziel war das Hügelgrab an der Straße zwischen Peterswalde und Rhein in den Kernsdorfer Höhen.

Pünktlich zur Exkursion ins scheinbare Nirgendwo kam nach wochenlanger Trockenheit endlich der ersehnte Regen. Aus der Freiluft-Werkstatt wurde eine Expedition in die Vergangenheit in mehreren Schritten. Von der Autobahn A7 südlich von Hohenstein ging es auf die Landstraße in Richtung der Kernsdorfer Höhen. Durch den Schleier des Regens ging es nur langsam und tastend durch immer schmalere, von Büschen und Bäumen gesäumte Wege voran. Plötzlich stand man auf einer mehr als hundert Jahre alten, mit Kopfsteinen gepflasterten Straße, der man ins Ungewisse Richtung Westen folgte. Hinter einer Kuppe bot sich der Blick in ein Tal, und zur linken Hand der Straße tauchte das Hügelgrab der ersten Siedler dieses Fleckchens Erde auf.

Neu entdeckt und gerettet

Wer den weitesten Weg hat, kommt als Erster an. Doch bald gesellten sich zum einsamen Fahrer weitere, dem Regen trotzend, am Hügelgrab Interessierte: die Organisatoren, Mitarbeiter der Forstverwaltung, die den Wildwuchs am Grab im Vorfeld etwas beseitigt hatten, sowie der stellvertretende Gemeindevorsteher von Osterode, Grzegorz Kostrau, mit durchnässter Jeans auf seinem Motorrad. Vor allem aber eine tapfer durch die fallenden Wassermassen stapfende Gruppe Schüler



Aufmerksame Zuhörer im strömenden Regen: Teilnehmer der Exkursion zum Hügelgrab von Peterswalde

Foto: U.H.

von der Grundschule in Peterswalde in farbenfrohen Regenponchos.

Das Hügelgrab war so gut wie unbekannt, sodass der Bauer, dem das Feld gehört, es fast eingeebnet hätte, so Skrobot zur Einführung: „Dabei war es keine neue Entdeckung von mir, sondern eine Wiederentdeckung. Bereits vor 90 Jahren, im Juni 1933, erkundeten es Carl Engel und Friedrich Baumhauer vom Prussia-Museum in Königsberg.“ Mit Alicja Szarzyńska zusammen gelang es ihm, dieses Zeugnis der Urgeschichte zu erhalten und wieder im Bewusstsein der Menschen zu verankern, unter anderem mit einer Informationstafel am Standort und der Sicherung der Sichtbarkeit des Hügelgrabs.

„Ein Hügelgrab ist übrigens Stätte der Beerdigung nicht einer Person, sondern von vielen Menschen eines Clans“, erklärte Skrobot den aufmerksam lauschenden Teilnehmern im nachlassenden Regen, „wenn jemand starb, wurde er verbrannt, die Grabkammer seitlich geöffnet, die Urne hinein- und der Abschlussstein wieder davorgeschoben.“

Das heutige Hügelgrab sei etwa die Höhe eines „Skrobot“ niedriger als ursprünglich, ergänzte er selbstironisch und zeigte mit der Hand die vermutliche Obergrenze des früheren Hügels.

Bei den für die Kammer verwendeten Steinen handelt es sich um Findlinge aus dem skandinavischen Raum, so

Szarzyńska: „Sie wurden von dort mit dem Inlandeis transportiert, was bis heute an den einzelnen Steinen erkennbar ist. Zwei Gletscher stießen hier aufeinander und schufen die Kernsdorfer Höhen sowie das Tal mit dem Hügelgrab.“ Und diese gegen heftige Witterung geschützte und leicht gegen Feinde zu verteidigende Mulde bot sich für eine Besiedelung geradezu an.

Das Nirgendwo als Lebensraum

„Heute liegt Peterswalde weitab von Städten, vor 100 Jahren gab es nahebei ein Gut, was die gepflasterte Straße erklärt, aber ganz früher war es hier ideal“, erläuterte Skrobot weiter. Um das zu verdeut-

lichen, hat er mit Szarzyńska landschaftliche Elemente auf Basis einer lokalen Legende benannt: „Vom Eulenberg fließt der Silberbach am Hügelgrab vorbei unter der Straße hindurch neben dem Findling

„Vom Eulenberg fließt der Silberbach am Hügelgrab vorbei unter der Straße hindurch neben dem Findling der Dämmerung und mündet in den Mondsee“

Wiesław Skrobot

Beauftragter für Fragen des kulturellen Erbes, Osterode

der Dämmerung und mündet in den Mondsee.“ Bei Letzterem handelt es sich heute um Feuchtwiesen in Form eines Sichelmonds.

Genug Wasser und Land

Es gab also genug Wasser und fruchtbaren Boden, Fischfang war möglich und im Wald gab es Tiere zu jagen, das haben die ersten Einwohner, dann die Goten, dann die Sassen und später die Ritter des Deutschen Ordens erkannt, die Peterswalde gegründet haben.

Für die Verpflegung der durchnässten Teilnehmer hatten die Förster zum Abschluss ein Lagerfeuer mit Würstchen auf die Beine gestellt. Zum Wärmen, Trocknen und Sattwerden. Auch die heutigen „Siedler“ erkannten: hier lässt es sich aushalten.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Ein Topf Farbe für die neue Nachwelt

Bei Ausflügen mit seiner Enduro rettet der Deutsche Oliver Rettig alte Inschriften

Schon auf dem Balkon von Oliver Rettig prangt ein altes deutsches Bahnhofsschild von Marklissa [Leśna] bei Lauban [Lubań] aus dem polnischen Teil der Oberlausitz. Das besondere Faible für historische Bahnrelikte hat er von seinem Vater Wilfried Rettig geerbt, der durch viele Eisenbahnpublikationen aus dem Dreiländereck Deutschland/Polen/Tschechien in Fachkreisen bekannt ist.

Jüngst stieß Rettig wieder auf ein historisches Bahnhofsschild, das seinen Dienst längst getan hat und ebenfalls einen Ortsnamen trägt, der in dieser Form heute eher unbekannt ist. „Wehrkirch“ ist mittlerweile wieder glänzend auf dem Schild aus Horka im deutschen Teil der Oberlausitz, das von 1936 bis 1947 diesen Namen trug, zu lesen, nachdem es Rettig in seiner Garage aufgearbeitet hat.

Immer querfeldein unterwegs

„Mit 50-prozentiger Natronlauge und Kunststoffschleifblock ist schon ein beachtliches Ergebnis zu erzielen. Das tut dem historischen Gesamtbild keinen Abbruch, denn Patina ist auch nach Entfernung der jahrzehntealten Schmutzschicht ausreichend vorhanden“, sagt Rettig. „Ich habe allerdings noch die Löcher mit GFK-

Spachtel verfüllt und anschließend mit Emaillefarbe die Abplatzungen nachgezogen“, ergänzt der handwerklich geschickte Görlitzer.

Dabei kommt es ihm auch nicht darauf an, bei sich Wertvolles zu horten, denn letztlich ist es ihm am liebsten, wenn sich im historischen Umfeld ein Platz für ein Dokument vergangener Zeit findet.

Gestoßen ist er auf das Schild aus Wehrkirch/Horka in der Heimat seines Vaters im Vogtland. Oliver Rettig wusste, dass ein solches Schild in einem alten Güterwagen der Görlitzer Kreisbahn gelagert war, der später an den Förderverein Historische Westsächsische Eisenbahnen e.V. in Schönheide im sächsischen Vogtland gelangte.

Doch der Hang historische Namen für die Nachwelt zu retten, erstreckt sich für ihn gar nicht allein auf die Eisenbahn. Er steuert gezielt bei Ausflügen mit seinem Enduro-Motocross-Motorrad verblichene Wegmarkierungen an – den Großteil davon findet er jenseits der ganz nahen Grenzen im polnischen Niederschlesien und im tschechischen Nordböhmen. Rettig ist querfeldein unterwegs und findet immer wieder Wegweiser, die die Geschichte vergessen hat, auch abseits der

heute befahrenen Straßen. Ein Topf Farbe und Pinsel sind immer im Gepäck.



Selbstaufgelegte Kulturarbeit: Oliver Rettig arbeitet historische Wegmarkierung kurz vor Naumburg am Quais [Nowogrodziec] nach Tschirne [Czerna] auf

Während er in Deutschland dem Denkmalschutz eher weniger in die Parade fährt und nur bei völliger Untätigkeit anderer eingreift, gibt es jenseits der Lausitzer Neiße oder in Nordböhmen freies Feld für sein Tun.

Formalien interessieren nicht

„Im Grunde schaue ich auf all das, wo bislang niemand nach 1945 irgendetwas getan hat. Ich gehe einfach davon aus, dass der polnische Denkmalschutz eher beeindruckt wäre, mit welcher Qualität und Gespür für den historischen Bestand ich zu Werke gehe“, sagt er und freut sich, dass er manche renovierte Relikte auf Fotos bei Google Earth, dem virtuellen Globus im Internet, wiederfand, nachdem er den einstigen Zustand erst wiederhergestellt hatte.

Rettig führt mich nach Katholisch Hennersdorf [Henryków Lubański], wo die Preußen in den Schlesische Kriegen 1745 Sachsen besiegten. Dieser Gedenkstein ist zwar kein Exot – oder doch, wenn man die polnische Perspektive betrachtet. Nach dem Überraschungsangriff bei Hennersdorf kam für den preußischen Befehlshaber der Name „Zieten aus dem Busch“ in Umlauf, der den Stein zierte. Wie

zuvor an manchen unscheinbareren Unterwegssteinen zieht Oliver Rettig auch hier Farbe und erinnert damit an das historische Ereignis.

Hier und da wird Rettig mittlerweile sogar wiedererkannt. Er hat viele persönliche Kontakte auf polnischer Seite geknüpft – im Selbststudium hat er dabei ein erstaunlich gutes Sprachgefühl im Polnischen aufgebaut, das ihm manche Türen öffnet.

Überhaupt komme ihm die polnische Improvisationsseele sehr entgegen, die nicht lange nach Formalien fragt. „Die letzten drei Jahre hat sich eigentlich nie etwas an meiner Arbeit auf polnischer Seite geändert“, bekundet er schmunzelnd. Er sei ja mit der Enduro ohnehin „querfeldein“ unterwegs, meint er augenzwinkernd.

Häufig steuert er auf seinen Fahrten auch „Lost Places“ – klassische verfallene Fabrik- oder Militäranlagen an. Doch sein eigentliches Augenmerk richtet er immer darauf, entlang von Straßen, Wegen oder Trampelpfaden durch seine Einsätze mit dem Farbtopf die Geschichte auch für die präsent zu machen, deren Familien nach 1945 in die Fremde gerissen wurden.

Till Scholtz-Knobloch

JAHRESTAG

Der Botanik-Pionier von Eldena

Vor 175 Jahren starb Johann Conrad Schauer – Er wirkte zwischen Würzburg, Breslau und Greifswald

VON MARTIN STOLZENAU

Zu den bedeutendsten Botanikern Pommerns zählt Johann Conrad Schauer. Der Naturwissenschaftler stammte allerdings aus Frankfurt am Main, entwickelte sich nach erster fachlicher Ausbildung in Würzburg mit Unterstützung namhafter Förderer zu einem herausragenden Botaniker und hatte seine Hauptwirkungsstätten an den Universitäten von Breslau sowie Greifswald und an der Akademie in Eldena. In dem heutigen Greifswalder Ortsteil starb er vor 175 Jahren.

Schauer gilt als Erstbeschreiber vieler botanischer Taxa, war an der Herausgabe des „Compendium Florae Germaniae“ beteiligt und übersetzte die richtungsweisende „Pflanzen-Teratologie“ von Alfred Moquin-Tandon aus dem Französischen ins Deutsche.

Der Botaniker wurde am 16. Februar 1813 in Frankfurt am Main geboren. Seine betuchten und bildungsfreundlichen Eltern ermöglichten ihm einen weiterführenden Bildungsweg. Er absolvierte zunächst das Gymnasium in Mainz und begann danach entsprechend seiner naturwissenschaftlichen Interessen eine dreijährige Gärtnerausbildung im Königlichen Hofgarten von Würzburg, der ab 1770 unter Fürstbischof Adam Friedrich von Sensheim und seinem Hofgärtner Prokop Mayer angelegt worden war und bis heute beeindruckt, inzwischen mit dem Ringpark verschmolzen ist und jetzt regelmäßig für das Mozartfest als Freiluftveranstaltung genutzt wird.

Als Schauer nach Würzburg kam, hieß der verantwortliche Hofgärtner Anton Heller, der ihn über drei Jahre maßgeblich in den Fragen der Gartenkunst und der weiterführenden Naturwissenschaften prägte und dann zwecks Ausbildung nach Bonn vermittelte. Hier kam Schauer in die Obhut von Theodor Friedrich Ludwig Nees von Esenbeck. Das war der zweite Direktor des Botanischen Gartens in Bonn, der die Begabung des Frankfurters erkannte und ihn als Gehilfen tatkräftig förderte. Dieser Bonner Botaniker war zu diesem Zeitpunkt mit seinen Arbeiten über Heilpflanzen, seinen pharmakologischen Lehrbüchern und botanischen Prachtwerken eine überregionale Be-



Schaueria Nees: Die Pflanzengattung aus der Familie der Akanthusgewächse wurde nach Johann Conrad Schauer benannt. Sie wächst in 15 Gattungen in Brasilien

kanntheit. Er war es auch letztlich, der den Botanischen Verein am Mittel- und Niederrhein auf den Weg brachte und damit die botanische Forschung des Rheinlandes beförderte.

Der Bonner Botaniker vermittelte schließlich Schauer weiter zu seinem Bruder in Breslau. Christian Gottfried Daniel Nees von Esenbeck war ein damals deutschlandweit bekannter Mediziner, Botaniker, Naturforscher, Naturphilosoph

und Schriftsteller, der besondere Verdienste um die Systematik der Kryptogamen in der zoologischen Forschung und als Hauptvertreter der Naturphilosophie erwarb, die deutschkatholische Bewegung begleitete und der linken Fraktion der Preußischen Nationalversammlung angehörte. Der Naturforscher erhob Schauer zum Obergärtner im Botanischen Garten von Breslau, gab ihm den letzten Schriff und orientierte ihn auf weiterführende

Studiengänge an der Breslauer Universität. 1835 wurde der Jung-Botaniker in Erlangen promoviert. Anschließend wirkte er weiter in Breslau als Privatdozent. Schauer forschte, lehrte, verfasste Fachschriften, war neben dem Breslauer Nees von Esenbeck an der Abfassung des „Compendiums Florae Germaniae“ beteiligt und intensivierte seine Kontakte zu anderen führenden Botanikern wie Johann Georg Christian Lehmann, dem Direktor des Botanischen Gartens in Hamburg, und Johann August Ludwig Preiss, der von einer Exkursion nach Westaustralien viele Pflanzen mitgebracht hatte, die nun auch Schauer untersuchte und einordnete. Das wurde eine Teamarbeit und machte Schauer zum Erstbeschreiber.

Leopoldina und Eldena

Mit erst 27 Jahren wurde Schauer in die berühmte „Leopoldina“ als Mitglied berufen und bekrönte seinen Gelehrtenaufstieg 1842 mit der Übersetzung der „Pflanzen-Teratologie“ von Alfred Moquin-Tandon. Das schlug ein wie eine Bombe und trug ihm 1844 eine Professur zunächst für die Universität in Greifswald und dann auch für die Landwirtschaftliche Akademie in Eldena bei Greifswald ein. Er lehrte Botanik sowie Naturgeschichte, setzte an der Ostseeküste seine Forschungen fort und zählte mit seiner Arbeit zu den Galionsfiguren in Eldena.

Die „Königliche Staats- und landwirtschaftliche Akademie Eldena“ war 1835 auf dem Gelände des 1535 säkularisierten Klosters Eldena als erste universitäre landwirtschaftliche Ausbildungsstätte mit Praxisbezug in Preußen gegründet worden und sorgte in der Folge in der Verbindung mit der nahen Universität Greifswald mit bekannten Fachleuten als Professoren und Direktoren für eine praxisorientierte landwirtschaftliche Hochschulausbildung.

Diese Vorbildakademie stand mit anderen Instituten in ganz Europa im Gedankenaustausch und gab für ganz Deutschland Impulse. Mittendrin wirkte Schauer als Botanik-Pionier. Doch ihm war keine lange Schaffenszeit vergönnt. Der gesundheitlich anfällige Botaniker starb schon nach vierjähriger Tätigkeit an der Ostseeküste am 24. Oktober 1848 in Eldena. Da war er 35 Jahre alt.

● MELDUNGEN

Sturmflut, Sonderfahrt und Halloween

Rügen – Ende vergangener Woche suchte eine Sturmflut die pommerischen Inseln und das Festland heim und sorgte für Millionenschäden: Hafenanlagen wurden in Greifswald und Stralsund beschädigt, Schiffe sanken und Sandstrände wurden weggespült. In Sassnitz wurde die Promenade zerstört. TS



Überspült: Der Hafen in Lauterbach auf Rügen

Stettin – Für Ärger und Beschwerden sorgen derzeit die Arbeiten am Berliner Tor. Durch Absperrungen und aufgeweichten Boden bei Regenwetter wird der Weg rund um das Prachttor der ehemaligen Festungsanlage zum Hindernislauf. Neben dem Umfeld wird auch das Gleisbett der Straßenbahn erneuert. TS

Greifswald – Am 21. Oktober fand die Mitgliederversammlung der Historischen Kommission für Pommern im Hotel Kronprinz statt. Die Jahrestagung der Kommission soll vom 23. bis 25. November zum pommerischen Herzog Bogislaw X. in Stettin stattfinden. Die Kommission gründete sich am 13. Mai 1911 im Stettiner Schloss. TS

Köslin – Die Kösliner Schmalspurbahn feiert ihren 125. Geburtstag. Aus diesem Anlass wird am 11. November um 9.30 Uhr zu einer Sonderfahrt eingeladen. Ziel ist Roßnow, wo ein Lagerfeuer entzündet werden soll. Der Abschluss der Feierlichkeiten wird im Kösliner Lokomotivdepot erfolgen. Fahrkartenpreis: zirka 40 Euro. TS

Stralsund – Seit zehn Jahren findet am 31. Oktober eine Halloween-Party im Stralsunder Zoo statt. Es gibt einen ausgiebigen Gruselrundgang und eine Feuershow. Jungen und Mädchen der Karsten-Sarnow-Grundschule sorgen für die Dekoration der Gruselpfade. Das Spektakel findet von 16 bis 20 Uhr statt. Eintrittskarten können vorab online erworben werden, auch gibt es eine Eintrittskasse. BS



Gruselige Stimmung: Halloween-Rundgang im Zoo Stralsund

Berlinchen – Immer wieder Ärger um das Gänsemädchen und ihre Gans. Die Skulptur, die über dem Brunnen auf dem Marktplatz thront, wurde bereits mehrfach Opfer von Vandalismus. 2008 war das Kunstwerk schon in den Brunnen geworfen worden, nun beschädigten unbekannte Täter die Gans. TS

VOR 510 JAHREN

Stargard – Stadt der Tore und Türme

Und eine Stadt mit einem Roten Meer – doch wer vermutet so etwas ausgerechnet in Pommern?

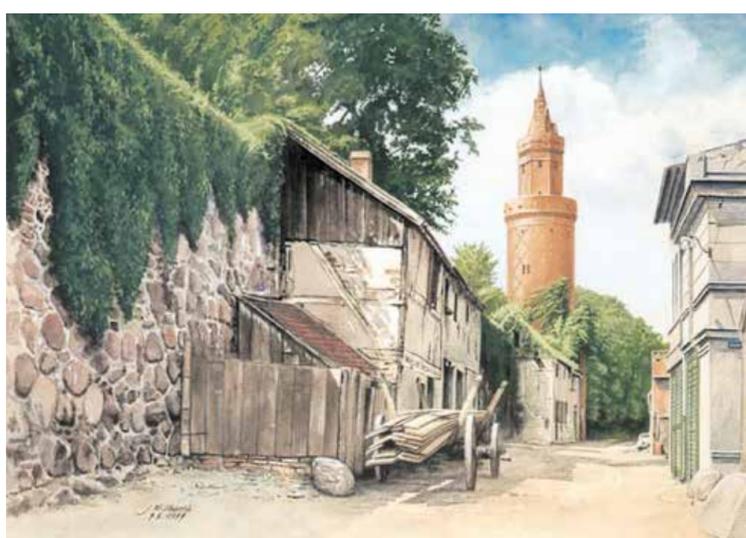
Die Preisfrage: Wo kann man auch heute noch trockenen Fußes durch das Rote Meer gehen? Kaum jemand wird das wissen. In Stargard in Hinterpommern ist das so. Im Mittelalter wurden die Städte durch trutzige Stadtmauern geschützt, in die Wacht- und Beobachtungstürme eingelassen waren. Stargard wurde auch Stadt der Tore und Türme genannt. Insgesamt zählte man davon neun, die auch zum größten Teil noch erhalten sind.

Das „Rote Meer“ wurde 1513 vollendet und ist damit der jüngste aller Mauertürme. Vorher stand an dieser Stelle ein Wiekhaus. Der Turm war einst ein Gefängnis, später ein Aussichtsturm und Beobachtungsturm. Heute ist er ein öffentlicher Aussichtsturm, der einen Blick über das gesamte Stadtzentrum bietet.

Die Herkunft des Namens ist nicht verbürgt. Die auch vom Stargarder Chronisten favorisierte einleuchtendste Erklä-

rung ist folgende: Als in Stargard der Turm errichtet wurde, befand sich in seiner unmittelbaren Umgebung, vielleicht auf dem damals noch nicht bebauten Stück zwischen Westmauer und der späteren Breitestraße, ein Tümpel, der allgemein als rotes Meer bezeichnet wurde. Im Mittelalter wurde das Wort Meer für ein kleines stehendes Gewässer, Tümpel oder Sumpf gebraucht. Rot nannte man ein solches Gewässer, wenn es eisenhaltig war, Pflanzenwuchs oder einen moorigen Untergrund mit rötlichem oder bräunlichem Wasser aufzuweisen hatte.

Seit 1868 hat der Turm einen Durchgang. Da entstand die Redensart: Nur in Stargard in Pommern können die Menschen noch heute trockenen Fußes durch das Rote Meer gehen. Seit dieser Zeit ist der Turm unverändert. B. Stramm



Damals wie heute unverändert: Das Rote Meer. Der Turm hat eine Gesamthöhe inklusive der Wetterfahne von 44 Metern und wird heute als Aussichtsturm genutzt

● www.heimatkreis-stargard.de

„Haben die Deutschen keine Lust auf Deutschland?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Damit ist alles gesagt. Patzelt's Wahlanalyse schlägt die von ARD und ZDF klar“

Johanna Grade, Frankfurt am Main
zum Thema: Ein tektonisches Rumoren (Nr. 41)



Ausgabe Nr. 41

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EIN POLNISCHES ELENDE ZU: POLEN STEHT VOR MACHTWECHSEL (NR. 42)

Einen ganz glatten Durchmarsch der EU-Marionette Donald Tusk wird nach den polnischen Parlamentswahlen der Staatspräsident Andrzej Duda wohl zu verhindern suchen. Einen explizit deutschfreundlichen Kurs, wie ihn Viktor Orbán in Ungarn praktiziert, hätte aber der regierende PiS und der Konföderation einengen – wenn auch sehr knappen – Wahlsieg beschert. Dass stattdessen Migranten und Deutsche in genau gleicher Weise verdammt wurden, machte diese vor allem von vielen in Deutschland lebenden Polen unwählbar. Dass die Deutsche Minderheit in Polen auch noch ihren Vertreter im Unterhaus verloren hat, rundet das ganze Elend ab, ausgerechnet gegen den übelsten anti-deutschen Hetzer im Sejm, Janusz Kowalski. *Carsten Zöllner, Berlin*

EIN TAG DER INSTITUTIONEN ZU: DER 3. OKTOBER UND DIE KRÄMPFE DEUTSCHER ELITEN (NR. 40)

Der 3. Oktober ist wohl der Feiertag mit der geringsten Resonanz in der Bevölkerung. Dies ist übrigens in den alten und neuen Bundesländern gleichermaßen so. Haben die Deutschen keine Lust mehr auf Deutschland? Wohl eher haben die Deutschen keine Lust mehr auf die moralinsauren Belehrungen von jenen Politikern, welche dem Volk Defizite beim Demokratieverständnis attestieren wollen, nur weil die Mehrheit die Politik einer einflussreichen Minderheit nicht mittragen will. Die Politiker scheinen sich von den Bürgern entfernt zu haben. Dies zeigen auch Wahlergebnisse und eben Feiertage wie der 3. Oktober.

Wirken die Feiertage anderer Nationen wie der 9. Mai in Russland oder der 4. Juli in den USA authentisch und volkshen, so wirkt der 3. Oktober eher wie eine Gala politischer Funktionäre statt wie ein nationaler Feiertag. Selbst historische Ta-

ge wie der 20. Juli finden seit Jahren immer weniger öffentliche Resonanz.

Dabei ist das Bedürfnis gerade in Krisenzeiten nach Zusammenhalt und nationaler Identifikation groß, wie man es heute nur noch bei anderen Nationen sieht. Bleiben denn auch noch die Ergebnisse beim DFB-Team aus, ist es auch Essig mit dem deutschen Saison-Patriotismus. *Marcel Jacobs, Hamburg*

IM WOLKENKUCKUCKSHEIM ZU: DER 3. OKTOBER UND DIE KRÄMPFE DEUTSCHER ELITEN (NR. 40)

Das „gemeine“ Volk durfte in Hamburg nur auf der Straße feiern, die politische Hautevolee feierte sich in der Elbphilharmonie. Natürlich musste auch ständig das Hohelied der Demokratie angestimmt werden, oder zumindest das, was unsere Volksvertreter & Co. unter diesem Begriff der Demokratie verstehen wollen.

Dass diese Ampel-Regierung bei ihrem Volk mehr als unbeliebt ist, tat sicherlich nichts zur Sache. Das war bestimmt kein Thema bei den Feierlichkeiten, in ihrem Wolkenkuckucksheim an der Elbe, weit weg, gesichert und abgeschottet von der Straße. *Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

BEUTEN WIR WEITERHIN AUS? ZU: BERLIN IN DER MIGRATIONSFALLE (NR. 40)

Ursache und Wirkung – diesen Zusammenhang scheint es nicht zu geben. Es ist nicht der sogenannte Sozialstaat, der Menschen zu uns treibt. Ich möchte gerne die Migrationswelle aus den neuen Bundesländern nach Westdeutschland erwähnen. Auch sie wurde verdammt.

Wenn ich das Narrativ des sogenannten Erwirtschaftens lese, dann verschlägt es mir die Sprache. Den Wohlstand eines großen Teils der Bevölkerung unserer Zivilgesellschaft erwirtschaften Menschen in ärmeren Ländern durch unsere Ausbeutung des Menschen durch den Men-

schen. LNG haben wir gerade den ärmeren Ländern geklaut – anders kann man das nicht bezeichnen.

Jürgen Enseleit, Schwetzingen

POLITIK IST AUF DEM HOLZWEG ZU: ES IST ZEIT FÜR EINEN ANDEREN UMGANG MIT DER AFD (NR. 39)

Betrachtet man die bundesdeutsche Parteienlandschaft, so muss festgestellt werden, dass bis zur Entstehung der AfD eine lähmende Monotonie in der Politik vorhanden war, die von einer Kanzlerin dominiert wurde, die nahezu jedes Problem ungelöst durch Aussitzen überdauern konnte. Hierbei ist bemerkenswert, dass sie in der Lage war, die Positionen aller vertretenen Parteien chamäleonartig zu übernehmen, sodass deren Konturen mehr und mehr verblassten.

Ihre Stellung war über alle Parteigrenzen hinweg so stark gefestigt, dass sich parlamentarische Debatten erübrigten, weil die Kanzlerin in der Sache allein entschieden hatte. Innerhalb ihrer eigenen Partei sorgte sie für stromlinienförmigen Nachwuchs. Die Karriere war beendet, wenn jemand nicht spurte. Friedrich Merz war der erste, den sie vom Hof jagte.

Als Bürger fühlte man sich verwaltet, aber nicht regiert. Der fruchtbare Boden für die AfD war damit bereit, denn nun gab es endlich klare Stimmen, welche die Finger in die vielfältigen Wunden legten (Euro, Haftungsunion, Energie, Zuwanderung) und die Rechtsverstöße der handelnden Politiker benannten.

Gerade in den neuen Bundesländern erkannten viele Bürger, dass die einstimmige Umsetzung der politischen Vorgaben nur mit der Stimme der Kanzlerin und wenig demokratisch erfolgte. Die Gefahr, auf diesem Wege wieder in einen neuen Sozialismus zurückzufallen, wirkt bei unseren Ostbürgern offenbar auch heute sehr beängstigend und abschreckend, denn die Ampel setzte diese Politik nahtlos fort und befindet sich noch immer auf dem Merkelschen Holzweg.

Erst durch die AfD bedingt finden im Bundestag, der (obwohl immer mehr aufgebläht) meist fast wie ausgestorben besetzt scheint, wieder Debatten statt. Das politische Bewusstsein ist in den neuen Bundesländern deutlich schärfer ausgeprägt und wird durch die AfD vor allem in den alten Bundesländern geschärft. Es gilt daher, jeglichen Fortschritt der AfD zu untergraben, deren Mitarbeiter auszugrenzen und zu diffamieren und sogar tätlichen Angriffen auszusetzen.

Die Altparteien, die den Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung für sich reklamieren, bemerken offenbar nicht, dass genau die Elemente (Hass und Hetze), die sie zu unterbinden wünschen, von ihnen selbst im Kampf mit der AfD angewandt werden. Spricht ein ehemals profiliertes CDU-Politiker wie Alexander Gauland von der Zeit des Nationalsozialismus als einem „Vogelschiss der Geschichte“, so soll das ein Beleg für den Rechtsradikalismus sein, der in der AfD vorherrscht und auf den monatelang herumgeritten wird. Spricht hingegen auf dem Parteitag der Linken ein Teilnehmer davon, dass man alle Reichen erschießen müsste (woraufhin der damalige Parteivorsitzende die Reichen zuvor aber noch durch Arbeit ausbeuten möchte), so findet das kaum eine Beanstandung. *Rudolf Neumann, Torsås/Schweden*

SAHRAS FANFARENSTOSS ZU: PROJEKT OHNE CHANCE? (NR. 38)

Sahra Wagenknecht ist eine Schauspielerin erster Güte. Sie spielt eine geläuterte Demokratin dem Publikum vor. Im Innern schlummert jedoch ihr früher lange gelebter Kommunismus stalinistischer Prägung.

Wichtig ist für sie, dass sie ihr übergroßes Ego in der Öffentlichkeit durch Sensationsnachrichten pflegen kann, die die linken Politdiskussionen kräftig aufmischen, und das hat sie mit dem Fanfarenstoß einer Parteinuugründung ja schon erreicht. *Tom Prox, Minnesota City/USA*

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Gibt es unwiderlegbare Beweise für den Besuch von Außerirdischen vor Jahrtausenden?



■ Es wimmelt davon – doch unsere gescheiterten und doch blinden Astronomen wissen nichts darüber. »Weshalb eigentlich nicht?«, fragt Erich von Däniken. Weil sich keiner mit dem Thema befasst. Die Wissenschaft sucht nach Lebensspuren in Meteoriten – blickt aber nicht vor die eigene Haustüre. Dabei berichten unzählige Überlieferungen über Lehrmeister aus dem Weltall.

In mittlerweile 46 Büchern hat Erich von Däniken schlagkräftige Beweise für die Besuche Außerirdischer präsentiert. **Dieser Band enthält die besten Beweise aus diesen 46 Büchern – stets ergänzt durch aktuelle Neuigkeiten!**

In den Schriften des Rigveda – dem ältesten Teil der altindischen Veden – werden die göttlichen Fahrzeuge detailliert behandelt. Nicht anders in den ägyptischen Pyramidentexten aus der 5. Dynastie. Dort öffnen sich »Himmelstüren«, Metallleitern werden ausgefahren, Pharaonen besteigen die fliegenden Vehikel und donnern damit über das Firmament. Erich von Däniken erinnert an außerirdische Gegenstände im Besitz der Menschheit. Etwa den »heiligen Spiegel«, der im Tempel von Ise (Japan) liegt und mit Tüchern umwickelt ist. Nur die japanischen Kaiser dürfen sich ihm nähern. Oder die Bundeslade der Israeliten. Am 19. Juni 2009 bestätigte der Patriarch der koptischen Kirche, sie sei nicht von Menschenhand gemacht. Was will man noch mehr?

Im mexikanischen Bundesstaat Tabasco liegt der Ort Tortuguero. Dort steht das Mayamonument Número 6 – so die offizielle Bezeichnung. Darauf eingemeißelt die Botschaft: »Es wird vollendet sein der 23. Baktun 4 Ajaw 3 Uniiw (ein Mayadatum), dann wird herniedersteigen Bolon Yokte.« Dieser Bolon Yokte war einer jener Mayagötter, welche den Homo sapiens schufen. **Jene Außerirdischen haben nicht nur versprochen zurückzukehren – sie sind wieder da.** Erich von Däniken untersucht die echten und die falschen UFO-Berichte und stellt fest: **Außerirdische befinden sich unter uns.**

Und sie waren doch da! ist ein Feuerwerk an Argumenten für das Unmögliche. Eine Breitseite gegen eine lahme Wissenschaft.

Erich von Däniken: Und sie waren doch da! • gebunden • 238 Seiten • durchgehend farbig illustriert • Best.-Nr. 989 000 • 22,99 €

PREISWERT REISEN

Ein Händchen für die Erholung

Wer im Urlaub mithilft, spart – „Hand gegen Bett“ lautet die Losung, wenn man das Urlaubsbudget nicht allzu sehr strapazieren will

VON STEPHANIE SIECKMANN

Der Urlaub kostete in diesem Jahr so viel wie lange nicht. Steigende Personal- und Betriebskosten, Spritpreise – die Liste der Faktoren, die dazu beitragen, dass alles teurer wurde, ist lang. Deutlich gestiegene Hotelpreise führen dazu, dass immer mehr Menschen genau kalkulieren müssen, ob der Urlaub auch im nächsten Jahr für sie noch bezahlbar ist. Und das nicht nur, wenn es um Reisen in Gebiete geht, bei denen die ebenfalls deutlich gestiegenen Flugpreise maßgeblich das Urlaubsbudget belasten.

Auch in den als Topfavoriten für günstige Ferien bekannten Destinationen haben die Preise drastisch angezogen. So galt Kroatien viele Jahre als besonders attraktives und zugleich preiswertes Reiseziel und war entsprechend beliebt, unter anderem bei Familien und Campingfreunden. In diesem Sommer erlebten die Besucher in Kroatien einen Preisschock. Unterkünfte kosteten das Doppelte, eine Kugel Eis rund drei Euro. Für einen Sandwich-Burger wurden schon mal bis zu 22 Euro verlangt.

Wer sich eine Urlaubsreise angesichts dieser Verteuerungen nicht leisten kann, muss die freien Tage aber nicht zwingend auf dem Balkon oder im Stadtpark verbringen. Eine Möglichkeit, nicht auf den heiß ersehnten Tapetenwechsel im Urlaub zu verzichten und das Budget trotzdem überschaubar zu halten, ist, seine Mithilfe anzubieten. Das Prinzip ist dabei einfach: Geld spart, wer Hand anlegt und sich mit Arbeit einbringt. Rasenmähen, handwerkliche Hilfe beim Renovieren und Instandsetzen, Hühner füttern, den Hund Gassi führen, Marmelade einkochen – die Aufgaben variieren stark, stehen aber vor Beginn des Mithilfe-Urlaubs bereits fest. Als Gegenleistung erhält der helfende Gast kostenlose Unterkunft, bei manchen Angeboten auch Verpflegung.

Auf Internet-Portalen wie www.holiday4help.com, aber auch in Facebook-Gruppen zum entsprechenden Thema stellen Anbieter ihre vielfältigen Angebo-



Entspannung nach getaner Arbeit: Auch auf einem Segelboot kann man einen sparsamen Urlaub verbringen – wenn man mithilft

te ein. Art der Unterkunft, Zeitraum, Ort und Umfang der Mithilfe während des Aufenthaltes werden dabei klar definiert. Einige Angebote eignen sich durchaus für Familien, gelegentlich können sogar eigene Hunde mitgebracht werden. Wer meint, der ideale Kandidat zu sein, nimmt Kontakt auf.

Erst Hühner füttern, dann wandern

Das Angebot ist überraschend groß und vielfältig. Katzensitting in einer Zweizimmer-Wohnung mitten im idyllischen Fachwerkkort im Süden Deutschlands ist ebenso im Angebot wie das Hüten von Haus und Hof samt den dazugehörigen Tieren im italienischen Piemont oder im Süden Frankreichs, wie Blumengießen und Gartenarbeit im kleinen Einfamilienhaus im Schwarzwald oder wie die Mithilfe auf einem Bauernhof in Ostfriesland.

Gelegentlich suchen Vereine Unterstützung bei der Betreuung von Tieren. Eigentümer frisch gegründeter Betriebe, Hotels, Pensionen oder Reitanlagen, die kurz vor der offiziellen Eröffnung stehen, freuen sich über Helfer, die keine zwei linken Hände haben.

Wer wagt, gewinnt. Doch dafür heißt es wie bei der Buchung der Urlaubsreise: Das Angebot genau prüfen! Im Fall von „Hand gegen Bett“ bedeutet das vor allem, die eigene Bereitschaft zur Mitarbeit zu hinterfragen und den zu leistenden Einsatz genau abzusprechen. In einem alten Fachwerkhäuschen mitten in einer idyllischen Kleinstadt im Süden Deutschlands unterkommen und dabei schlummernde, handwerkliche Fähigkeiten einzubringen, ist für viele Hobbyhandwerker ein Traum.

Damit daraus kein Albtraum wird, müssen die Details vorab klar definiert

sein. Eine gute Selbsteinschätzung von Motivation und Fachkenntnissen sowie klare Kommunikation von Anfang an kann hier eine gute Grundlage sein. Wie viele Stunden am Tag soll gearbeitet werden? Sind die Wochenenden frei? Welche Aufgaben genau müssen übernommen werden? Ist das Material bereits vorhanden? Wie viele Helfer werden vor Ort sein? Oder ist die Aufgabe allein zu bewältigen? Gibt es Kost und Logis im Gegenzug gratis? Oder wird lediglich das Zimmer gestellt? Wichtig ist, dass Anbieter und helfender Gast gut miteinander auskommen, die Hilfe ernstgenommen, aber nicht ausgenutzt wird. Wenn es passt, haben beide Seiten das gute Gefühl, sich fair einbringen zu können.

Auch das ist wichtig: nicht gleich das erste Angebot annehmen. Es gibt viele Möglichkeiten zu entdecken, den Ur-

laub gegen Mithilfe zu verbringen. Jemand träumt vom Wanderurlaub in Thüringen? Geht auch bei „Hand gegen Bett“ zum Beispiel beim Rittergut Endschtz in Thüringen. Hier steht eine große Auswahl an Aufgaben an. Die Eigentümerin freut sich über Gäste, die beim Pflegen der Gemüsebeete und der Gartenpflege zur Hand gehen, die Hühner füttern, Eier sammeln, backen und je nach Jahreszeit auch beim Einkochen der Früchte helfen.

Hand gegen Koje

Andere Aufgaben, die hier anfallen, sind das Waschen und Mangeln der Wäsche, das Säubern der Dachrinnen, Heckschneiden oder das Aufräumen der Werkstatt. Wer einige Stunden am Tag mithilft, darf kostenlos im Rittergut übernachten. Zeit zum Wandern bleibt auf jeden Fall.

Die Arbeit auf einem ökologischen Hof und in der Landwirtschaft steht bei www.wwoof.de (Worldwide Opportunities on Organic Farms in Germany) im Mittelpunkt. Wer mitmachen möchte, muss offen und wissensdurstig sein, sich ernsthaft für ökologischen Anbau, Ernten, Säen, Pflanzen, Jäten interessieren. Aber auch diese Aufgaben können anstehen: Jurtenbau, Wanddämmung, Bau eines Hühnerstalls, Schafe hüten oder eine Beeteinfassung errichten. Interessante Gespräche sowie Einblicke in einen wichtigen und nachhaltigen Lebensbereich gibt es hier inklusive.

Noch ein Beispiel gefällig? Preiswerten Urlaub nicht nur am Wasser, sondern sogar auf dem Wasser gibt es für denjenigen, der einen Segelschein und entsprechende Erfahrung besitzt. Angebote für Überführungen von Segelbooten oder als Begleiter auf gebuchten Segeltörns gibt es bei www.handgegenkoje.de. Neben den Reisezeiten werden genaue Angaben zur Ausstattung des Bootes, zur Route und zu den Aufgaben an Bord gemacht. Die Ziele sind oft sehr attraktiv. Dazu gehören immer wieder Mallorca, Kroatien oder die griechischen Inseln – einige der Sehenswürdigkeiten, die ganz oben auf der Liste der Reiseziele stehen und die seit diesem Jahr fast unerschwinglich geworden sind.

WANDERTOUREN

Marlenes Hüte und die Lampenschirme Berlins

Herbstwanderungen zur Brandenburger Industriekultur – Wo einst die Produktion blühte, gedeiht jetzt eine einmalige Kulturlandschaft

Nirgends in Deutschland passen Industriekultur und Naturerlebnis besser zusammen als in Brandenburg. Die rasante Industrialisierung der Provinz parallel zum Boom Berlins im 19. Jahrhundert sowie das abrupte Ende der Großbetriebe in den 1990er Jahren haben eine faszinierende Landschaft hinterlassen. Als Denkmale und Museen halten die Orte die Erinnerung an einstige Lebens- und Arbeitswelten wach. Auf sechs herbstlichen Wandertouren kann man die von idyllischer Landschaft umgebenen Orte erleben.

Wer Anfang des 20. Jahrhunderts eine hochwertige Nähmaschine brauchte, kaufte sich ein Modell aus dem Hause Singer – hergestellt in Wittenberge an der Elbe. Guben hingegen war das Hut-Mekka Europas. Carl Gottlob Wilke erfand hier 1854 den ersten wasserdichten Wollfilzhut. Sogar Marlene Dietrich und Charlie Chaplin bestellten in der Stadt an der Neiße. So führt die Tour **Industriekultur in Wittenberge** auf rund fünf Kilometern unter anderem zum Uhrenturm des alten Nähmaschinenwerks. In Guben erfährt

man auf der neun Kilometer langen Tour **Auf den Spuren der Gubener Industrie** mehr über die Industriellenfamilie Wilke.

Die knapp 14 Kilometer lange Tour **Industriegeschichte trifft Gartenkultur** im Dahme-Seenland führt Wanderer zur Schwarzkopff-Siedlung in Wildau. Ende des 19. Jahrhunderts errichtete die Berliner Maschinenbau Aktien-Gesellschaft, einer der größten Lokomotivbauer im Kaiserreich, hier eine moderne Werksiedlung mit 950 Wohnungen, Schule, Bootshaus und Badeanstalt. Noch heute ist sichtbar, wie idyllisch die Fabrikarbeiter einst wohnten.

Durch unberührte Natur schlängelt sich der **66-Seen-Wanderweg** in über 400 Kilometern einmal um Berlin. Besonders reizvoll ist die 25 Kilometer lange Etappe 8 von Strausberg nach Rüdersdorf im Seenland Oder-Spree vorbei am Ufer des Stienitzsees. Dabei empfiehlt sich ein Abstecher in den Museumspark Rüdersdorf. Das historische Kalk- und Bergwerk informiert über die mühsame Verarbeitung des Kalksteins. Imposantes Relikt ist

die „Kathedrale des Kalks“, eine Schachtofenbatterie mit 18 Schornsteinen, in der einst Branntkalk hergestellt wurde.

Der 45 Kilometer lange Regionalwanderweg **Baruther Linie** bringt Wanderer

in vier Tagesetappen von Blankenfelde vorbei an verlassenen Kalkschachtofen in das Gebiet zwischen Teltow und dem Baruther Urstromtal. Ziel ist der Glasmacherort Baruth mit seinem Ortsteil Baruther

Glashütte. Im 19. Jahrhundert war der kleine Ort zwischen Spreewald und Fläming Brandenburgs größter Glaserzeuger. Lampenschirme aus Milchglas erhellten damals Berliner Wohnungen und Salons.

Drei Industriekultur-Höhepunkte vereint der 135 Kilometer lange Rundwanderweg **Rund um die Schorfheide**. In sieben Etappen geht es von Eberswalde durch den Naturpark Barnim, über das UNESCO-Weltnaturerbe Buchenwald Grumsin und das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin. Auf der ersten Etappe lohnt ein Stopp im Museum Eberswalde, das über die Wiege der brandenburgisch-preussischen Industrie erzählt. In Oderberg, das auf Etappe 5 passiert wird, erzählt das Binnenschiffahrtsmuseum die Geschichte der Oderschiffahrt. Und auf Etappe 6 sind von Weitem die beiden Schiffshebewerke in Niederfinow sichtbar. Die Besuchsplattform des historischen Hebewerks ist ohne Führung bis Dezember täglich zugänglich.

H. Tews



Rundwanderweg „Rund um die Schorfheide“: Das Schiffshebewerk Niederfinow

● www.industriekultur-brandenburg.de

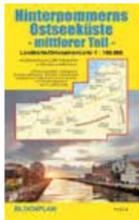
● FÜR SIE GELESEN

Ein Stück Ostseeküste

Mit der Landkarte „Hinterpommerns Ostseeküste – mittlerer Teil“ hat der Verlag Blochplan ein weiteres Mosaik-Stück der Landkarten des deutschen Ostens fertiggestellt. Noch in diesem Jahr soll die Lücke Richtung Ostpreußen mit der Karte „Hinterpommerns Ostseeküste – östlicher Teil“ geschlossen werden.

Die aktuell erschienene Landkarte bildet einen Abschnitt der hinterpommerschen Ostseeküste zwischen Treptow an der Rega bis Stolpmünde sowie einen 40 bis 70 Kilometer breiten Streifen des Hinterlandes um die Städte Kolberg und Köslin ab. Die Karte im Maßstab 1:100.000 zeigt alle wichtigen Sehenswürdigkeiten, Aussichtspunkte, Schlosshotels, aber auch Campingplätze und Radwege sowie Kanu-Routen. Reich bebildert weist die Karte Urlauber den Weg zu Badeorten mit ihren Promenaden und Sandstränden, kulturell Interessierten zu Museen oder Aktiven zu Sportmöglichkeiten wie Rad- oder Kanufahren.

Wer sich für die Geschichte der Region interessiert, findet ehemalige Bahnstrecken sowie auch im 20. Jahrhundert verschwundene Orte und Wohnplätze. Wie alle Blochpläne enthält auch der aktuelle die deutschen und die polnischen Ortsnamen. MRK

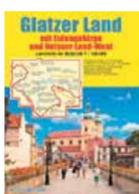


„Hinterpommerns Ostseeküste – mittlerer Teil“, Blochplan, Berlin 2023, Landkarte, gefalzt, 11,95 Euro

„Glatzer Land“ aktualisiert

Aktualisiert und detailliert präsentiert der Verlag Blochplan die zweite Auflage seiner Karte „Glatzer Land mit Eulengebirge und Neisser Land-West“. Die Landkarte enthält neben den gewohnten Darstellungen selbst kleinster Ortschaften, stets zweisprachig deutsch-polnisch oder deutsch-tschechisch aufgeführt, die wichtigsten Sehenswürdigkeiten sowie ein zweisprachiges Ortsverzeichnis zur schnelleren Orientierung. Ebenfalls sind einige neue Straßen beziehungsweise die in der Republik Polen rasch voranschreitenden Straßenbauprojekte aufgeführt. Ebenfalls neu ist eine Änderung der Grüntöne für Waldgebiete. Durch einen sanfteren Farbton ist die Lesbarkeit verbessert worden.

Ebenfalls neu aufgenommen wurden einige kleinere Sehenswürdigkeiten wie auch Nutzungsänderungen in Schlössern und Herrenhäusern. Die Karte im gut lesbaren Maßstab 1:100.000 ist sowohl für Rad- als auch Autofahrer nutzbar. Sie enthält alle Fern- und Landstraßen sowie die wichtigsten Stadtstraßen. Daneben wurden auch stillgelegte wie auch abgebaute Eisenbahnstrecken eingezeichnet. MRK



„Glatzer Land mit Eulengebirge und Neisser Land-West“, 2. Auflage, Blochplan, Berlin 2023, Landkarte, gefalzt, 8,95 Euro

KINDERBUCH DER WOCHE

Nützliche Wildtiere

Die Biologin Bärbel Oftring und die Osnabrücker Illustratorin Jana Walczyk begleiten einen Igel durch das Jahr

FOTO: SHUTTERSTOCK



Gemeinsam durch das Igeljahr – Es gibt Illustratoren, die zeichnen so, dass man sich vom Titelbild eines Buches gar nicht losreißen mag. Jana Walczyk aus Osnabrück gelingt das genauso. Gemeinsam mit der Biologin Bärbel Oftring hat sie das Kinderbuch „Ich bau dir ein Haus, kleiner Igel“ geschaffen.

Eigentlich könnte man sich nur die Bilder anschauen. Bis ins kleinste Detail liebevoll ausgearbeitete Darstellungen bezaubern die Betrachter. Doch ist das noch nicht alles. Gemeinsam mit den Kindern Hannah und Paul begleitet man einen Igel und seine Familie durch ein ganzes Jahr. Die Kinder entdecken die Igelspuren im

Garten und machen sich auf die Suche nach dem Tier, finden es, füttern und beobachten es nun jeden Tag.

Auf vielen Seiten befinden sich Klappen, die alles Wichtige erklären. Welche Nahrung nehmen Igel zu sich, wo verstecken sie sich, wie verhalten sie sich im Winter, wie kann man ihnen bei der Überwinterung helfen, wie macht man einen Garten igelfreundlich, wie vermehren sich Igel, welche Feinde haben sie und wie baut man ein Igel-Haus?

Am Ende gibt es noch einige Fakten über die Igelfamilien. Leider ist der Bestand der Igel in den letzten Jahrzehnten um 80 Prozent zurückgegangen, somit ge-

hören diese niedlichen und nützlichen Tiere zu den bedrohten Arten. Ein wichtiges Buch, das neben allem, was man wissen muss, auch noch sehr unterhaltsam ist.

Silvia Friedrich



Bärbel Oftring/Jana Walczyk: „Ich bau dir ein Haus, kleiner Igel“, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2023, Hardcover, 40 Seiten, 19 Euro

FLUCHT UND VERTREIBUNG

Ein neuer Literatur-Trend

Vertreterin der Bekenntnisgeneration schrieb die Erinnerungen des Vaters auf

VON KARLHEINZ LAU

Die Geschichte des Bäckermeisters Carl, seiner Frau Käthe und den Kindern in einem kleinen Dorf in Masuren steht im Mittelpunkt von Simona Wernickes Roman „Kornblumenzeit. Eine ostpreußische Familiengeschichte“. Sie beginnt 1928 und endet einige Zeit nach Kriegsende in Mecklenburg und Brandenburg.

Es war eine idyllische und harmonische Atmosphäre in ländlicher Umgebung. Die Familie, die im Laufe der Jahre fünf Kinder bekam, lebte friedlich mit allen Nachbarn und anderen Bewohnern des Dorfes zusammen. In einem Punkt unterschieden sie sich aber. Sie waren sehr skeptisch gegenüber der allmählich sichtbaren Ideologie des Nationalsozialismus, die den gesamten Alltag der Menschen damals immer stärker beeinflusste.

Vom Aufbruch mit dem Führer in den Jahren ab 1933, mit der Gewissheit des Endsieges bis etwa 1943, bis zu den schrecklichen Ereignissen der Flucht bei eisiger Kälte aus ihrer dörflichen Heimat und dem monatelangen Treck auch über das Eis des Frischen Haffs in Richtung Westen mit schwieriger Ankunft in kleinen ländlichen Orten Mecklenburgs und Brandenburgs berichtet der Roman. Während dieser Torturen ist die Ehefrau Käthe nach einer Vergewaltigung durch einen Rotarmisten verstorben.

Die gesamte Darstellung der Idylle im Frieden und der schrecklichen Ereignisse auf der Flucht, die im Ergebnis eine Ver-

treibung war, bietet keine neuen Erkenntnisse. Sie kamen bereits in der reichhaltigen Vertriebenenliteratur unter dem Eindruck des Erlebten in den späten 40er und 50er Jahren auf den Markt. Allerdings muss überraschen, dass eine Familie, die mit ihrer Bäckerei ein Dienstleister im Dorf und der Umgebung war, so standhaft dem NS-System widerstand, zumal in Ostpreußen die NSDAP eine überragende Stellung in der Bevölkerung besaß.

Der Roman sieht in der letzten Phase des Krieges die Menschen, also auch die Familie von Carl, als Opfer der Roten Armee mit allen Auswüchsen der Gewalt. Nur an zwei Stellen wird angedeutet, dass das Verhalten der Rotarmisten wohl auch mit dem Auftreten der deutschen Besatzungsmacht in den besetzten Gebieten der Sowjetunion zusammenhing. Die Autorität der NS-Behörden hingegen blieb scheinbar bis zum Ende unberührt.

Lebensnahe Schilderungen

Die Autorin wurde 1962 in Berlin geboren und lebt bis heute in der Stadt. Die lebensnahen und sehr intensiven Erinnerungen ihres Vaters sowie 2019 eine Reise mit ihm in die Heimat in Masuren motivierten sie, ein möglichst authentisches Erinnerungsbuch zu schreiben, das sich ausschließlich an den überlieferten und erlebten Fakten orientiert. Dabei ist für Interpretationen unterschiedlicher Sichtweisen über die Ereignisse aus verschiedenen zeitlichen Perspektiven kein Raum.

Wernicke ist keine Zeitzeugin, sie gehört nicht zur Erlebnissegeneration, aber sie muss als Angehörige der Bekenntnis-

generation bezeichnet werden. Diese Art von Fluchtgeschichten durch Nachgeborene sind wegen des Abtretens der Erlebnissegeneration der neue Trend in der Vertriebenenliteratur, die genau wie Flucht und Vertreibung Teil der deutschen Geschichte sind und daran erinnern, was Deutschland durch das verbrecherische NS-System verloren hat.

Die Autorin hat ein umfangreiches Buch von 500 Seiten geschrieben, in dem sie fast detailversessen viele Einzelszenen, Gespräche der Eltern und Kinder, aber auch die umgebende Landschaft beschreibt. Das kann nicht alles Originalton gewesen sein, sondern zeigt, dass sie sich sehr einfühlsam in die einzelnen Situationen hineinversetzt hat und entsprechend formulieren konnte. So strahlt der Inhalt Authentizität aus.

Bei dem Umfang hätten Fotos das Ganze bereichert, die Skizze von Ostpreußen im Innern des Einbandes ist allerdings schwer zu lesen. Der Titel des Buches heißt „Kornblumenzeit“, warum der Umschlag aber ein Mohnblumenfeld zeigt, ist nicht klar. Insgesamt ist der Roman gut lesbar und für Freunde dieser Art von Literatur zu empfehlen.



Simona Wernicke: „Kornblumenzeit. Eine ostpreußische Familiengeschichte“, Gmeiner-Verlag, Meßkirch 2023, broschiert, 505 Seiten, 18 Euro

● FÜR SIE GELESEN

Guter Rat für Allergiker

Daniela Mainzer ist weder Ärztin noch Redakteurin, sondern eine Histamin-Intoleranz-Betroffene. Es hat sehr lange gedauert, herauszufinden, was ihre Beschwerden verursachte. Durch eine Histamin-arme Ernährung wurde sie wieder gesund und möchte ihr Wissen an andere Betroffene weitergeben.

In ihrem Ratgeber „111 Genießer-Rezepte bei Histamin-Intoleranz“ wird strukturiert und informativ über die Symptome geschrieben und finden sich Hinweise, wie man seine Gesundheit durch frische Lebensmittel verbessern kann und solche weglässt, die den Abbau von Histamin bremsen wie Avocado, Schokolade, Zitrusfrüchte oder Tomaten. Mit einer anfänglichen Kur, bei der man nur Kartoffeln, Reis oder Vollkornnudeln essen kann, findet man heraus, was die Allergie auslöst. Nach drei Tagen darf ein neues Lebensmittel dazu gegessen werden.

Bei einem zu hohen Histaminspiegel treten Symptome wie Triftnase, Migräne, Atemwegsbeschwerden oder Herzrasen auf. Nach dem Verzehr der verträglichen Lebensmittel kann man ein beschwerdefreies Leben führen. Das Buch ist informativ und hilfreich für Betroffene. Es weist am Ende auch viele Rezepte für leckere „histaminarme“ Gerichte auf. Angela Selke



Daniela Mainzer: „111 Genießer-Rezepte bei Histamin-Intoleranz“, Humboldt Verlag, Hannover 2023, broschiert, 176 Seiten, 22 Euro

WERKWOCHE

Handarbeit mit Nadel, Schiffchen und Lupe

Zum 69. Mal veranstaltete die Landsmannschaft Ostpreußen ihr Seminar, in dem ostpreußische Handarbeitstechniken gelehrt werden

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

Auch in diesem Jahr hat sich eine Gemeinschaft von ostpreußenaffinen Handarbeitsrinnen in Helmstedt zur Werkwoche der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) unter dem Motto „Erhalten und Gestalten“ versammelt.

Tanzen, Singen, Mobilisierung, was hat das mit der Werkwoche zu tun? Eine ganze Menge. Die Werkwoche der LO ist nämlich nicht nur da, um zu stricken, nähen, sticken oder weben, sondern auch um einen Teil der ostpreußischen Kultur erlebbar zu machen. Dazu gehört neben der unglaublichen Liebeshuld der langjährigen Teilnehmerinnen und dem unerschütterlichen Optimismus, bei Missgeschick alles mit Humor zu nehmen, das Beste rauszuholen und sich gegenseitig zu unterstützen, auch das ostpreußische Lied- und Tanzgut. Damit man gut in die Arbeit starten kann, gibt es neben der guten Küche in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt auch eine kleine morgendliche Mobilisierung, die an Qigong angelehnt ist, und zwischendurch eine bewegte Pause, damit die Knochen nicht steif werden. Auf den singenden Wecker wurde in diesem Jahr verzichtet, da das Hauptgebäude parallel auch von der Kriminalpolizei Berlin genutzt wurde – vermutlich hätten sie mitgesungen, haben sie sich doch auch für die mitgebrachten Bücher einer Teilnehmerin sehr interessiert.

Am Anreisetag kamen die Teilnehmerinnen am Nachmittag in Helmstedt an, außer die Allensteiner, die mussten auf ihre herzliche Begrüßung noch ein wenig länger warten, hatte doch der Bulli unter-



Weben: Hier wird ein Jostenbandmotiv auf ein größeres Webstück übertragen

wegs einen Reifenwechsel nötig, und der Stau um Berlin hat auch die Ostpreußen nicht verschont. Ihr Fahrer Rafael Wróblewski hat in seiner gelassenen Art alle sicher zum Zielort gebracht.

Seit der letzten Werkwoche waren die Teilnehmerinnen fleißig. Viele haben angefangene Stücke mitgebracht, bei denen sie nicht mehr weiterkamen, viele hatten



Gehört zum festen Programm der Werkwoche: morgendliches Singen. Marianne Kopp kennt scheinbar jede Melodie, jeden Text, alle Entstehungsgeschichten und teilt ihr Wissen und Können gerne, nicht nur als Schneiderin beim Trachtennähen **Fotos: CRS**

eigene Ideen, die sie verwirklichen wollten, viele kamen vor allem, um die „besondere Atmosphäre“, wie Uta Lüttich sagte, zu erleben. Jeder ist willkommen, Jung und Alt, Mann und Frau. Und das haben auch die Neuzugänge schon nach einem Tag bestätigen können.

Hannelore Mosbacher ist ihrer Aufgabe als Leiterin des Seminars vollauf gerecht geworden. Sie hat Probleme tatkräftig angepackt, hatte für alle ein offenes Ohr, dachte auch an die Teilnehmerinnen, die in diesem Jahr aus verschiedenen Gründen nicht teilnehmen konnten, und begrüßte alle mit einem freundlichen Wort sowie einem gebastelten Brief.

„Fangt an, fangt Euer Handwerk fröhlich an, dann wird's gar bald sein wohlgeant“, sind die Worte eines Kanons, der morgens vor dem Werken gesungen wird. Ganz mühelos lässt Dr. Marianne Kopp ihr umfangreiches Wissen zu Liedern und Tänzen einfließen, wie beispielsweise eine kurze Musikgeschichte zum „Ännchen von Tharau“. Dann geht es los. Die Weberinnen gehen zum Weben, die Strickerinnen hören schon das Klacken der Nadeln, die Stickerinnen freuen sich über das Tageslicht und die Schneiderinnen auf ein bald fertiges Stück, wobei „bald“ ein sehr relativer Begriff ist, dauert die Herstellung eines Ostpreußenkleides doch manchmal Jahre.

Eine ganz besonders fleißige Werkwöchlerin heißt Renata Śliwka, sie hat in Allenstein einen Webkurs angeboten. Die Fertigkeiten dazu hat sie bei Liesa Rudel

während der vergangenen Werkwochen erlernt. Das Angebot wurde so gut angenommen, dass es eine große Nachfrage nach mehr gibt. „Allein die Webrahmen fehlen. Wenn man über das Internet einen kaufen möchte, fehlen Teile, aber mit unvollständigen Rahmen können wir nichts anfangen. Wenn wir einen neuen Rahmen kaufen, kostet der mehrere Hundert Euro.



Erst der Knötchen-, dann der Kettenstich: Weißstickerei ist ohne Lupe kaum machbar. Eigentlich werden bei dieser Arbeit Fäden gezogen, nachdem sie vorher mit viel Mühe eingefasst und damit gesichert wurden. In der Werkwoche beginnen Anfänger jedoch mit der Ajourstickerei, hier wird das Gewebe allein durch Spannung zu „Löchern“. Geduld, gutes Licht und viel Humor, wenn es doch nicht gleich klappt, sind Grundvoraussetzungen. Wer die Technik beherrscht, kann sich auch an eine Bluse heranwagen

Das können wir uns nicht leisten. So hoffen wir auf Spenden“, teilt Śliwka mit. Sollte jemand also einen Webrahmen mit einer Webkarte besitzen und nicht mehr nutzen, so möge er sich bitte an die Landsmannschaft Ostpreußen, Hanna Frahm, wenden. Die Rahmen werden dort gesammelt und nach Allenstein verschickt.

Über die Ostpreußenkleidspenden haben sich die Schneiderinnen Daniela Graulich und Kopp ebenfalls sehr gefreut: „Es dürfen gerne mehr werden.“ Neben dem Dank an die großzügigen Spenderinnen erneut die Bitte: Sollte jemand sein Ostpreußenkleid oder seine Jacke nicht mehr nutzen, bitte an Hanna Frahm, LO, wenden. Die Stücke können umgenäht werden, sodass sie neue Träger finden.

Klaus Rudel hat am ersten Abend einen Film über den Durchstich der Kurischen Nehrung vorgeführt und sehr lebhaft über seine Familie erzählt, die aus dieser Region stammt und dort gewirkt hat. Außerdem sanierte – „renovierte“ wäre zu wenig – er die Webstühle für das Doppelweben. Wenn eine Werklehrerin oder -lehrer für diesen Bereich gefunden wird, kann auch diese Technik während der Werkwoche wieder angeboten werden.

Außer dem handwerklich begabten Herrn Rudel waren nur Handarbeitsrinnen fleißig, denn Handarbeit ist (noch) rein weiblich. In den neuen Medien finden sich im Bereich DIY, also do it yourself (frei übersetzt: mach es selbst) viele junge Menschen, die ihre Werke anbieten und zeigen, wie sie herstellen, dabei finden

sich auch Männer. Doch bei der Werkwoche in Helmstedt gibt es (derzeit) nur Frauen, die schon etwas älter als 18 Jahre sind. So liegt die Frage auf der Hand, wie es nicht nur mit der Werkwoche weitergeht, sondern auch, wie es in den Frauengruppen der LO aussieht. Zum Glück ist die ehemalige Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise, die Jahrzehnte die Werkwoche geleitet hat und nun an ihr teilnimmt, mit dabei. Uta Lüttich ist eine engagierte und erfahrene Ostpreußin. Ihre Schwiegertochter, Franziska Lüttich, beschreibt im „Preußen Kurier“ (Ausgabe 2/2023) ihre Wohnung als ein Museum über Ostpreußen: „Dann kam ich zum ersten Mal in Utas Wohnung. Ich dachte nur: ‚Ostpreußen, ick hör dir trapsen!‘ Elche als Figuren, Elche als Zeichnungen, Gemälde von masurischen Landschaften – Ostpreußenzeugs wohin ich sah. Und Bücher, Bücher, Bücher ...“ Leider, so Lüttich, sehe die Zukunft nicht so rosig aus. Es gibt nur noch wenige Gruppen, und deren Teilnehmerinnen werden weniger.

Frauenarbeit bei der LO beinhaltet: ostpreußisches Erbe weitertragen: Liedgut, Erinnerungen an ostpreußische Persönlichkeiten wie Charlotte Keyser, eine Schriftstellerin aus dem Landkreis Heydekrug, Landschaftsbeschreibungen, Natur und Leute, Trakehner-Zucht, Deutschlandtreffen Organisation der Busreisen mit Beiprogramm als Gesamtpaket mit Ostpreußenbezug oder zu anderen großen Veranstaltungen. Damit die wertvollen Beiträge nicht verloren gehen, hat sich Lüttich breiterklärt, ihre ausgearbeiteten Referate der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* zur Verfügung zu stellen, damit sie an dieser Stelle veröffentlicht werden. So



Musterstricken: Bevor es losgeht, muss erst das richtige Muster gefunden werden. Bei den vielen Handschkes fällt die Entscheidung gar nicht so leicht

lebt die Frauenarbeit auch abseits der Gruppen, die es in der Bundesrepublik Deutschland noch gibt, weiter.

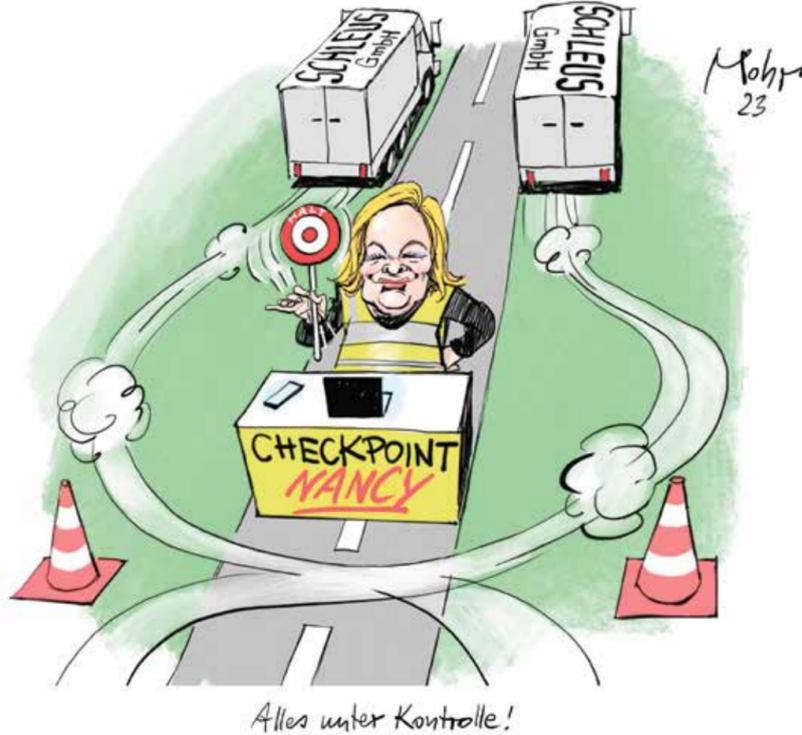
Gefördert wird die Werkwoche auch im nächsten Jahr, 7. bis zum 13. Oktober, wieder aus Mitteln der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“.



Stoff, Stoff und nochmals Stoff: Für ein Ostpreußenkleid hat die Trägerin viel Auswahl. Entwickelt wurde das Ostpreußen- und ostpreußische Sommerkleid in der 1939 begründeten Lycker Webschule von Bertha Syttkus um etwa 1941. Das Kränzchenmuster geht auf einen prähistorischen Moorleichenfund im Königsberger Prussia-Museum zurück. Die Lycker Webschule gibt es nicht mehr und damit auch die Muster nicht. Sonderanfertigungen sind sehr kostenintensiv. So haben sich die Trachtenscheiderinnen Daniela Graulich und Marianne Kopp mit der Werkwochenleitung Hannelore Mosbacher, der ehemaligen Leiterin Uta Lüttich und der Weberin Liesa Rudel zusammengesetzt und überlegt, welcher Stoff, welche Muster möglich wären, die ohne Sonderanfertigung bezogen werden können, aber den Charakter des Ostpreußenkleides erhalten, also getreu dem Motto „Erhalten und Gestalten“. Die Bemühungen, bezahlbaren und guten Stoff anbieten zu können, sind groß und so wird es zukünftig eine neugestaltete Variante des Ostpreußenkleides geben

● AUFGESCHNAPPT

„Vielleicht waren wir auch naiv“, gibt sich Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) zerknirscht angesichts der Welle an radikal-islamischem Judenhass, die durch ganz Deutschland rollt. Die Einsicht könnte man als gute Nachricht werten. Die schlechte Nachricht ist: Bas gibt in derselben Stellungnahme preis, dass sie nichts von ihrer Naivität verloren hat. Denn als Gegenmittel gegen den muslimischen Judenhass schlägt sie vor, dass man den Asylsuchern in den Integrationskursen „unsere Rolle als Deutschland und dass Israel für uns zur Staatsräson gehört ... ganz deutlich beibringen“ müsse. In Afghanistan hat man den Leuten 20 Jahre lang „ganz deutlich“ Demokratie, Frauenrechte und Ähnliches „beigebracht“, und dann? Die überheblich-naive Unbelehrbarkeit linker Gesellschaftsingenieure lässt sich offenbar von keiner Wirklichkeitserfahrung trüben. Als könnte man in Jahrhunderten eingebrannte Feindbilder in ein paar Stunden „Integrationskurs“ tilgen. Der Anspruch ist einfach lächerlich, die Illusion brandgefährlich. H.H.



DER WOCHENRÜCKBLICK

Wir warten. Und warten. Und warten

Wie Martin Walser posthum recht bekommt, und warum die sonst so „Engagierten“ plötzlich schweigen

VON HANS HECKEL

Es ist niemals eine schöne Erfahrung, wenn hässliche Wahrheiten ans Licht dringen. Traurig überdies wird es für all jene, für welche die Wahrheit zu spät herauskommt. Am 23. Juli verstarb Martin Walser, den man den „letzten deutschen Großschriftsteller“ nannte. Vor genau 25 Jahren, im Oktober 1998, sorgte Walser für erheblichen Wirbel in Deutschland, als er in einer spektakulären Rede hinsichtlich der NS-Judenvernichtung die „Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken“ anprangerte.

Ihm wurde vorgeworfen, den Holocaust aus der Erinnerung tilgen zu wollen, was selbstverständlich Quatsch war. Was er vielmehr ins Visier nahm, waren jene Leute, die die NS-Verbrechen als Keule gebrauchten, um wahllos politische Gegner moralisch niederzustrecken. Also Typen, denen es nicht so sehr um das „Nie wieder!“ geht, sondern darum, mithilfe abgrundtiefer Unterstellungen Punktgewinne im Hier und Jetzt zu erzielen.

Mit dieser im Volksmund „Nazikeule“ genannten moralischen Waffe wurde auch auf jene Deutschen eingedroschen, welche 2015 so gar nicht einverstanden sein wollten mit der großartigen Grenzöffnung durch Kanzlerin Merkel, während das „helle Deutschland“ (Joachim Gauck) ganz aus dem Häuschen war vor Begeisterung über die eine oder zwei Millionen Asylsucher, die ungehindert und an Bahnhöfen frenetisch bejubelt ins Land schwappten.

Katrin Göring Eckardt schenkte dem „Refugees welcome“-Taumel die euphorische Losung: „Wir bekommen eine Million Menschen geschenkt!“ In der Tat kamen (zumindest bis zu diesem Jahr) nie zuvor und nie danach so viele Menschen auf einmal zu uns aus dem Orient, wo eine besonders kräftige Version des Islam weit verbreitet ist – was erwartungsgemäß auch für einen Großteil der „Geschenken“ gilt. War das nicht toll?

Aber sicher, auch wenn wir nicht so genau wussten, was unter der Hülle der Präsente so alles rumort. Das hat sich schlagartig geändert, denn der Weltgeschichte hat es gefallen, heute, also acht Jahre später, die Geschenke endlich auszupacken.

Seit Tagen wälzt sich der Judenhass durch unsere Straßen. Judenhass? Wir dachten, „Antisemitismus hat in Deutschland keinen Platz“? Die können was erleben, diese Juden-

hasser! Stündlich erwarten wir das Donnerwetter all der Künstler und Intellektuellen, die sonst noch bei jeder sich bietenden Gelegenheit tapfer die Stimme erhoben haben „gegen den Hass“ und „gegen Rassismus und Antisemitismus“.

Und warten. Und warten. Und warten. Frédéric Schwilden von der „Welt am Sonntag“ wurde es irgendwann zu lang mit dem Warten, weshalb der Kollege eine Reihe jener bislang besonders lautstarken Künstler und „Influencer“ angeschrieben hat, um ihnen eine kurze Solidaritätsadresse zu entlocken. Es sollte „nur um die Solidarität mit Juden“ gehen. „Ein, zwei Sätze reichen, schrieb ich“, so Schwilden.

Die Bitte ging unter anderem an die Bands „Deichkind“, „K.I.Z.“, „Kraftklub“, deren Manager allesamt „leider absagen“ mussten. Das Management des bisher leidenschaftlich politisch engagierten Sängers Marius Müller-Westernhagen konnte „aus zeitlichen Gründen“ der Anfrage „nicht nachkommen“. „Absagen“ mussten auch die Manager der TV-Großen Joko Winterscheidt und Klaas Heufer-Umlauf („Joko und Klaas“). Ebenso die Manager der Schauspieler Nora Tschirner, Lars Eidinger und Sophie Passmann.

Ganz anders nach den „Hetzjagden“

Die „Toten Hosen“ sagten ab, weil sie sich unwohl fühlten, sich in einer Runde zu äußern, ohne die anderen Teilnehmer und deren Statements zu kennen. „Mit dem gleichen Argument kann man jeder Demonstration fernbleiben. Ziviles Engagement wird so unmöglich“, wundert sich Schwilden über die Entgegnung der „Hosen“. Man könnte noch weiter gehen: Streng genommen dürften die Musiker aus diesem Grund nicht einmal zur Wahl gehen. Denn woher wollen sie denn wissen, wer noch alles sein Kreuz an der gleichen Stelle macht? Und mit welchen (dunklen?) Hintergedanken? Die deutsche Fußballnationalmannschaft, der „Entertainer“ Jan Böhmermann und die Feministin Teresa Bücker haben erst gar nicht geantwortet, berichtet Schwilden.

Wie sich die Zeiten ändern. Vor nur fünf Jahren trat eine ganze Parade von Bands auf, um in Chemnitz unter der Parole „Wir sind mehr!“ gegen Rassismus „aufzustehen“. Dabei waren auch „K.I.Z.“, „Kraftklub“ und die „Toten Hosen“. Dass Helene Fischer nicht mitmachen wollte, löste eine wochenlange Kampagne gegen die Schlagersängerin aus,

bis sie sich schließlich doch eine Stellungnahme im gewünschten Zungenschlag abringen ließ. Auslöser für das Chemnitzer Konzert war die Nachricht, dass Rechtsextremisten in der Stadt „Hetzjagden auf ausländisch aussehende Personen“ veranstalten haben sollen. Der Vorwurf an Fischer lautete, dass sich quasi mitschuldig mache, wer angesichts dieser rassistischen Untat schweige.

Der Unterschied zwischen 2018 und 2023: Die „Hetzjagden“ hatte es nie gegeben. Sie waren eine Erfindung des linksextremen Portals „Antifa Zeckenbiss“, welche das Bundeskanzleramt begierig übernahm und als vermeintliche Wahrheit in alle Welt verbreitete. Der Massenmord an Juden im Grenzgebiet zu Gaza dagegen ist eine derart brutale Realität, dass man uns die schlimmsten Bilder nur verpixelt zeigen mochte. Und ins Netz gestellt wurden die Bilder auch nicht von einer obskuren Internetseite, sondern von den Tätern selbst.

Martin Walser hätte wohl noch einen weiteren, entscheidenden Unterschied ausgemacht, der die Lautstärke damals und das dröhnende Schweigen heute im Kern erklärt: Die erfundenen „Hetzjagden“ ließen sich hervorragend ausschlagen, um beliebige politische Gegner anzuschließen, wobei der NS-Verdacht immer mit im Raum stand. Der entsetzliche Judenmord vom 7. Oktober liegt dagegen quer zu allen Instrumentalisierungen im sattem bekannten Sinne. Also hat man „leider“ gerade keine Zeit.

Ignatz Bubis, 1998 Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, warf Walser nach dessen Rede in einer ersten Aufwallung „geistige Brandstiftung“ vor. Nach einem persönlichen Gespräch mit dem Schriftsteller unter Vermittlung von Hamburgs Ex-Bürgermeister Klaus Von Dohnanyi nahm er diesen Vorwurf zurück. Er hatte verstanden, was Walser meinte.

Ein Jahr später, zum Ende seiner Amtszeit als Zentralratspräsident und nur einen Monat vor seinem Tod, zog Bubis eine niederschmetternde Bilanz seiner Bemühungen: „Ich wollte diese Ausgrenzung, hier Deutsche, dort Juden, weghaben. Ich habe gedacht, vielleicht schaffst du es, dass die Menschen anders über einander denken, anders miteinander umgehen. Aber, nein, ich habe fast nichts bewegt.“ Ein Trost, dass Bubis das opportunistische Schweigen der sonst so „engagierten“ Künstler von 2023 nicht auch noch miterleben musste.

Für nur ein oder zwei Sätze der Solidarität mit Juden haben sie alle keine Zeit. Oder sie fürchten die „falsche“ Gesellschaft



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● STIMMEN ZUR ZEIT

Antisemitismus habe in Deutschland keinen Platz, beteuern Politiker und Prominente seit Jahren. Wirklich? Unsinn, sagt Harald Martenstein in der „Welt“ (22. Oktober) und beobachtet voll Bitterkeit:

„Wie breitärtschig der Antisemitismus in Deutschland längst Platz genommen hat, sehen wir jeden Abend bei den Demos der arabischen Judenhasser und ihrer deutschen Kumpane. Die deutsche Polizei, ausgedünnt und weichgespült, schafft es nicht, das zu verhindern. Der Kampf gegen Kritiker der Corona-Maßnahmen und Maskenverweigerer wurde, so mein Eindruck, allerdings etwas engagierter geführt. Unter denen waren natürlich auch alte Damen und nicht so viele aggressive junge Männer.“

Thilo Sarrazin, wegen seiner Kritik an der Einwanderungspolitik aus der SPD ausgeschlossen, kommentiert in der Schweizer „Weltwoche“ (24. Oktober) das demonstrative Massengebet von Muslimen vor dem Brandenburger Tor:

„Die Inszenierung eines massenhaften muslimischen Gebets vor dem Brandenburger Tor, dem wichtigsten Wahrzeichen Deutschlands stellt aus meiner Sicht eine bedrohliche Anmaßung dar. Der Vorgang ist natürlich nicht justitiabel, aber ich betrachte ihn als einen moralischen Missbrauch der in Deutschland bestehenden Religionsfreiheit. Was geschähe wohl mit einer Gruppe Christen, die unter dem Zeichen des Kreuzes vor dem hauptstädtischen Wahrzeichen eines muslimischen Landes Ähnliches wagte?“

„Achgut.de“ (21. Oktober) zitiert einen Beitrag der somalisch-stämmigen Autorin Ayan Hirsi Ali, der zunächst in der britischen „Daily Mail“ erschienen ist:

„Wenn Sie wirklich Frieden zwischen Israelis und Palästinensern oder ganz allgemein zwischen Muslimen und Juden im Nahen Osten wollen, dann sollte die Hamas Ihr Feind sein. Woher ich das weiß? Als Teenager war ich selbst Mitglied der Muslimbruderschaft, von der letztlich die Hamas abstammt. Uns wurde beigebracht, dass es die Pflicht der Muslime sei, die Juden zu vernichten.“

Alexander Wendt ist erschrocken von den Reaktionen zahlloser linker Intellektueller weltweit auf den Nahost-Krieg. Bei „Tichys Einblick“ (24. Oktober) schreibt er:

„Die Massaker der Hamas und die Reaktionen darauf zeigen wie ein Kontrastmittel den Zustand des Westens. Nicht die Feier der Morde auf der Straße sind das Entscheidende – sondern ihre Verklärung durch eine selbstberauschte Intelligenzia. Die Zerstörung des Okzidents geht von seinen Universitäten und Schreibstuben aus.“

● WORT DER WOCHE

„Der Islam gehört zu Deutschland? Wenn wir so weitermachen, gehört Deutschland bald dem Islam!“

Julian Reichelt, früherer „Bild“-Chefredakteur, am 24. Oktober im Nachrichtenportal „nius.de“